

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntag-Nummer mit Multipliziert Sonntag-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Betriebs-Verordnungen. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Verfassungsfrage in Petersburg.

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts schallte dem russischen Absolutismus von den Schlachtfeldern der Krim-Halbinsel das erste memento mori entgegen. Die russische Regierung hatte sich überzeugen müssen, daß sie bei Aufrechterhaltung der Leibeigenschaft und der durch keine Öffentlichkeit gezügelter Paschawirtschaft der Bureaucratie die Machtstellung Rußlands innerhalb der Staaten Westeuropas nicht aufrechterhalten konnte und Alexander II. sah sich genötigt, mit Hilfe der weiter ausschauenderen Elemente des Adels und der Bureaucratie gegen den Willen der reaktionärsten Elemente dieser Gesellschaftsschichten die Leibeigenschaft aufzuheben und eine Reihe von Reformen durchzuführen, wie die Einführung der städtischen und Landchaftselbstverwaltung, des öffentlichen Gerichtsverfahrens sowie des Geschworenengerichts usw. Freilich blieb das Grundprinzip des russischen Staatswesens die Ausbeutung und Beherrschung der Volksmasse im Interesse einer kleinen Clique, — neben dem landbesitzenden Adel bemüht sich jetzt die Regierung des Zaren allerdings auch noch eine Großbourgeoisie großzuzüchten, — in erster Linie wurde aber sorgfältig darüber gewacht, daß die öffentliche Kontrolle und die Tätigkeit der Selbstverwaltungsorgane sich in bescheidenem Rahmen halte und den unerfütterlichen Vereinerungsgelüsten der herrschenden Gesellschaftsschichten ja nicht in einer ernsthaften Form entgegengetreten werde, insbesondere aber sollte verhütet werden, daß das Licht der Bildung in die Köpfe der breiten Volksmasse dringe. Genau ein halbes Jahrhundert ist seit der Krim-Katastrophe verfloßen, und wiederum ist — für den russischen Absolutismus noch vernehmlicher — ein memento mori ertönt — diesmal von den Schlachtfeldern Ostasiens.

Und wiederum erheben sich seitens der einsichtigeren Elemente der herrschenden Klassen selbst Stimmen, daß es so, wie bisher, in Rußland nicht weiter gehen könne und die Regierung selbst, die noch vor kurzem sich angefehlt hat, zugunsten einer absolutistisch herrschenden Bureaucratie die Selbstverwaltungsorgane zu völliger Bedeutungslosigkeit herab zu drücken, sah sich wiederum vor die Notwendigkeit gestellt, neue Formen des Staatslebens ausfindig zu machen, bei denen die im Volke schlummernden Kräfte zu einer solchen Entwicklung gelangen können, daß Rußland der Verlust seiner Weltstellung nicht drohen kann. Einen klassischen Beweis für die Unzulänglichkeit des absolutistisch-bureaucratischen Verwaltungssystems hat zum Beispiel die Organisation der Verwundetenpflege auf dem Kriegsschauplatz geliefert — Plehwe hatte den Semstwo verboten, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, da er jedwedes „Zusammenwirken“ der einzelnen Semstvos mit einander für gefährlich hielt; die Bureaucratie hat sich aber so groß im Stehlen und so unfähig im Weiten einer Hilfe für die Verwundeten gezeigt, daß der Zar sich schließlich genötigt sah, seine Freude darüber auszusprechen, daß die Semstvos entgegen dem Verbot doch die Hilfeleistung für die Verwundeten organisiert haben — sie sind nun auch offiziell mit dieser Funktion betraut worden.

Von den Semstvos erwartet nun der Minister Swiatopolski-Mirsky, daß sie kräftig mitwirken werden, um den Staatskassen aus der Sachgasse, in die er geraten ist, herauszuziehen. Sofort nach seinem Amtsantritt bezeichnete er als sein Programm das „Vertrauen“ zu der „Gesellschaft“ und ihren Selbstverwaltungs-Organen. Als die Vertreter der Semstvos in Petersburg zusammenkamen zum Kongreß, den ihnen der Minister gestattet hatte, schlug allerdings das Vertrauen wieder in ein starkes Mißtrauen um: als dem Minister mitgeteilt wurde, der Kongreß würde sich nicht an das engbegrenzte Allerhöchste genehmigte Programm halten, erklärte dieser plötzlich, der Kongreß dürfe nicht vor Januar abgehalten werden. Jedoch gelang es nach Verhandlungen mit dem Minister durchzusehen, daß eine „Vorberatung des Semstwo-Kongresses“ bereits jetzt gestattet wurde und am 19. Nov. begann sie in der Privatwohnung des Rechtsanwaltes J. A. Korjakow. Von 110 Geladenen waren 98 erschienen. Am ersten Verhandlungstage wurden sieben minder wichtige Punkte des in Moskau nach Jatsuschins Entwurf ausgearbeiteten Programms angenommen. Am zweiten Tage ging man über zur Beratung der übrigen drei Punkte, die die Frage der Volksvertretung betreffen, deren Nichtvorhandensein als ein Hindernis für die Betätigung der Semstvos erklärt wurde. Hierbei erklärte sich der Kongreß mit 71 Stimmen gegen 27 für die Einführung einer konstitutionellen Verfassung in Rußland. Eine spezielle Kommission wurde mit der Abfassung der endgültigen Beschlüsse betraut. Das Wort „Konstitution“ soll darin aus Vorsicht nicht gebraucht werden, jedoch wird gesagt, daß unbedingt Vertreter des Volkes an der Gesetzgebung und an der Kontrolle des Reichsbudgets teilnehmen müssen. Die Deputierten werden dem Minister des Innern Swiatopolski-Mirsky persönlich die Beschlüsse mitteilen und ihn bitten, sie dem Zaren zu unterbreiten.

Ob der Zar sich der Einführung einer konstitutionellen Verfassung geneigt zeigen wird, und welcher Art, wenn dies der Fall sein sollte, die von den Semstwo-Leuten verlangte Verfassung sein wird, darüber etwas vorauszusagen, ist zur Zeit natürlich unmöglich. Zweifellos wird die Kamorra, die an ihrer uneingeschränkten Herrschaft interessiert ist, alle Hebel

in Bewegung setzen, um den Zaren gegen jedwede konstitutionellen Pläne feindselig zu stimmen, und wir sehen, daß sogar auf dem Semstwo-Kongreß sich eine nicht unerhebliche Minorität für Beibehaltung des Absolutismus ausgesprochen hat. Und was die Verfechter der konstitutionellen Ideen aus den Reihen der Semstvos anlangt, so sind das ihrer Klassenlage nach doch Vertreter des adeligen Großgrundbesitzes, und wenn sie auch infolge ihrer Bedrängung durch die Beamtentamorra und ihre durch Bildung erlangte größere Einsicht in die Erfordernisse eines mächtigen Reiches unter den gegenwärtigen Weltverhältnissen der absolutistischen Herrschaft der Bureaucratie ein Ziel setzen wollen, so ist doch die Befürchtung nur zu begründet, daß sie eine Beteiligung des gesamten Volkes am Staatsleben nur ungern sehen würden. Jedoch darf andererseits nicht vergessen werden, daß die russische Regierung sich in einer Zwangslage befindet und daß die Semstwo-Leute, nicht einer ideologischen Schrulle, sondern lediglich ihrem wohlverstandenen Klasseninteresse folgend, den Ruf nach einer Erneuerung der russischen politischen Verhältnisse erheben.

An den vorgeschrittenen Elementen des russischen Volkes — an der sozialistischen Intelligenz und den sozialistischen Arbeitern liegt es nun, die Zwangslage der Regierung und der einsichtigen Elemente der bestehenden Klassen zugunsten des gesamten Volkes auszunutzen.

Der Regierung und den bestehenden Klassen muß schleunigst klar gemacht werden, daß weite Schichten der russischen Gesellschaft und des russischen Volkes die sofortige Einführung einer konstitutionellen Verfassung, und zwar auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, für unumgänglich halten.

Wir wollen nicht daran zweifeln, daß nunmehr angeichts des hohen Ernstes der Situation, der weltgeschichtlichen Bedeutung des Momentes die Vertreter aller sozialistischen Richtungen in Rußland sich zummentum werden, um eine gewaltige Kundgebung in ganz Rußland in die Wege zu leiten zugunsten der Einberufung einer aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgegangenen konstituierenden Versammlung.

Menschenopfer unerhört.

Vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Dessau wurden, wie wir bereits mitteilen, zwei Infanteristen wegen Aufruhr zu je fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Das entsetzliche Urteil bedeutet von neuem die schwerste Verurteilung der heutigen Militärjustiz.

Es ist nötig, die Vorgänge, die zu dem erschütternden Gerichtsurteil führten, näher darzulegen. An einem Sonntag zu Ende August dieses Jahres hielten sich in einem Tanzsaal in Jiebzig bei Dessau eine Anzahl Infanteristen auf. Es war auch in äußerster angetrunkenem Zustande der damalige, jetzt vom Militär entlassene Unteroffizier Heine anwesend. Er geriet am Wäffeltisch des Saales mit mehreren Soldaten in Wortwechsel, der fast zu Tätlichkeiten auszuarten schien, so daß der anwesende Hornist Wagner den Unteroffizier durch den Saal nach dem Hofe hinausführte. Abseits von diesem Vorgange hatten die beiden Hauptangeklagten des jetzigen Prozesses, der Gefreite Gütther und der Rusfetter Voigt, mit einigen Mädchen am Tische gesessen. Als die Mädchen zum Heimgang das Lokal verließen, traf der Unteroffizier Heine im Hausflur auf sie, rempelte sie an und schlug sie. Als die Mädchen dem Angeklagten Gütther hiervon Mitteilung machten, holte er den Heine ein und stellte ihn zur Rede. Nach der vorliegenden Darstellung hat nun der Unteroffizier mit seinem Seitengewehr blühdings um sich geschlagen, so daß der hinzugelommene Voigt ihm dasselbe entriß. Zugleich aber hatte Heine dem Voigt das Seitengewehr aus der Scheide genommen und sief davon. Voigt und Gütther setzten ihm nach und Voigt entwand ihm, nachdem Gütther ihn gepackt hatte, das Seitengewehr wieder. Nach der Anklage soll nach diesem Vorgange Gütther den Heine zu Boden geworfen und beide Angeklagte ihn geschlagen haben. Danach gingen Gütther und Voigt in eine andere Gastwirtschaft, um sich zu reinigen; hierher wurde ihnen auch das Seitengewehr Heines, der ohne Mühe nach Hause gegangen, gebracht. Voigt nahm das Seitengewehr mit nach der Kaserne und gab es dort ab. Gütther und Voigt wurden verhaftet und wegen Aufruhr in Anklage geföhrt. Wagner wurde angeklagt wegen Achtungsverletzung, der Unteroffizier wegen Körperverletzung und Mißhandlung.

In der Verweisaufnahme haben die meisten Zeugen zugunsten der Angeklagten ausgesagt. Nur ein 18jähriger, geistig beschränkter Mensch wollte gesehen haben, daß Gütther den Heine angefaßt und Voigt auf ihn, der am Boden lag, geschlagen habe. Eine andere Zeugin wachte von dem Zorn auf der dunklen Straße auf und sah durch das Fenster ihres Zimmers einen auf der Erde liegenden Soldaten, der von anderen geschlagen wurde. Der Anklagebetreter hielt für erwiesen, daß sich die beiden Soldaten gemeinschaftlich an einen Vorgesetzten tätlich vergrißen (§ 97 St. G. B.), sich zusammengeerottet (§ 106) und durch Anwendung von Gewalttätigkeiten Aufruhr begangen haben (§ 107). Er bedauerte selbst, daß er gegen zwei Soldaten, die sich des besten Vermögens erfreuten und in keiner Weise vorbestraft waren, auf Grund der bezeichneten Befehlsbestimmungen die Gesamtstrafe von 5 Jahren 8 Monaten Zuchthaus gegen Gütther und 5 Jahren Zuchthaus gegen Voigt beantragen müsse. „Das Gesetz müsse“, so erklärte er, „erfüllt werden. Die beantragte Strafe sei das Mindestmaß für die Vergehen, deren sie sich schuldig gemacht hätten.“ Wegen des Unteroffizier

Heine beantragte der Anklagebetreter sechs Monate Gefängnis. Die Verteidiger versuchten, die Hinsässigkeit der Anklage nachzuweisen. Sie wiesen darauf hin, daß das Vergehen der Angeklagten im Zivilverhältnis überhaupt nicht beachtet worden wäre, daß es selbst auf eine Anzeige hin nicht einmal zur Anklage gekommen sein würde. Man hätte den schweren Aufruhrparagrafen der Anklage nicht zu Grunde legen sollen. Auch hätten die Angeklagten in den entscheidenden Momenten doch nur in Notwehr gehandelt.

Dem Anklagebetreter erschien der Hinweis auf die Notwehr so ungeheuerlich für militärische Verhältnisse, daß er die deutwürdige Erklärung abgab:

„Im Militärverhältnis gibt es keine Notwehr des Untergebenen dem Vorgesetzten gegenüber. Nur der Weg der Beschwerde sei dem Untergebenen offen.“

Als dann der Verteidiger die Frage stellte, ob der Untergebene dann auch die Pflicht habe, sich von dem Vorgesetzten mit der rechtswidrig gebrauchten Waffe ruhig abschlagen zu lassen, ohne sich dabei zur Wehr setzen zu dürfen, bejahte der Anklagebetreter diese äußerste Folge seiner vorherigen Erklärung!

Der Gerichtshof hat nach vierstündiger Beratung das fürchbare Urteil gesprochen. Der Unteroffizier Heine wurde wegen Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Gefreite Gütther wurde wegen tätlicher Verletzung eines Vorgesetzten, der Rusfetter Voigt wegen eines tätlichen Angriffes auf denselben und beide wegen Aufruhrs in Verbindung mit Gewalttätigkeiten zu je 5 Jahren und 1 Tag Zuchthaus und Entseinerung aus dem Heere verurteilt. Der Gerichtshof behandelte in der Begründung des Urteils auch die Frage der Notwehr. Er erklärte, daß es für die Untergebenen dem Vorgesetzten gegenüber allerdings eine Notwehr gebe, die sich aber nur als Abwehr, nicht als Gegenwehr äußern dürfe.

Der Gerichtshof hat schließlich die Angeklagten ausdrücklich auf das Recht der Berufung hingewiesen, wohl in der Empfindung, daß die Mäßigkeit nahe liege, die höhere Instanz könne eine andere Auffassung von den Vorgängen haben als diejenige, zu der das Kriegsgericht selbst gelangt ist. Und allerdings erscheint auf Grund der vorliegenden Berichte das Urteil des Kriegsgerichts im höchsten Maße befremdlich. Wenn es auch ohne Kenntnis aller Einzelheiten unmöglich ist, sich eine sichere Meinung über den Verlauf der Vorgänge an jenem Sonntag zu bilden, so erscheint doch das, was das Gericht als festgestelt angenommen hat, mindestens überaus zweifelhaft. Während das Gericht die schwerste Schuld der beiden Soldaten feststellen zu müssen glaubte, scheint vielmehr der wirkliche Urheber der Vorgänge der Unteroffizier gewesen zu sein, der in der Trunkenheit den Zwischenfall herbeiföhrt. Er hatte schon im Tanzsaale allerlei Wortwechsel gehabt, er hat die Mädchen im Hausflur gestoßen, er hat das Seitengewehr gezogen und um sich geschlagen. Wenn diese Tatsachen richtig sind, so ist es unbegreiflich, daß das Verhalten der Angeklagten als ein gewalttätiger Angriff und als Zusammenrottung gegen den Vorgesetzten aufgefaßt werden konnte. Daß das Gericht zur Verurteilung gelangte, läßt sich dann nur daraus verstehen, daß Anschauungen, wie sie der Anklagebetreter zutage förderte, indem er den Soldaten das Recht der Notwehr abspach, auch in den Krieggerichten stark wurzeln. Wir wissen nicht nach den vorliegenden Berichten, ob das Gericht die Frage der Notwehr so gründlich geprüft hat, wie es notwendig ist. Notwehr muß sich bekanntlich — was freilich ein Anklagebetreter der Militärjustiz anscheinend zu wissen nicht nötig hat — nicht nur auf die Abwehr eines rechtswidrigen Angriffes beschränken, sondern auch die Ueberschreitung der Notwehr ist nicht strafbar, wenn der Täter in Bestürzung, Furcht oder Schrecken über die Grenzen der Verteidigung hinausgegangen ist. Es muß daher sei es durch richtige Auffassung der dem Soldaten zuzurechnenden Notwehr, sei es durch die Nachprüfung der dem Kriegsgerichtsurteil zugrunde liegenden Tatsachen selbst, zur Freisprechung der Verurteilten gelangen wird. Mögen die unglücklichen jungen Soldaten durch die höhere Instanz von dem zernehmenden Urteilsspruch, der sie jetzt traf, befreit werden.

Weit hinaus über das Schicksal der beiden Soldaten geht die Lehre dieses Prozesses. Entsetzt erregt es, daß Militärtribüner im militärischen Eifer einen mindestens zweifelhaften Tatbestand so ungünstig auffassen, wie es geschah. Unendlich fürchbarer ist es, daß das Militärgeföh, sofern solcher Tatbestand, wie das Gericht ihn annahm, wirklich gegeben ist, die ungeheuerlichen Zuchthausstrafen gebietet. Der Vertreter der Anklage hat selbst das Bedauern ausgesprochen, daß er, da im vorliegenden Tatbestand die Merkmale des Aufruhrs gegeben seien, so harte Strafen beantragen müsse. Und das Gericht war nicht grausam, es war — mild! Es hat nicht ein hohes Strafmaß gewählt, es hat die Mindeststrafe, die das Gesetz gestattet, verhängt.

Geföhrt der Vorgang habe sich so zugetragen, wie das Kriegsgericht annahm; geföhrt die Angeklagten haben im Verlauf des Zusammenstoßes den Unteroffizier zu Boden geworfen und geschlagen; geföhrt, sie haben es getan, ohne daß der Unteroffizier durch blindes Umherschlagen mit dem Seitengewehr zwingende Veranlassung zu den Handlungen der Angeklagten und somit das Recht der Notwehr gab; geföhrt, der Tatbestand läge durchaus ungünstig für die beiden Soldaten. Was aber war denn dieser Tatbestand? Lag eine brutale Gewalttätigkeit vor? Wurde böswillige Aufseinerung gegen den Vorgesetzten und die militärische Disziplin verübt? Nichts von alledem, nichts, was selbst der Beschwörter strengster Militärdisziplin für bedenklich und gefährlich erachten könnte. Es gab einen Wirtshausstreit, eine Rauferei unter jungen Leuten. Ein an-

getrunkenen Unteroffizier kränkt die Mädchen, die den Soldaten befreundet, sie nehmen sich ihrer Schützlinge an und es kommt zur Prügelei. Jemandem erhebliche Verletzungen kommen nicht vor. Es ist der typische Fall eines Tanzsaalstreites, wie er in Stadt und Land an Sonntagen, wenn die Leute durch Trunk und Tanz erregt sind, sich leider allzu häufig abspielt. Aber den nächsten Tag wäre alles vergessen gewesen. Der Unteroffizier hätte seinen Rausch ausgegessen und die Soldaten sind brave Leute wie bisher.

Jedoch ein graufiges Militärgesetz macht aus der Wirtschaftszene, die in keiner Weise die öffentliche Sicherheit oder die militärische Disziplin stört, die niemand schädigt, die schwersten Vergehen: Gewalttätigkeit gegen einen Vorgesetzten, Zusammenrottung, Aufruhr! Eine furchterliche Bestimmung des Militär-Strafgesetzbuchs redt sich empor über die Ahnungslosen, die in den Streit gerieten:

„Wenn mehrere sich zusammenrotten und mit vereinten Kräften es unternehmen, dem Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern, sich ihm zu widersetzen oder eine Täuschung gegen denselben zu begehen, so wird jeder, welcher an der Zusammenrottung teilnimmt, wegen militärischen Aufrebes mit Gefängnis nicht unter fünf Jahren bestraft.“

Die Mädelosführer und Anstifter des militärischen Aufrebes sowie diejenigen Anführer, welche eine Gewalttätigkeit gegen den Vorgesetzten begehen, werden mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus . . . bestraft.“

Auf Grund solcher Bestimmungen werden blühende Menschenleben dahingecopfert. Ein unmenschliches System der Gewalt wirkt junge Soldaten, die schlimmstenfalls einen unbedachten Streich begingen, auf fünf Jahre in Kerkerhaft. Vernichtete, verlorene Menschenleben! Aber dasselbe Gesetz, das so mörderisch grausam Menschenleben zerstört, es ist sanft und milde gegen die Klasse der Vorgesetzten: Den Vorgesetzten, der den Fall verschuldet, der durch Trunkenheit das schlechte Beispiel gab, treffen drei Monate Gefängnis! Der schärfste Hohn auf Recht und Gerechtigkeit! Wie lange noch will das deutsche Volk diese Gesetze der Justiz ertragen?

Es ist das erste Urteil nicht, durch welches die Militärjustiz junge Menschenleben in sinnloser Grausamkeit zerstört. Es ist auch nicht ein ganz außerordentliches Verbrechen, das sich in Dessau abgespielt. Es ist die herrliche Ordnung des heutigen Militärstaates, die in einem neuen Fall sich schreckensvoll offenbart. Man erinnere sich jener Landwehrlente, die man im Viehwagen transportieren wollte und die sich beschwerdeführend in einer Depesche an ihren höchsten Kriegsherrn wendeten; sie wurden darauf auf ein Jahrzehnt ins Zuchthaus geworfen. Man erinnere sich des furchtbaren Urteils des Heidelberger Kriegsgerichts, das vor etwa Jahresfrist gleichfalls wegen „Aufruhrs“ mehrere Soldaten auf viele Jahre dem Zuchthaus überlieferte. Man erinnere sich aber umgekehrt auch des Falles Häffener, des Seeführers, der den Einjährig-Freiwilligen, von dem er sich gekränkt glaubte, verfolgte und hinterücks erdolchte. Ihm wurde Notwehr zugestanden und er verbüßte milde Gefängnisstrafe in Ehrenbreitstein.

In allen diesen Tatsachen zeigt sich auch für den Verhärtesten die Unmöglichkeit, ein Strafgesetz länger zu erhalten, das solche Ungleichheiten ermöglicht und solche Grausamkeiten befiehlt.

Im letzten Frühjahr wurde im Reichstage dieses Problem gestreift. Während seit jeher die Sozialdemokratie die Ungerechtigkeiten der Militärjustiz aufgedeckt hat, haben auch andere Parteien endlich ein wenig Widerstand gegen die schlimmsten Auswüchse dieser Militärjustiz begonnen. Der Abgeordnete Stöber hatte bei der Beratung des Marine-Etats in zweiter Lesung eine Resolution beantragt, in der die Regierungen um Vorlegung eines Gesetzentwurfs ersucht wurden, welcher das heutige Verhältnis der Bestimmungen des Militär-Strafgesetzbuchs über Verfehlungen von Untergebenen gegen Vorgesetzte im Vergleich zu dessen Bestimmungen über Verfehlungen der Vorgesetzten gegen Untergebene dadurch beseitigt, daß die gegen Verfehlungen der Untergebenen gegen Vorgesetzte angedrohten Mindeststrafen herabgesetzt werden. Diese Resolution wurde einer besonderen Kommission überwiesen. Als dann der Abg. Gröber in der dritten Lesung des Etats das Ergebnis dieser Kommissionsberatung mitteilte, da zeigte sich von neuem die Unzulässigkeit der Zentrumspartei. Jene Resolution, die keineswegs die Ungerechtigkeit der Militärjustiz beseitigt, sondern nur gewisse Milderungen des Militärrechts ermöglicht, war verschunden und hatte nur ein überaus winziges Heberbleibsel zurückgelassen. Die Kommissionsmehrheit beantragte nunmehr lediglich die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die in § 97 Abs. 1 des Militär-Strafgesetzbuchs (tätlicher Angriff auf einen Vorgesetzten) verhängten Mindeststrafen herabgesetzt werden sollen. Diese Resolution fand unter Widerspruch der Konservativen sowie des Vertreters des Reichs-Marineamtes die Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstages. Die Regierungen haben es bisher nicht für nötig gefunden, diese Angelegenheit zu beraten. Es eilt nicht zu prüfen, ob Söhne des Volkes, die ihre schwere Waffenpflicht üben, durch barbarische Gesetze zu Grunde gehen.

Der Fall in Dessau zeigt die von der Sozialdemokratie im Reichstage sofort nachdrücklich betonte vollständige Unzulänglichkeit der auf Veranlassung des Zentrums angenommenen Resolution. Es war ein überaus bedauerliches Entgegenkommen an die konservative Phrase von der „gefährdeten Disziplin“, daß das Zentrum die zuerst vorgeschlagene Resolution aufgab. Denn der § 97 Abs. 1 ist nur einer von den vielen des Militär-Strafgesetzbuchs, in denen Mindeststrafen festgesetzt sind, durch welche die militärischen Richter zu den grausamsten Ungerechtigkeiten verurteilt werden. Der gesamte sechste Abschnitt des Militär-Strafgesetzbuchs, der von den „strafbaren Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung“ handelt, zeigt durchgehend drakonische Grausamkeit gegen die geringsten Verstöße, sofern sie von den Soldaten gegen Vorgesetzte geübt werden. Die in Dessau zur Anwendung gekommenen Aufrehrparagrafen führen noch weit mehr als der in der Resolution bezeichnete § 97 zu entsetzlichen Urteilen.

Überall in deutschen Ländern, wohin die Kunde des neuen furchtbaren Kriegsgerichts von Dessau gelangt, muß die Empörung aufstören über die Möglichkeit solcher Zustände! Wie lange noch will das deutsche Volk ein „Recht“ dulden, das die schmachvollste Ungerechtigkeit ist? Wie lange noch ein Militärrecht, das aus Klassenherrschaft geboren die Herrschenden privilegiert und das beherrschte Volk zur stummen Unterwürfigkeit und zum Zuchthaus verurteilt?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. November.

Ergebnis der Berliner Stadtverordneten-Ergebnisse.

Die Stadtverordneten-Ergebnisse, die am Mittwoch im 22. und 30. Bezirk dritter Abteilung vorzunehmen waren, haben das folgende Ergebnis gehabt. Wir fügen in Klammern das Ergebnis der vorhergehenden Wahlen bei für den 22. Bezirk von 1901, für den 30. Bezirk von 1899.)

22. Kommunal-Wahlbezirk (4. Kreis, Osten).

Eingeschriebene Wähler: 5008 (5518).

Abgegebene Stimmen: 1585 (2219).

Für die Sozialdemokratie: 1448 (1615).

Für den Freisinn: 120 (520).

Verstümmelt: 17 (45).

Gewählt: Genosse Robert Wengels.

30. Kommunalwahlbezirk (5. und 6. Kreis.)

Eingeschriebene Wähler: 5628 (6317).

Abgegebene Stimmen: 1800 (2121).

Für die Sozialdemokratie: 769 (453).

Für den Freisinn: 633 (1145).

Für die Bürgerpartei (antifeministisch): 436 (523).

Verstümmelt: 2.

Stichwahl zwischen Genossen Johannes Sassenbach und dem Freisinnigen Rettig.

Ungleich waren die äußeren Bedingungen, unter denen diese beiden Erntewahlen zu vollziehen waren — ungleich ist auch ihr Ergebnis.

Den 22. Bezirk haben wir mit leichter Mühe behauptet. Der Freisinn hatte hier im letzten Augenblick doch noch einen Kandidaten aufgestellt, einen Westfälischer Leuz. Man hatte aber die Vorsicht gebraucht, den mutigen Mann nicht vorher der öffentlichen Kritik auszuliefern. Nicht einmal am Vorabend der Wahl wurde seine Kandidatur weiteren Kreisen bekanntgegeben, erst am Wahltag selber las man's in den Morgenausgaben der Freisinnblätter. Herr Leuz hat es auf 120 Stimmen gebracht, das sind reichlich 400 weniger, als der Freisinn vor drei Jahren dem Bezirk abzurufen vermocht hatte! Leider hat auch Genosse Wengels rund 200 Stimmen weniger erhalten, als damals auf den Kandidaten der Sozialdemokratie gefallen waren. Die Beteiligung war überhaupt ziemlich lau. Bei Nachwahlen muß man das, wie es scheint, als die Regel hinnehmen.

Im 30. Bezirk ist am Mittwoch noch keine Entscheidung herbeigeführt worden. Der Bezirk ist noch nicht der Sozialdemokratie zugefallen, aber er ist auch nicht mehr für den Freisinn der sichere Besitz geblieben, der er ihm früher war. Die Freisinnigen sind in eine Stichwahl gedrängt worden, und zwar müssen sie sich mit der zweiten Stelle begnügen, während die Sozialdemokratie, die vor fünf Jahren hier erst an dritter Stelle stand, nun an die erste gerückt ist. Offen heraus gesagt: wir freuen uns über diesen durch tapferen Kampf errungenen Erfolg noch mehr als über den fast kampflosen Sieg im 22. Bezirk. Im 30. Bezirk hat der Freisinn trotz der Großmäuligkeit, mit der er in die Wahlkampfzeit zog, fast 500 Stimmen verloren. Auch die Bürgerpartei hat sich einen Verlust von ziemlich 100 Stimmen zu büßen und ist jetzt in die dritte Stelle hinabgerutscht. Dagegen hat die Sozialdemokratie über 300 Stimmen gewonnen. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen, da auch in diesem Bezirk die Wahlbeteiligung sehr zu wünschen übrig ließ. Freisinn und Bürgerpartei brachten ihre Truppen zeitig an den Wahlort. Unsere Wähler konnten erst in der Mittagsstunde in größerer Zahl anrücken, aber noch um 1 Uhr sah es recht wenig hoffnungsvoll aus. Auch nachmittags um 4 Uhr hatten wir nur 30 Proz. der abgegebenen Stimmen, und nach 6 Uhr waren wir erst auf 33 Proz. aufgerückt. Dann aber kamen unsere Wähler von der Arbeit heim und eilten in die Wahllokale, um ihrer Pflicht zu genügen. Um 8 Uhr schlossen wir mit mehr als 40 Proz. ab. Das war ein Ehrentag für die Genossen des 30. Bezirks, und sie dürfen der Stichwahl mit Hoffnung entgegengehen.

In beiden Bezirken fanden abends Versammlungen statt, die gut besucht waren und die Verkündung der Wahlergebnisse mit freudigem Beifall begleiteten. Wengels und Sassenbach hielten kurze Ansprachen und wiesen auf die Bedeutung dieser Erfolge hin. Der Ausfall der Wahl im 30. Bezirk wurde mit besonderer Genugtuung begrüßt, und in der Tat verdient er allgemeine Beachtung. Der Freisinn hat in der dritten Abteilung abgewirtschaftet, weil er zu einer vernünftigen und gerechten Kommunalpolitik weder bereit noch fähig ist. Früher oder später, so sagen wir vor der Wahl, wird er aus jedem Bezirk einmal hinausgedrängt sein. Hoffen wir, daß es auch der 30. Bezirk recht bald — und am liebsten schon jetzt — dahin bringt.

Nachwärts und abwärts führt der Weg, den unsere Gegner wandeln — die Sozialdemokratie aber marschiert kimpfend vorwärts und aufwärts!

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch in dritter Lesung den Gesetzentwurf betr. die Befugnis der Polizeibehörden zum Erlaß von Polizeiverordnungen über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden un- verändert an. Der Entwurf gibt der Polizei das Recht, soweit das Feuerlöschwesen nicht durch Ortsstatut geregelt ist, Verordnungen über die Verpflichtung der Einwohner zur persönlichen Hilfeleistung bei Bränden, insbesondere zum Eintritt in eine Pflichtfeuerwehr, über die Regelung der hiermit verbundenen persönlichen Dienstpflichten, über die Bestellung der erforderlichen Geipanne und über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden in der Umgegend zu erlassen. In Verbindung mit dem Gesetzentwurf gelangten zwei Resolutionen zur Annahme, von denen die eine die gesetzliche Regelung der Unfallfürsorge verunglückter Feuerwehrlente fordert, während die andere die Regierung ersucht, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, durch welche die Möglichkeit gewährt wird, alle im Bezirk einer Provinz arbeitenden Feuerversicherungs-Gesellschaften zu einer entsprechenden Beteiligung an denjenigen Kosten heranzuziehen, welche die allgemeine Pflege des Feuerlöschwesens der Provinz zum Gegenstand haben.

Weiter nahm das Haus in dritter Lesung den Gesetzentwurf betr. die Errichtung eines Oberlandesgerichts in Düsseldorf und in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betr. die Inkraftsetzung einer anderweitigen Masseneinleitung für die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten an.

Den Rest der Tagesordnung bildete die Beratung zahlreicher Petitionen um den Bau neuer Bahnlilien; alle diese Petitionen wurden der Regierung als Material überwiesen.

Donnerstag: Kleinere Vorlagen und Antrag Douglas betr. Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholgenusses. —

Vom Frauenstimmrecht in Amerika.

Das Frauenstimmrecht gewinnt an Ausdehnung und an Bedeutung in Amerika, wie die wachsende Aufmerksamkeit, die demselben geschenkt wird, beweist. In vierfacher Art haben die Frauen durch ihre Agitation um politische Gleichberechtigung Erfolge errungen. Bei Schulanlagen, bei Geldfragen, in der Kommunalpolitik und als vollberechtigte Staatsbürgerinnen haben sie von verschiedenen Staaten Zugeständnisse erhalten.

In 17 Staaten der Union haben die Frauen das Recht, an der Erwählung der Schulbehörden teilzunehmen und sich selbst wählen zu lassen. Hier und dort finden noch einige Beschränkungen dieses

Rechts statt; z. B. in Delaware müssen es steuerzahlende Frauen sein, und in Kentucky sollen es gar nur Witwen sein, denen die Teilnahme an der Wahl gestattet ist.

In New York, Louisiana, Iowa und Montana dürfen die Frauen mitstimmen, wenn Geldbewilligungen für spezielle Zwecke oder Anleihen des Staates der Volksabstimmung unterliegen.

Das Gemeindefrauenrecht haben die Frauen nur in Kansas; dort stehen ihnen seit dem Jahre 1887 alle Ämter der Gemeinden offen; sie können wählen und gewählt werden.

Die vollen gleichen politischen Rechte wie die Männer haben die Frauen nur in vier Staaten: in Colorado, Idaho, Utah und Wyoming. Diese Staaten sind schwach bevölkert. Nach dem Zensus von 1900 gab es in

Colorado	295 332 männliche	244 368 weibliche Personen
Idaho	93 807	85 405
Utah	141 657	135 062
Wyoming	58 184	34 347

Das wahlberechtigte Alter beginnt mit 21 Jahren. Auf diese vier Staaten richtete sich bei den letzten Wahlen viel Aufmerksamkeit der Frauen wegen. Schon in der Wahlagitacion waren die Frauen lebhaft hervorgetreten und man erwartete mit Recht von ihrer Seite ein starkes Votum. In Colorado beteiligten sich die Frauen zahlreicher wie je seit 1896, als sie in Scharen für den Demokraten Bryan eintraten. Diesmal schwärmten viele für Roosevelt, dessen große Popularität auch in der Frauenwelt erkennbar wurde. Für die Nationalwahl ist Colorado Roosevelt zugesallen, aber in der Staatswahl wurde mit Hilfe der Frauen der verächtliche Gouverneur Peabody geschlagen zum großen Leidwesen aller Arbeiterklasse und zur Genugung der streikenden Bergarbeiter, unter seiner Willkürherrschaft viel leiden mußten. In seine Stelle tritt ein Demokrat; Peabody war Republikaner. Die größte Niederlage erlitt er in Denver, der Hauptstadt von Colorado, und dort waren 40 Proz. aller Wähler Frauen. 32 000 Frauen hatten sich in die Wählerlisten in Denver eingetragen und davon traten nicht weniger als 30 000 an die Wahlurne. In den Vergleichsstimmen stimmten die Frauen meist, wie man annimmt, für die Demokraten.

In Idaho kamen die Frauen ebenfalls in Massen heraus; auch hier stimmten sie für Roosevelt und für einen Demokraten als Gouverneur, mit Ausnahme der zahlreichen Mormonenfrauen. Der Demokrat wurde als Gegner der Mormonenkirche behandelt. Die Mormonenkirche gewinnt immer größeren politischen Einfluß in Idaho wie in Utah. — In Utah trat der Kampf gegen die Mormonenkirche in den Vordergrund. Die Mormonen mit ihren Frauen stimmten für die republikanische Partei und sie haben die überwältigende Majorität, etwa wie vier zu eins. Unter den Gegnern traten die Frauen zahlreich auf, die früher den Kampf gegen die Mormonen in Utah als aussichtslos aufgegeben hatten; sie stimmten für die neugebildete „Amerikanische Partei“; in dieser Partei vereinigten sich Republikaner und Demokraten zum Kampfe gegen die Mormonenkirche. Die Amerikanische Partei erhielt eine respektable Minorität. — In Wyoming wurde ein Drittel des Votums von Frauen abgegeben. Bei den dort zu gleicher Zeit stattgegebenen lokalen Wahlen zeigten sich die Frauen sehr unabhängig. In der Stadt Cheyenne, welche sonst republikanisch wählt, brachten die Frauen einen demokratischen Bürgermeister durch. Die Beteiligung der Frauen war auch in diesem Staate eine sehr gute. Nach manchen Wählplätzen kamen die Frauen mit ihren Kinderwagen; sie halfen sich gegenseitig bei der Ueberwindung der Kinder und übten ihr Wahlrecht aus als etwas ganz Selbstverständliches.

Die Frauen in den übrigen Staaten der Union machen immer neue Angriffe auf das bestehende Vorurteil, welches ihnen die Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen verweigert. Von ihren Kämpfen zeugt es, daß im Jahre 1903 von 13 Staatsparlamenten Gesetzesvorschläge, welche die Gleichberechtigung forderten, abgelehnt wurden. In fünf Staaten fand während der letzten Jahre eine Volksabstimmung über die Gleichberechtigung statt: in Californien 1896, in Süd-Dakota und in Washington 1898, in Oregon 1900 und in New Hampshire 1903. Das Resultat war jedesmal ein ungünstiges, was aber die Frauen nicht entmutigt. —

Deutsches Reich.

Ein Urteil über die Missionare.

Es ist mitunter fast befremdend, zu sehen, wie und wo sozialdemokratische Ansichten manchmal Boden gewinnen. Wir haben niemals aus unserem geringschätzigen Urteil über die Christlichen „Heidenmissionen“ einen Hehl gemacht und oft genug schärfste Kritik an ihnen geübt. Bei aller Anerkennung der subjektiven Ehrlichkeit des Glaubens der einzelnen Missionare haben wir in ihnen stets im letzten Grunde nur unfreiwillige Agenten unserer Kapitalisten gesehen, deren Kommen und Ausgehen gelüsten sie bei den „Wilden“ für und für offen. Wir haben darum, allerdings unter dem Geheul der ebenso frommen wie rationalen Kapitalistenpresse, stets gegen sie und für die Vorkämpfer Partei genommen, die jene wohl immer gegen deren Wunsch und Willen, mit ihrer Anwesenheit und ihrem „erzieherischen Wirken“ beglücken. In diesem Gesamturteil änderte auch die in vieler Beziehung löbliche Haltung einer Anzahl protestantischer Missionare in Südafrika nichts. So sehr wir sie anerkannten und ihre Urteile für unsere politische Haltung im gegenwärtig noch immer distinktierten Kolonialstreit verwerten konnten, so bestätigten sie unsere allgemeine Meinung über die Missionen. Heute bringt und nun dafür sogar ein protestantischer Geistlicher neuen Sanktus. Es ist derselbe Pastor Bonus, auf dessen Broschüre über den Kulturwert der deutschen Schule wir neulich aufmerksam machten. In dem Novemberheft von Doensbroecks Monatschrift „Deutschland“ fällt der tapirere Mann jetzt ein ähnlich vernichtendes Urteil über das christliche Missionswesen. Wir teilen, zur eventuellen Berichtigung bei der Agitation, einige seiner Hauptstellen hier mit. So sagt er:

„Alles, was wir in unseren „nationalen“ Zeitungen an Hohn und Spott über die Engländer lesen, die die Wilden erst mit Mission und Alkohol christlich erweichten, um sie dann auszurauben und aus ihrem Lande zu treiben, das wird jetzt als das Normale angesehen. Die Missionare gehören danach an die Seite ihrer Landsleute und haben kein Recht auf Neutralität zwischen Deutschen und Hereros, geschweige ein Richteramt.“

Der Verfasser bekennt sich als grundsätzlichen Gegner der Mission. Er ist nicht der Meinung, daß irgend ein Uebelwort dergleichen Fragen entscheidend; wenn aber doch, so dies: „Weß Euch, Ihr Schriftgelehrten, Ihr Heuchler, die Ihr Land und Wasser umzieht, auf daß Ihr einen Propheten macht, und wenn er es geworden, macht Ihr aus ihm ein Kind der Hölle, zwiefach mehr als Ihr seid!“ In Konsequenz dessen sagt Bonus weiter:

„Der Weg der Wilden zur höheren sittlichen Kultur geht normalerweise über ihre Töne zu ihrem Stamm. Deshalb halten wir eine Tätigkeit, die darauf gerichtet ist, einzelne Glieder ihrem Volksverband zu entfremden, für sittlich bedenklich. Wir wissen wohl alle, wie gemischte Gefühle wir hatten, wenn wir von jenen Propheten einer fremden, wenn auch höheren Kultur hörten, dem Redner Dithakus, dem Oberster Segel, dem Voeren Piet de Wet. Gewiß, nach der Theorie ist alles in schönster Ordnung. Danach wollen die Missionare gar nicht eine fremde Kultur anbringen, sie wollen lediglich die rein-religiöse Beding der innerlichsten Kräfte, aus deren Entfaltung dann originale Kultur erwachsen kann. Inoffen sind wir näher zu, so sind die Missionare meist gar nicht fähig, zwischen Religion und Kultur zu unterscheiden. Was sie als Religion bringen, ist lediglich misverstandene, abgeplattete Kultur, die nur desto unverständlicher aufgenommen wird, da sie religiös verkleidet ist, eine Vorstellungswelt, die fremd und unverständlich ist und mit Haut und Haar als heilig angebetet wird, als eine neue Art Kultus, an dessen Kraft man glaubt, ohne irgend ein inneres Verständnis für sie zu haben. Eine wirkliche religiöse Erweckung wäre doch erst da möglich, wo der Missionar diese Kunst besäße, seinerseits die primitiven religiösen Vorstellungen der Wilden anzunehmen und von innen her fortzubilden, also alles das zu tun,

was die berühmten Apostel der Deutschen verurteilt haben zu tun, als sie unsere heiligsten Vorstellungen beschmutzten und uns andere gaben, deren Heiligkeit zu verstehen uns — als Volksganzem — noch heutigen Tages nicht gelungen ist.“
In der Tat, diesem vermeintlichen Urteil eines Sachverständigen ist nichts hinzuzufügen. —

Systematisches Zerkleinern. Seit Inkrafttreten des neuen Vertrages des Kohlenbundes sind bereits 12 Zechen angegliedert worden. Daß der Prozeß den Altzechen zu langsam vorwärts geht, erhellt aus dem Geschäftsbericht des Kohlenbergwerks Louise-Tiefbau-Dortmund. Es wird hier ausgeführt, daß eine systematische Zusammenlegung von Grubenfeldern und Zechen aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich sei. Die Anschließung gibt die Stimmung in den Kreisen der Interessenten wieder, und wird es wohl nicht bei der Umschärfung bleiben. Die Konzentration läßt sich nicht aufhalten. —

Dresden, 23. November. (Fig. Ver.) Ueber die Pläne der kommunalen Wahlrechtsveränderung ist berichtet worden. Am Dienstag abend haben die Dresdener Arbeiter in zehn stark besuchten Volksversammlungen gegen den reaktionären Anschlag des in der Stadtverwaltung herrschenden Antisemitismus protestiert. Etwa 8000 Arbeiter waren zu gleicher Zeit in den Protestversammlungen anwesend, während nur sonst bei Stadtverordnetenwahlen kaum 800 Interessenten hatten. Die Referenten geißelten das reaktionäre Gebaren der bürgerlichen Gruppen und das projektierte Wahlrecht scharf. Die versammelten Arbeiter beschloßen in allen Versammlungen einstimmig eine scharfe Protestresolution.

Die reaktionären Machenschaften haben die Wahlausichten unserer Partei außerordentlich gebessert. Es ist recht wahrscheinlich, daß eine Anzahl sozialdemokratischer Vertreter in das Parlament der „Haupt- und Residenzstadt Dresden“ eingehen. —

Agrarischer Wunschzettel. Die sächsischen Agrarier haben abermals eine Probe ihrer Arbeiterfeindschaft abgelegt. Der Landwirtschaftliche Kreisverein für Dresden hat dem sächsischen Landeslandwirtschaftsrat einen Wunschzettel unterbreitet, der sich in einseitiger Weise gegen die ländlichen Arbeiter richtet. Erstens wird verlangt, daß dem Gesinde in Zukunft in Krankheitsfällen der Lohn um den Betrag des Krankengeldes gekürzt werden kann. Sodann verlangen sie ein Gesetz, wonach landwirtschaftliche Saisonarbeiter und Arbeiterinnen der Gesinde-Ordnung unterstellt sein sollen und schließlich für diejenigen Arbeiter, denen es unter dem rechtlichen Zustande und der Willkür der Gutsherren nicht gefällt, ein Kontraktbruch-Gesetz, das strenge Verstrafung auf vorzeitiges Verlassen der Arbeit setzen soll. Der dritte Sonderauschuß des Landeslandwirtschaftsrats hat die Wünsche nicht akzeptiert und dem Plenum des Landeslandwirtschaftsrats vorgelegt, von wo aus der Beschluß dann als Antrag an das Ministerium gegangen wäre, wenn er Annahme gefunden hätte.

Natürlich traten die Agrarier lebhaft für den Antrag ein. Man erklärte die Verwirklichung der Forderungen im Interesse der Landwirtschaft für notwendig und der Landtags-Abgeordnete Steiger bestimmte als Berichterstatter: Man solle nicht aus politischen Rücksichten auf eine Partei, unter deren Druck man siehe, von einer Aenderung der Gesinde-Ordnung absehen. Der Vertreter der Regierung, Geheimrat Dr. Rascher, aber erklärte, die Form des Antrags rufe die Ansicht wach, daß besonders die letzten beiden Punkte einseitig behandelt seien. Da aus seinen Äußerungen hervorzugehen, daß die Regierung für die Ausdehnung der Gesinde-Ordnung auf die Saisonarbeiter und ein Kontraktbruch-Gesetz in der geforderten Form nicht zu haben sein werde, hielt es schließlich die Mehrheit des Landeslandwirtschaftsrats für angebracht, die beiden letzten Forderungen zurückzustellen; es gelangte deshalb nur der Punkt über die Kürzung des Lohnes in Krankheitsfällen zur Annahme. Bezüglich dieses Punktes hat die Regierung auch gelegentliche Regelung zugesagt. Das Gesinde in Sachsen hat daher damit zu rechnen, daß ihnen ein durch das bürgerliche Gesetzbuch gewährter Vorteil durch Landesgesetz wieder vernichtet werden soll.

Die übrigen Forderungen sind nur zurückgestellt. Wenn sie etwas geschickter formuliert und vorsichtiger gehalten werden, wird die Regierung sicher die „wohlwollende Erwägung“ nicht verweigern. Von der Seelengröße der sächsischen Agrarier gibt der obige Wunschzettel ein allerliebtestes Bild. Und diese von so engberzigem Agrarismus besessenen Leute beherrschen den Industriestaat Sachsen. —

Ueber die Verschmelzung der Städte Nürnberg und Fürth verhandelte, so wird uns geschrieben, das Gemeindefolkium Fürth am Dienstag abend. Es handelte sich um einen Antrag, wonach an die Stadtverwaltung Nürnbergs die Anfrage gerichtet werden soll, ob sie geneigt sei, über die Frage der Einverleibung Fürths nach Nürnberg zu unterhandeln. Von 41 Gemeindebevollmächtigten waren 35 anwesend. Der Wortführer der Liberalen, Dr. Raner, begründete den Antrag, der auch von unserem Genossen Segib befürwortet wurde, da er nach keiner Richtung hin verpöschigte.

Der Demokrat Wolf wollte eine lange Rede dagegen halten, wurde aber durch allseitige Schlussrufe veranlaßt, abzubrechen. Bei der Abstimmung erklärten sich von den 35 Gemeindebevollmächtigten 28 für die Anfrage in Nürnberg. Wenn die Antwort bejahend lautet, wird man sich darüber schlüssig machen, welche Bedingungen für den Fall der Einverleibung zu stellen sind. —

Stuttgart, 23. November. (Privattelegramm.) Der Landtag beriet die Gemeinde-Ordnungs-Novelle weiter und lehnte dabei den sozialdemokratischen Antrag, nicht nur den Mitgliedern des Gemeinderates, sondern auch denen des Bürgerausschusses Diäten zu zahlen, ab. Bezeichnenderweise war es der Demokrat Haushmann, der hierbei der Sozialdemokratie vortrat, solche Anträge nur aus Prinzipienreiterei und ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse zu stellen. Von unserer Seite wurde ihm durch Genossen Klotz erwidert, daß die Welt nicht nur aus Rechtsanwältinnen und sonstigen wohlhabenden Leuten besteht, sondern daß auch Arbeiter das Bedürfnis hätten, durch eigene Massengenossen politisch vertreten zu sein. Für unseren Antrag stimmte außer unseren Abgeordneten nur ein Vollspartheier.

Dann kam man zu der wichtigen Bestimmung, welche die übelberühmte Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher besitzig sein soll. Der Kommissionsbeschuß setzt für die neu zu wählenden Ortsvorsteher zehnjährige Amtsperiode fest, will aber die jetzt im Amt befindlichen davon nicht getroffen wissen, sodas sie ihr Amt noch für ihr ganzes Leben verwalten dürfen. Ein völksparteilicher Antrag will jedoch, daß die gegenwärtig im Amt befindlichen Schultheißen sich einer Wiederwahl unterziehen müssen, wenn sie nach dreijähriger Gültigkeit des Gesetzes 10 Jahre im Amt sind. Ein sozialdemokratischer Antrag fordert grundsätzlich sechsjährige Wahlperioden und Niederlegung des Amtes seitens der Schultheißen, wenn sie nach dreijähriger Gültigkeit des Gesetzes sechs Jahre im Amt sind. Für die Aufrechterhaltung der Lebenslänglichkeit sprach in der Debatte nur noch ein Prälat, ohne aber selbst einen Antrag zu stellen. Alle bürgerlichen Redner erkannten sofort die Notwendigkeit der Abschaffung an, nur gegen die Milderung auf die antierenden Schultheißen wurde lebhaft polemisiert. Unser Genosse Hildenbrand verteidigte unseren Antrag auf sechsjährige Wahlperioden damit, daß auch die Wahlperiode der Gemeinderäte den gleichen Umfang hätte. Die Milderung sei aber nötig als Schutz gegen gewalttätige Amtsvorsteher, die ihr Privileg sonst zum Schaden der Gemeinde ausüben könnten. Wie lange habe die Regierung selbst mit Geheimeier in Dellbronn nicht fertig werden können. Die Notwendigkeit, sich der Wiederwahl zu unterwerfen, werde tüchtige Kräfte, die sich bewährt haben, nicht befähigen, sie habe aber den Vorzug, daß der Schultheiß die Intentionen der Bürgerchaft nicht unberücksichtigt lassen könnte. In einer Abstimmung über die Bestimmung sowie über die Anträge kam es heute noch nicht. —

Gesellschaftlicher Wasserwerks-Prozeß.

Eisen, den 22. November. (Fig. Ver.)

(Siebenter Verhandlungstag.)

Für heute sind noch 12 Zeugen geladen; die Vernehmung der Zeugen förderte neue Ergebnisse nicht zutage.

Zeuge Architekt Stolze-Gesellschaft machte sehr interessante Angaben über die hygienischen Verhältnisse in dem Kreis Gesellschafter. Besonders in Schalle und Letendorf ist es zurzeit der Sanalisation sehr traurig aus, weil Kisten alle Abwässer durch offene Rinnen in Sammelgräben, hier sammelt sich Schlamm und Urat, der Abfluß fließt, die angrenzenden Keller werden unter Wasser gesetzt. Hauptstrahlen werden von den Sammelgräben durchdrungen, sie begrenzen Kolonien und Schulen. Zeuge demonstriert das an einer Reihe von ihm aufgenommenen Photographien. Die Müll- und Fäkalienabfuhr ist mangelhaft. In den letzten Jahren haben sich die Verhältnisse etwas gebessert, aber die Kellerüberschwemmungen infolge der Rückstutungen in den Sammelgräben hören noch nicht auf. — Sehr schlecht sind teilweise die Wohnungsverhältnisse! Die in den vier Jahren erbauten Kolonien liegen zum Teil unter dem Straßenniveau; die Ausflüsse der Aborte der hohen gelegenen Straßen fließen in die Kolonien. Diese sind völlig verjagt! Wohn- und Schlafzimmer sind meist derselbe Raum, die Wohnungen sind nicht unterkellert.

Der Sachverständige Dr. Kläuser demonstriert, daß die Senkungen infolge des Verbaues die Schwierigkeiten der Rückstutungen verlauden, die Wohnungsverhältnisse seien sehr verächteten. Zustände, wie sie der Zeuge Stolze geschildert habe, finde man nicht nur in Schalle, sondern auch in Wismar und Wanne. Aber gerade Wanne sei von der Typhusepidemie verschont geblieben.

Verteidiger Dr. Wallach regt an, eine Besichtigung des Terrains vorzunehmen; nach der Epidemie sei die Fäkalien- und Müllabfuhr erschwert worden, die übrigen Verhältnisse werde man aber jetzt noch vorfinden, wie sie hier geschildert worden seien.

Bei Vernehmung des früher auf dem Wasserwerk beschäftigten Schlossers Luitgow wurde festgestellt, daß der Angeklagte Sammit ihn im vorigen Jahre an seinem jetzigen Wohnort — Gomburg v. d. Höhe — aufsucht hat, um sich mit ihm über den Prozeß resp. die Verhältnisse auf dem Wasserwerk zu besprechen. Der Vorsitzende fragt den Zeugen, wie es kommt, daß Zeuge vor der Unterredung mit Sammit über manche Punkte nichts befragte, nach der Unterredung aber genau Auskunft geben konnte. Der Zeuge wußte keine Erklärung dafür. Der Verteidiger des Angeklagten stellt fest, daß die Mutter des Zeugen D. im Hause Sammits bedienstet war — als Amme —, daraus resultiere ein gewisses näheres Verhältnis, woraus sich erkläre, weshalb Sammit gerade den D. aufsuchte. Sammit erklärt, er habe dem Zeugen gesagt, er müsse unter allen Umständen die Wahrheit sagen, was Zeuge bestätigt. D. behauptete auch, er sei zur Zeit des bekannten Rohrbruchs krank gewesen, aus den Protokollen wird festgestellt, daß er als bei der Arbeit anwesend geführt worden ist. Das wird als Jertum erklärt.

Die Verhandlungen werden am Mittwoch vertagt.

Husland.

Belgien.

Ein Sozialdemokrat aus dem Herrenhaus getrieben.

Brüssel, 21. Nov. (Fig. Ver.)

Erst seit zehn Tagen ist das Parlament geöffnet und doch hat bereits die ultramontane Mehrheit Gelegenheit gefunden, ihrem Klassenhaß gegen die Arbeiter die Fägel schießen zu lassen.

Während des letzten Wahlkampfes hatte die sozialdemokratische Partei in Brüssel zum erstenmal zwei Kandidaten für den Senat (Herrenhaus) aufgestellt. Das war bisher nicht geschehen, weil das Wahlgesetz für den Senat bestimmt, daß nur solche Personen gewählt werden können, die jährlich 1000 holländische Gulden Grundsteuer zahlen und daß allein diejenigen Bürger das aktive Wahlrecht ausüben dürfen, die das 30. Lebensjahr überschritten haben. Millionäre sind in unserer Partei selten, und so kam es, daß nur einer der beiden Kandidaten den Bedingungen des Wahlrechts entsprach, der Genosse Penderic. Der zweite Kandidat, Genosse Elbers, Sekretär der Brüsseler Arbeitervereine, zahlte keine tausend Gulden Grundsteuer. Beide Genossen waren mit 40 000 Stimmen gewählt worden, was für unsere Partei einen glänzenden und unerwarteten Sieg bedeutet.

Ueber die Entscheidung des Senats über das Mandat des Genossen Elbers konnte keinelei Zweifel walten. Doch war die Gelegenheit zu günstig, um nicht als treffliche Demonstration gegen den infamen Klassenzorn benutzt zu werden. Diese Demonstration hat denn auch unser Arbeiterfenator in ausgezeichneter Weise ausgeführt. In würdigen und ruhigem Tone erklärte er, daß er alle die Qualitäten von Ehrlichkeit, von Kompetenz in der Wahrung der Arbeiterinteressen, von Vertrauen seiner Wähler besitze, die ein wahrer Vertreter des Volkes besitzen müsse. Ihm fehle nur der gefüllte Geldbeutel, der dem unwissenden und unfähigsten Geldbesitzer das traurige Vorrecht gebe, in dem Senat zu sitzen. Mit welchem Erstaunen und welcher Gereiztheit diese Erklärung von den Junkern, Grafen und Herzögen des Herrenhauses aufgenommen wurde, kann man sich denken. Doch haben die Junker ein, daß es das Geratensei sei, auf diese das schändliche Wahlsystem geißelnde proletarische Erklärung mit Stillschweigen zu antworten. Ihre Wut brach erst dann los, als ein liberaler Senator, Herr Van de Walle, die junkerliche Diplomatie noch dadurch übertraf, daß er die platonische Erklärung abgab, daß die liberale Bourgeoisie die Auffassung des Genossen Elbers durchaus teile. — Alsobald wurde mit überprophetischer Mehrheit die Wahl des Genossen Elbers für ungültig erklärt.

Kunstreue folgte der zweite Akt des Schauspiels. Von Rechts wegen hätte zur Befestigung des erledigten Mandats eine neue Wahl vorgenommen werden müssen. Aber so ehrlich waren unsere Ultramontanen nicht. Trotz des lebhaften Widerspruches der Linken wurde der Sitz unter fälschlicher Auslegung des Proportional-Wahlsystems einem ultramontanen Kandidaten zugeworfen, der nun auf acht Jahre hinaus 20 000 sozialdemokratische Arbeiter vertreten soll!

Ein treffenderer Beleg für die kirchliche Unchristlichkeit und Gewalttätigkeit konnte nicht erbracht werden. —

Niederlande.

Der furchtbare Frauen- und Kindermord

durch die niederländischen Kolonialtruppen in den Gajoländern ist jetzt auch von dem niederländischen Kolonialminister in seiner Antwort auf den Abteilungsbericht der Kammer als ein Ereignis hingestellt worden, das unabwendbar war. Nach Eröberung der Festigung Gemoegang (am 18. März d. J.) hätten, sagt der Minister, die Soldaten mit Entsetzen bemerkt, daß auch Frauen und Kinder dabei waren. Dann erklärt er, die Frauen und Kinder hätten zum größten Teil auch blanke Waffen oder Lanzen in den Händen gehabt und ebenso hartnäckig und fanatisch gekämpft wie ihre Männer und Väter. Außerdem seien bei dem geringen Unterschied in der Kleidung die Frauen von den Männern schwer zu unterscheiden gewesen. Van Dalen, der Führer der Kolonne, hätte die Häuptlinge durch einen Boten auffordern lassen, wenn sie kämpfen wollten, doch Frauen und Kinder in Sicherheit zu bringen, doch sei diesem Wunsch nur ausnahmsweise nachgegeben worden. Ferner wird den Führern der Eingeborenen auch wieder „Aufregung zum Fanatismus“ vorgeworfen, womit man bekanntlich in der Sprache der holländischen Kolonialhelden das bezeichnet, was sonst in Niederland, besonders wenn von der Befreiung des Vaterlandes vom spanischen Joch die Rede ist, als heilige patriotische Begeisterung und edle Vaterlandsliebe gepriesen wird. — „Der Volk“ bemerkt zu der Antwort des Kolonialministers: „Was uns betrifft, müssen wir erklären, daß diese Mitteilungen uns wenig sagen. Mit der Erklärung Van Dalens, daß die niederländischen Truppen ein „äußerst gefährliches Werk“ zu

verrichten hatten, steht das entgegengesetzte Verhältnis zwischen der Anzahl Toter auf Seiten der Niederländer und auf Seiten der Gajoler in direktem Widerspruch: hier tausende, dort Zehnerzahlen. Diese Differenz sind zerschmetternd.“

Kolonialdebatte.

In der Zweiten Kammer stellte heute bei der Beratung des Budgets für Indien van Kol (Soz.) wieder den Antrag, einen großen Teil der Kolonien zu veräußern und der Politik der Ausbreitung durch militärische Expeditionen ein Ende zu machen. Der Redner erklärte, er befürchte nicht, daß es durch eine solche Veräußerung zu internationalen Komplikationen kommen könne, und suchte dann nachzuweisen, daß die Kolonien unter französischer oder englischer Herrschaft besser geleitet und zu größerer Blüte gelangen würden. Eine Veräußerung des niederländischen Kolonialbesitzes sei dringend notwendig, ehe die Großmächte sich dieses Besitzes bemächtigen.

van Byland (Partei der Antirevolutionären) trat unter Hinweis auf den Krieg in Ostasien für Verstärkung der Flotte ein. Der Redner sowie nach ihm de Stuers (Katholik) bekämpften scharf die Kolonialpolitik der Regierung als Politik des Imperialismus und die blutigen Expeditionen gegen unschuldige Eingeborene in Nord- und Mittelsumatra. Mit einiger Geduld wäre die Herrschaft Hollands in diesen Gebieten fester sicherzustellen. Die Holländer seien jetzt gleich Hunnen und Tataren gegen die Gajos und die Aas vorgegangen und hätten Frauen und Kinder zu dem Krämerzweck hingemordet. —

Norwegen.

Der Anarchistentraktat muß an die Öffentlichkeit. Der Abgeordnete Castberg hat in der Stortingssitzung am Freitag den formellen Antrag eingebracht, die Regierung aufzufordern, falls zwischen Norwegen und einem oder mehreren fremden Staaten ein Uebereinkommen zur Bekämpfung des Anarchismus abgeschlossen ist, zu veranlassen, daß dieses Uebereinkommen samt den dazu gebörenden Dokumenten dem Storting vorgelegt wird. — Die Verhandlung über den Antrag soll in einer späteren Sitzung stattfinden. —

Rußland.

Abstimmung über einen Studentenstreik in Helsingfors. Nachdem das Verlangen der Helsingforser Studentenschaft auf Freilassung der verhafteten Universitätslehrer nicht erfüllt worden ist, haben die Studenten nun in einer Versammlung am 6. November darüber beraten, ob vielleicht ein allgemeiner Universitätsstreik eine gute Wirkung auf die russischen Gewaltthäter ausüben würde. Ein Komitee, das zur Vorbereitung der Frage gewählt worden war, erklärte, daß ein Streik, entweder sofort oder vom nächsten Termin ab als ein brauchbares Mittel gegen derartige Rechtsbrüche anzusehen sei. Bei der Abstimmung wurden 200 Stimmen für den Streik und 190 für Vertagung der Angelegenheit abgegeben. Da in der Versammlung die allseitsmännlich gestimmten Studenten nicht vertreten waren, konnte eine so geringe Majorität um so weniger als ausschlaggebend für eine Maßnahme gelten, die, wie die Gegner des Beschlusses meinten, die Existenz der ganzen Universität aufs Spiel setzen würde. —

Zu den Unruhen in Warschau.

Bürgerliche Mütter melden: Unter den Opfern des Tumults in Warschau befinden sich auch der hochbetagte Arzt Dr. Frankenstein, der von einer Kugel getroffen wurde, als er sein Haus betreten wollte, der Chirurg Dr. Frankef, dessen Schädeldecke zertrümmert wurde, sowie die Baronin Wirsch, die in einem Wagen vorüberfuhr. Für kommenden Sonntag wird nach der „Kattowitzer Zeitung“ ein neuer Anschlag angekündigt. Die Arbeiter sollen sich im Besitz von 6000 Revolvern befinden. Die Polizei nimmt fortwährend Verhaftungen vor, muß aber, da alle Gefängnisse überfüllt sind, die Festzu dem Krämerzweck hingemordet, die Erlager und Petroleumquellen auszubeuten. —

Der Homeler Prozeß.

In Homel spielt jetzt der Schlußakt einer Tragödie. Die Judenergesse finden ihr Nachspiel in langwierigen Gerichtsverhandlungen, in denen die Taten des August und September uns von neuem vor Augen geführt werden. Man verhandelt ausnahmsweise bei offenen Türen. Man denke, in Rußland, dem Lande des Schloßes und der Krute!

Die Zahl der Angeklagten besteht aus 80 Personen, 36 Juden, 44 Christen. Als Zeugen sind 1100 Menschen geladen, von denen 120 sich auf dem Kriegsschauplatz befinden oder eines anderen Grundes wegen nicht erscheinen können. Das Alter der Angeklagten schwankt zwischen 17 und 25 Jahren. In betreff der Zeugen, die als Soldaten im Osten weilen, benimmt sich die Regierung höchst merkwürdig. Sie erklärt, daß diese in die Kategorie derjenigen gehören, deren Aufenthaltsort unbekannt ist. Der Staatsanwalt erklärt sich hiermit einverstanden, aber die Vorsteher der Adolatur wollen auf diese Maßnahmen nicht eingehen. Nach langem Hin und Her einigt man sich endlich in einer dreißigstündigen Sitzung, die Verhandlungen ohne die in Frage kommenden Zeugen zu beginnen. — Die Anklage des russischen Staatsanwalts verdient es, in ihrer falschen Darstellung wenigstens kurz wiedergegeben zu werden:

„Bald nach den Kravallen in Kischinew organisierten die Juden hier eine Art bewaffneter Selbsthilfe. Sie versammelten sich auf den Ufern der Soja, etwa 100 Mann stark, und übten dort. Die Juden, die die Homeler Christen haßten, wurden jetzt frech, und es verlaute sogar, daß dieselben Mache an den Homelern für Kischinew nehmen wollten. Der erwartete Kravall blieb auch nicht lange aus. Als es am 29. August 1903 zwischen der Händlerin Eisa Kaitzka und dem Förster Wassiwisch über einen Heringsverkauf zu einem Streite kam, spie die Frau den Weanten an und auf ein Zeichen nahen sich von überallher Juden. So mußten sich also die Christen gegen die Juden wehren, die alles vorbereitet hatten und mit Knütteln und Eisenstangen auf die Christen einbrachen. — Die Juden töteten selbst Kinder. Und nicht nur auf der Straße, sondern auch vom Balkon herunter schossen die Juden. Und dazu kamen ihre über den Erfolg glückstrahlenden Geschäfter: „Unser Sonnabend ist auf Euren Sonntag gefallen“, sagten sie. Was Wunder also, wenn am 1. September der russische Pogran gegen die Juden begann.“

Soweit der russische Staatsanwalt, der die Schuldigen verteidigt und die Unschuldigen anklagt.

Die Verhandlung hat jetzt am dritten Tage begonnen und wird in ihrem weiteren Verlaufe, über den wir noch berichten werden, die Unwahrscheinlichkeiten der Anklage aufdecken. Es stehen große Enthüllungen aus dem Innereben Rußlands bevor. —

Australien.

Die Zollfrage

spielt gegenwärtig die größte Rolle in der australischen Politik. Der Londoner „Daily Telegraph“ läßt sich aus Melbourne berichten, daß Watson, der Expremierminister und Führer der Arbeiterpartei, sich für Vorzugshölle im Handel mit Großbritannien erklärt habe, aber zugleich nachdrücklich betonte, daß die Arbeiterpartei als solche dadurch in keiner Weise gebunden sei; daß die Zollpolitik herrschen verschiedene Meinungen in der Partei. Als eifriger Gewerkschaftler glaubt Watson sich berechtigt, der Industrie des Landes jede schädliche Konkurrenz fern zu halten. In einer großen Volksversammlung in Melbourne trat er wie auch Deakin, auch ein Ex-Premier, für eine Zollreduktion zugunsten von Großbritannien und für eine Vorkörpersung gegen die Waren anderer Nationen ein. Die Versammlung nahm mit großer Majorität dementsprechende Resolutionen an und forderte die Regierung auf, demselben die Sache in die Hand zu nehmen. — Der Stellungnahme Watson's wird Wert beigemessen, weil sein Einfluß in der Arbeiterpartei sehr groß ist. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Zur Lage bei Mukden.

Petersburg, 23. November. Generalleutnant Scharow meldet dem Generalstab unter dem gestrigen Datum: Am 20. November besetzten unsere Freiwilligen um 4 Uhr früh die Bergkette auf beiden Seiten des Schindalimpasses, vier Werst südlich vom Dorfe Tungau, neun Freiwillige hatten später ein Gefecht mit Japanern, die sich unter Verlusten zurückzogen. — Am 21. November wurden Teile unserer Abteilungen, die am 20. November das Gefecht beim Dorfe Litschui hatten, vom Feinde angegriffen. Der Angriff wurde zurückgeschlagen, die Japaner hatten bedeutende Verluste, auf unserer Seite wurden 1 Offizier und 30 Mann verwundet und 10 Mann getötet. — Heute beschloß der Feind das Dorf Sjachepu mit Belagerungsgeschützen.

Von Port Arthur.

Tokio, 23. November. (Künstliche Meldung.) Die Armee vor Port Arthur berichtet, daß gestern um Mittag die Gebäude beim Arsenal infolge der Beschleßung durch die japanischen Schiffgeschütze in Brand gerieten und abends 9 1/2 Uhr noch brannten.

Japanische Unterseeboote.

Tokio, 23. November. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Fünf Unterseeboote sind heute in Yokohama eingelaufen.

Mobilmachungs-Unruhen.

Aus 30000 in Reservisten wird über Petersburg gemeldet: Ueber 1000 Frauen und Angehörige von eingezogenen Reservisten säumten das Regierungsgebäude und verlangten Auszahlung der Unterstufen, die man ihnen während der Abwesenheit ihrer Ernährer versprochen, aber noch nicht gegeben hatte. Der Gouverneur Biok war genötigt, 10 000 Rubel aus der Ortskasse zu nehmen und sie unter die betroffenen Familien zu verteilen, um die Menge zum Auseinandergehen zu bewegen. Dann telegraphierte er an das Ministerium des Innern, daß bis Ende dieses Jahres weitere 21 000 Rubel zur Unterstützung der Familien der Reservisten nötig seien.

Städtische Straßenbahnen.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Vorlage betreffend den Bau von fünf städtischen Straßenbahnlinien hielt gestern seine siebente Sitzung ab. Zu Beginn dieser Sitzung wurde folgender Antrag eingebracht:

„Der Ausschuß empfiehlt der Versammlung, zu beschließen: Die Versammlung lehnt die als Südlinien aufgeführten Straßenbahnen ab und ersucht den Magistrat um eine Vorlage neuer Linien, die den Ausbau der bereits angekauften Straßenbahnen bezwecken.“

Der Antrag entfiel eine langandauernde Debatte, in deren Verlauf die verschiedensten Projekte zum Ausbau der Siemens-Linien erörtert wurden. Von den Freunden der Vorlage wurde mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß neben allen anderen schon oft angeführten Gründen, die für die Südlinien sprechen, diese Linien auch gerade aus dem Grunde so überaus wichtig sind, weil ein umfassendes und zweckentsprechendes Netz städtischer Straßenbahnen erst durch sie ermöglicht wird. Man dürfe nicht übersehen, daß die Koalition des Großkapitals mit den großen Verkehrsvereinigungen noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Jetzt sei der Stadt noch einmal die Möglichkeit gegeben, dem Ziel, dem sie nachstreben müsse: die Herrschaft über die städtischen Straßen zu erlangen, näher zu kommen. Sollte sie diese Gelegenheit ungenutzt verstreichen, so werde ihr das Ziel für jetzt und später entfallen.

Von außerordentlichem Interesse und von großem Eindruck waren die Ausführungen des Oberbürgermeisters, der die dringende Bitte aussprach, doch alle kleinen Momente beiseite zu lassen und nur die großen Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Man werde niemals Linien vorschlagen können, an denen von 144 Stadtverordneten nicht der eine oder andere einzelne Details anders zu haben wünsche. Die Große Straßenbahn-Gesellschaft verfolge ihre Interessen auf das rücksichtsloseste; sie stehe in den engsten Beziehungen zur Hofkammer; er beziehe sich hierauf auf die in der vorigen Sitzung zur Sprache gekommenen Vorfälle. Die Dresdner Bank habe gegen ein vor der Stadt vorgelegtes Projekt behufs Untertunnelung der Linden am Opernhaus entlang den schärfsten Widerspruch erhoben; die Herren Direktoren Gutmann und Müller haben erklärt, sie würden selbst auf Wunsch von allerhöchster Stelle niemals ihre Zustimmung geben; sie seien in der Lage, derartige Entschädigungsansprüche geltend zu machen, daß die Stadt das Projekt aufzugeben gezwungen sein würde. Dieses selbe Projekt sei dann später von der Großen Straßenbahn-Gesellschaft vorgelegt worden und hat die Zustimmung der Dresdner Bank gefunden!

Herr Stadtbaurat Krause habe darauf ein anderes Projekt ausgearbeitet, das die Unterführung der Linden in genialer Weise löse und dieses Projekt habe, wie in der vorigen Sitzung des ausführlicheren dargelegt sei, gegründete Aussicht auf Verwirklichung. Vor der Wichtigkeit, welche die Durchführung dieses Projekts für die Entwicklung der städtischen Straßenbahnen biete, sollten alle anderen Kleinigkeiten Bedenken schweigen. Er biete nochmals und dringend um Annahme der Vorlage.

Nachdem sich mehrere Redner zu diesen Ausführungen des Oberbürgermeisters geäußert hatten, wurde der oben wiedergegebene Antrag zurückgezogen und zur Abstimmung geschritten. Ein Antrag, die Südlinien durch die Stadt zwar zu bauen, aber nicht zu betreiben, wurde gegen 3 Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatte ein Antrag, die Linien erst zu bauen, nachdem die Genehmigung zur Unterführung der Linden erteilt sei. Eine eingebrachte Resolution: „Auch erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Südlinien bis zum Sietziner Bahnhof bezw. Bahnhof Friedrichstraße verlängert werden,“ wurde mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen. Mit der gleichen Stimmenzahl wurden darauf in der Einzelabstimmung die drei vom Magistrat vorgeschlagenen Südlinien angenommen.

Dieser Beschluß, der aller Voraussicht nach mit großer Majorität von der Stadtverordnetenversammlung ratifiziert werden wird, bedeutet einen wichtigen Wendepunkt in der Entwicklung des städtischen Verkehrswezens. Schreitet die Stadt auf der nunmehr eingeschlagenen Bahn mit Umsicht und Energie fort, so sieht zu hoffen, daß sie in der Lage sein wird, den monopolistischen Bestrebungen der Großen Straßenbahngesellschaft mit Erfolg entgegenzuwirken.

Verammlungen.

Der Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (S.-O.) hielt am Dienstag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Ohlmann und Jenisch durch Erheben von den Plätzen. Darauf hielt General-Ströbel einen temperamentvollen Vortrag über „die politische Lage“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Eine Diskussion darüber fand nicht statt. Der zum zweiten Schriftführer gewählte Genosse Kunge hat die Wahl abgelehnt. Er motivierte dies mit der Behauptung, daß die Kandidatenliste unkorrekt aufgestellt worden sei. Der Vorsitzende Hoffmann wies nach, daß dies nicht der Fall gewesen sei. In der folgenden Wahl mittels Stimmzetteln wurde Genosse Granowski als zweiter Schriftführer gewählt. Die Wahl der Kommissionsmitglieder ist bisher in öffentlicher Versammlung erfolgt. Vom Vorstand lag nun ein Antrag vor, welcher eine Ergänzung des § 6 des Statuts forderte, dahingehend, daß nunmehr auch die Kommissionsmitglieder im Wahlverein gewählt werden. Die Debatte über diesen Antrag bewegte sich hauptsächlich um die Frage, ob die Wahl per Stimmzettel oder per Affirmation vor sich gehen soll. Die Versammlung entschied sich für die Stimmzettelswahl, so daß der Zusatz zu § 6 nun lautet:

„Die Wahl der Preis-, Agitations- und Lokalkommissionsmitglieder erfolgt in der im Oktober stattfindenden Generalversammlung.“

Darauf erstattete Schulz Bericht von der Tätigkeit der Agitationskommission und insbesondere von der Arbeit in den Kreisen Friedeberg-Krasswalde, Sternberg und Schwiebus-Crossen-Sommerfeld, wo es den Genossen gelungen ist, immerhin nennenswerte Erfolge zu erringen. So ist der letzte Kreis durch Gründung eines Wahlvereins insstande, seine Agitationskosten selbst aufzubringen. — Sedler gab den Bericht der Lokalkommission. Die Lokalfrage in Berlin selbst erfordert keine Anstrengungen, während in Ober-Schöneweide, Schwilke und Tempelhof es zu Skandalitäten gekommen ist. Es soll darauf hingewirkt werden, daß besonders bei Dampferfahrten und Ausflügen das Lokal „Riffhäuser“ in Schöneweide gemieden wird. — Den Preiskommissionsbericht erstattete Genosse Wermut. Die verschiedenen Beschwerden und Angelegenheiten, wie der Streit zwischen den Gewerkschaften in der Gewerbegerichtsamt, die Angelegenheit der Erhöhung der Provisionsätze der Annoncenakquisitionen etc. sind bekannt. Der „Vorwärts“ erzielte im ersten Quartal einen Ueberschuß von 12 000 M., im zweiten 26 000 M. und im dritten 9000 M. In das letzte Quartal fallen der Königsberger Prozeß und der Parteitag. Zum Schluß forderte Wermut lebhaft zur Agitation für den „Vorwärts“ auf. Zu der Debatte wurde unter anderem der Wunsch geäußert, daß der „Vorwärts“ in seiner Unterhaltungsbeilage wöchentlich oder monatlich Gedichttage bedeutender Männer mit kurzen Biographien bringen könnte. Auf eine Anfrage erklärte Wermut, daß mit der Schaffung eines Abendblattes die Kommission sich demnächst befassen werde. Ein Schlußantrag hob die weitere Debatte auf. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Vorstand einer Versammlung für die „Vorwärts“-Agitation näher treten werde. Die nunmehr folgende Wahl der Kommissionsmitglieder wurde per Affirmation vorgenommen, da der Vorstand auf eine Stimmzettelswahl noch nicht vorbereitet war. Es wurden gewählt in die Agitationskommission Genosse Schulz, in die Preiskommission Genosse Wermut und in die Lokalkommission die Genossen Sedler und Görke.

Eine von der Zentralkommission der Krankenkassen einberufene Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten fand am Freitag, den 18. d. M. statt. Herr Dr. A. Pinski, Mitglied des Komitees zur Erforschung der Krebskrankheiten, sprach über das Thema: „Welche Maßregeln können die Krankenkassen zur Bekämpfung der Krebskrankheit im Interesse ihrer Mitglieder ergreifen?“ Redner führte aus, daß die Erkrankungen an Krebs in den letzten Jahren eine starke Zunahme erfahren haben. Während man bei anderen Krankheiten, Syphilis, Tuberkulose usw. den Erreger der Krankheit erkannt hat, wodurch eine Bekämpfung dieser Seuchen erleichtert sei, habe man bis heute noch nicht den Erreger des Krebses genau feststellen können. Deshalb sei es auch so schwierig, bei weit vorgeschrittenen Fällen einer Krebskrankung eine Heilung zu erzielen. Feststehende Tatsache sei, daß einzelne Handwerker, wie Schlosser, Schneider, auch Beamte usw. öfter von dieser Krankheit befallen werden als andere. Auch die Lage und Beschaffenheit der Wohnräume bei der Häufigkeit der Krebsleiden eine große Rolle. Zur Bekämpfung der Krebsleiden schlägt Redner vor, von seiten der Zentralkommission ein Merkblatt herauszugeben, worin auf die Gefährlichkeit der Krebskrankung hingewiesen wird. Ferner mögen die Krankenkassen durch eine Wohnungs-Enquete die ungesunden Wohnungen feststellen und durch geeignete Krankenkontrollen die Kranken auf die hygienischen Maßnahmen aufmerksam machen lassen. Die Kommission zur Erforschung der Krebsleiden habe auch seit 4 Wochen in der Charité eine Fürsorgestelle für Krebskranke eingerichtet, an welche die Patienten verwiesen werden mögen. Die Fürsorgestelle werde in Gemeinschaft des behandelnden Arztes die Behandlung übernehmen, nach Ablauf der Unterstufungsfrist den Kranken unterstützen und die Errichtung von Krebsstedenhäusern in die Wege leiten. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine interessanten Ausführungen. Die Versammlung nahm sodann einstimmig eine Resolution an, in welcher der Referent ersucht wird, bei dem Komitee für Krebsforschung die Herausgabe eines Merkblattes im Sinne der gemachten Ausführungen betreiben zu lassen. Die Versammlung empfahl außerdem den Kassenverwaltungen die unentgeltliche Verbreitung des Merkblattes an die Kassenmitglieder und begrüßt die Einrichtung einer Fürsorgestelle für Krebskranke, wie dieselbe seitens des Komitees für Krebsforschung gesehen ist, sympathisch. Die Versammlung beauftragt den geschäftsführenden Ausschuß der Zentralkommission, über die wünschenswerten gemeinsamen Bestrebungen in geeignete Verhandlungen mit der Fürsorgestelle zu treten. Daraus erstattete Albert Rohm den Bericht über den Kongreß der Internationalen abolitionistischen Föderation in Dresden. Der Vorsitzende gab dann noch bekannt, daß die Versammlung von 28 Orts-, 8 Vororts-, 4 Junungs-, 6 Betriebs- und 37 freien Hilfskassen, zusammen 88 Krankenkassen besucht sei.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ortsverwaltung Berlin) hielt am Freitag im „Dresdener Kasino“ eine gut besuchte Versammlung ab, in der der Vorsitzende Thomas im Anschluß an die vor vierzehn Tagen stattgefundene Generalversammlung den Geschäftsbericht des Vorstandes gab. Nach diesem haben im dritten Quartal eine Generalversammlung, 4 Mitgliederversammlungen, 12 Vorstandssitzungen und 6 kombinierte Sitzungen mit der Geschäftskommission und Hauptverwaltung stattgefunden. Man hat in diesen Zusammenkünften in der Hauptsache, wie Referent sagte, sich mit dem weiteren Ausbau der Organisation, des Arbeitsnachweises und mit der nötigen Anstellung eines weiteren Beamten beschäftigt. Aus dem Bericht über den kostlosen Arbeitsnachweis, den Thomas verliest, geht hervor, daß im dritten Quartal 97 feste Arbeitsstellen und 4910 solcher zur Ausfüllung bereit waren. Wären diese Stellen alle von Stellenvermittlern besetzt worden, so hätten diese eine Mindesteinnahme von 3820,35 M. zu verzeichnen; jedenfalls ein Vorteil für diejenigen, die vom Verband ihre Arbeit erhielten. Im Vergleich zum Vorjahre weist somit der Arbeitsnachweis nach dem von Vorsitzenden zusammengestellten statistischen Material an besetzten Stellen ein Mehr von beinahe 2000 auf. Als Vorsitzender der Geschäftskommission berichtet Schön, daß ausschließlich der kombinierten Sitzungen 18 Sitzungen stattfanden und fügt hinzu, daß über das Geschäft „Neue Welt“, Inhaber Schulz, gleichzeitig Inhaber der „Germania-Säle“, eine Anzahl Beschwerden seitens der dort Beschäftigten vorliegen und werde die Kommission nicht verfehlen, soweit dieselben berechtigt sind, Abhilfe zu schaffen. — Aus dem Kassenbericht, den Zeiske liest, geht hervor, daß im 3. Quartal inf. des alten Bestandes von 829,40 M. eine Einnahme von 5435,40 M. zu verzeichnen ist und die Ortsverwaltung einen Kassenbestand von 1658,15 M. hat. Auf Antrag Vorman wird beschlossen, den Mitgliedern eine Woche vor der Generalversammlung den Kassenbericht im Auszuge zukommen zu lassen. Nunmehr spricht Braun über Krankenassen-Angelegenheiten, wobei er auf die bevorstehende Wahl für die Delegierten der Orts-Krankenkassen der Gastwirte verweist. Koth, Vorman und Herr Haring, Mandant der Kasse, weisen darauf hin, daß auch der Krankentasse der Gastwirte Anhang im Interesse der dort Beschäftigten mehr Aufmerksamkeit als bisher entgegengebracht werden müsse. Die weiteren Verhandlungen betrafen interne Angelegenheiten der Organisation.

Zum Ablauf des Vertrages der Fliesenleger-Hülfsarbeiter nahm am 21. November eine außerordentliche Versammlung der fraglichen Sektion des „Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter“ Stellung. Karl Heidemann referierte. Der Vertrag läuft am 1. Februar ab, gilt aber auf 1 Jahr verlängert, wenn er nicht am 1. Dezember gekündigt wird. Dem Vertrag haben sich aber seinerzeit die drei größten Firmen (Willems u. Koch, Rosenthal, Ende) nicht angeschlossen. Dort wird auch nicht der im Vertrage mit den anderen Geschäften festgelegte Stundenlohn von 50 Pf. gezahlt, sondern jetzt wohl im Durchschnitt ein solcher von 47 1/2 Pf. Mit Rücksicht hierauf und auf die Vertragsverhältnisse der Fliesenleger, die bekanntlich keine einheitlichen sind, auf deren Einheitslohn aber die Fliesenleger hinwirken wollen, befürwortet Redner im Einverständnis

mit der Gruppenleitung und den Geschäftsdeputierten eine Resolution, in der es heißt:

„Bei der Aufkündigung des Vertrages ist den Arbeitgebern zu empfehlen, den jetzt bestehenden Vertrag weiter bis zum 1. September 1905 bestehen zu lassen. Den Kollegen der drei größeren Firmen aber ist aufgegeben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln an die Erringung des 50 Pf. Stundenlohnes zu gehen und so zunächst einen Einheitslohn zu erzielen. Sollten dann eventuell die Fliesenleger im Sommer 1905 eine Revision ihres Vertrages vornehmen, so stehe auch den Hülfsarbeitern zu diesem Schritte nichts im Wege. Zur Erhebung etwaiger neuer Forderungen ist aber zunächst ein Einheitslohn erforderlich. — Sollten jedoch die Arbeitgeber das Ersuchen der Verlängerung des Vertrages bis zum September 1905 ablehnen, so ist die Ortsverwaltung verpflichtet, den Vertrag aufzukündigen und zur Spezifizierung unserer dann zu erwerbenden Forderungen Extraverfammlungen einzuberufen.“ — Nach kurzer Debatte wurde die Resolution einstimmig angenommen. — Heidemann erklärte es dann für zweckmäßig, daß die Kollegen der drei großen Firmen Rosenthal, Ende und Willems u. Koch mit dem Vorgehen zur Durchführung des Stundenlohnes von 50 Pf. erst nach Weihnachten, anfangs Januar, beginnen. Die Zwischenzeit möge der Aufmunterung der Kassen dienen. — Dann besprach man noch einige Branchenangelegenheiten.

Nachwahl in Schwerin-Wismar.

Das Resultat der am 23. November vollzogenen Wahl melden folgende Depeschen:

Schwerin (Mecklenburg), 23. November, 10 1/2 Uhr abends. (B. Z. B.) Bei der heutigen Reichstags-Erwahl im Wahlkreis Schwerin-Wismar wurden nach bisheriger Feststellung abgegeben für Generalsekretär Dr. Dade-Berlin (L.) 3493 Stimmen, Geh. Finanzrat Büsing-Schwerin (nat.) 5947, Zigarrenhändler Antrick-Berlin (Soz.) 8015 Stimmen. Von etwa 100 Gütern und Dörfern sieht das Ergebnis noch aus.

Schwerin, 23. November, 10 Uhr 55 Minuten. (Telegramm des Ver. Korresp.-B.) In der heute stattgefundenen Reichstags-Nachwahl im 2. Wahlkreis (Mecklenburg-Schwerin) Schwerin-Wismar wurden für Sekretär Dade (Konf.) 5870, für den Geh. Finanzrat Büsing (Ver. Lib.) 6016 und für den Zigarrenhändler Antrick (Soz.) 9957 Stimmen abgegeben. Es stehen noch eine größere Anzahl ländlicher Bezirke aus. Es findet höchst wahrscheinlich Stichwahl zwischen Dade (Konf.) und Antrick (Soz.) statt.

Schwerin, 23. November, 11 Uhr 40 Min. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Antrick 9578, Büsing 6326, Dade 4910 Stimmen. Stichwahl wahrscheinlich.

Bei der Wahl 1903 erhielten bei der Hauptwahl Groth (Soz.) 10 380, Dr. Dröschler (L.) 6732, Büsing (Lib.) 6704, bei der Stichwahl Dr. Dröschler 11 730, Groth 11 607 Stimmen. Die Ungültigkeit der Wahl wegen einer Reihe geschwinder Unregelmäßigkeiten hatte die Wahlprüfungskommission einstimmig beschloßen; der Reichstag hatte sich im Plenum jedoch mit diesem Antrage noch nicht befassen können. Dröschler legte das Mandat vor kurzer Zeit nieder, nahm auch die Kandidatur wieder an, lehnte aber einige Tage nach der Ausschreibung der Wahl die Weiterführung der Kandidatur „aus Gesundheitsrücksichten“ ab. An seine Stelle wurde von konservativer Seite Dr. Dade aufgestellt. Der Wahlkampf wurde von allen Seiten mit großer Lebhaftigkeit geführt. Unseren Schweriner Genossen wurde von den anderen Mecklenburger Kreisen, insbesondere von Rostock, ferner von Lübeck und Hamburg aus Hilfe geleistet. Eine große Anzahl Versammlungen, weit über hundert, wurden veranstaltet, um die einzige Zeit, in der die Mecklenburger Versammlungen abhalten können, zur Verbreitung unserer Ideen zu benutzen. Von den Abgeordneten sprachen im Wahlkreise u. a. Rebel, Förster, Herzfeld, Peus, Schwarz, Stadthagen. Wie man aus dem Wahlergebnis sieht, hat die Agitation gute Früchte getragen. Sollte in der Tat bereits die Hauptwahl den Sieg an die sozialdemokratische Fahne gesetzt haben (einen sicheren Schluß lassen die bisherigen Meldungen noch nicht zu), so wäre ein Resultat erzielt, das die lästlichsten Erwartungen übertrifft. Aber auch wenn der Sieg uns noch nicht zugefallen sein sollte, so zeigen die bisherigen Meldungen ein für das verfassungsfähige Vaterland doppelt erfreuliches Vorwärts der Kämpfer für Wahrheit und Recht und berechtigten zu den besten Erwartungen für die Stichwahl.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leutweins Heimkehr.

Berlin, 23. November. Telegraphischer Meldung aus Windhuk zufolge wird Gouverneur Leutwein am 26. d. M. die Leitung der Gouvernementsgeschäfte an General von Tottha übergeben, um dann am 30. November von Swatopmund aus die Heimreise anzutreten. Er wird voraussichtlich Ende Dezember in Hamburg eintreffen.

Stadtverordnetenwahl in Darmstadt.

Darmstadt, 22. November. Nach vorläufigen Feststellungen stieg heute bei den Stadtverordnetenwahlen die Liste der vereinigten bürgerlichen Parteien mit 3467 Stimmen. Die Sozialdemokraten erhielten 2110, die Bodenreformer 334, die unabhängigen bürgerliche Gruppe 353 Stimmen, das endgültige Resultat wird morgen vormittag bekanntgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 55 Proz.

Ausland der Schwebbahn-Angestellten in Elberfeld.

Köln, 23. November. (B. Z. B.) In Elberfeld sind heute früh die Angestellten der Schwebbahn in den Ausstand getreten, weil ein Angestellter, der wegen Behorsamsverweigerung entlassen worden war, nicht wieder eingestellt wurde. Im Laufe des Tages hat aber ein Teil der Angestellten den Dienst wieder aufgenommen, so daß der Betrieb wenigstens teilweise aufrecht erhalten werden konnte. Aus Anlaß des Ausstandes kam es, wie der „Königlichen Volkszeitung“ gemeldet wird, zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Einer der Ausständigen sollte auf dem Ball wegen Verteilung von Flugblättern verhaftet werden, zahlreiches Publikum nahm für ihn Partei gegen die Beamten, und es kam zu einem Handgemenge, bei dem mehrere Personen verletzt wurden.

Kohlenarbeiter-Ausstand in Wien.

Wien, 23. Dezember. (B. Z. B.) Bisher befinden sich mehr als 1000 Kohlenarbeiter im Ausstand. Die Ruhe ist nicht getört; nur im Nordbahnhof rief die Verfüzung, daß die Ausständigen sofort ihre Wohnstätten zu verlassen haben, große Erregung hervor, doch wurde diese Verfüzung später wieder zurückgezogen. Etwa 250 vor dem Kohlenhofe stehende Wagen mußten leer zurückkehren.

Ausnahmegericht gegen Anarchisten.

Madrid, 23. November. (B. Z. B.) Der heute von dem König unterzeichnete Gesetzentwurf betreffend die Unterdrückung anarchistischer Umtriebe entspricht dem im Jahre 1898 von Canovas eingebrachten Gesetzentwurf, enthält jedoch die Bestimmung, daß nur die ordentlichen Gerichte die Anarchisten aburteilen können.

Schiedsvertrag zwischen Amerika und Portugal.

Washington, 23. November. (B. Z. B.) Staatssekretär Hay und der portugiesische Gesandte Vicente de Alva haben heute einen zwischen den Vereinigten Staaten und Portugal abgeschlossenen Schiedsvertrag unterzeichnet.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Gotteslästerung wurde der Redakteur des Hamnoberischen Parteiorgans, Genosse Westmeyer, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das ungeschickte Urteil gegen Genossen Mehrlein in Breslau, der wegen einfacher Beleidigung zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden war, ist nun von der Strafkammer in Breslau in eine Verurteilung zu 300 M. Geldstrafe umgewandelt worden.

Aus Industrie und Handel.

Ueber die Gestaltung des Arbeitsmarktes im Oktober schreibt das vom Kaiserl. Statistischen Amt herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt“, daß, wie alljährlich beim Herannahen der winterlichen Jahreszeit, in einer Anzahl von Gewerben eine Abnahme der Beschäftigung eingetreten ist.

Gasglühlicht-Industrie. Die Toriumpreise, von denen die Selbstkosten der Glühstrumpfabriken hauptsächlich abhängen, sind in diesem Jahre bis auf 68 M. pro Kilogramm gestiegen.

Das Kartellverhältnis zwischen dem Morganischen Dampfertrust und der Hamburg-Amerika-Linie. Als vor drei Jahren der Morganische transatlantische Dampfertrust begründet wurde und die beiden großen deutschen Schiffsgesellschaften — wie seitdem die Erfahrung gezeigt hat, ohne zwingende Gründe — zu ihm in ein Kartellverhältnis traten, wurden zugleich bestimmte Abmachungen über die Beteiligung der drei Kontrahenten an den gegenseitigen Dividenden getroffen.

Bisher hat diese Bestimmung keinen Einfluß auf die Dividendenverteilung der drei Gesellschaften gehabt; denn der Trust ist oberfaul, so daß er voraussichtlich nie dazu kommen wird, jemals über 6 Proz. Dividende ausschütten zu können.

Zur Lage des Zuckermarktes. In ihrem Uebersichtsartikel über die Preisbewegung am Zuckermarkt während der letzten Woche kommt auch die Zeitung für die Zuckerindustrie zu der von uns im letzten wirtschaftlichen Wochenbericht vertretenen Auffassung, daß die Zahlen der deutschen Zuckerproduktions-Statistik für den Monat Oktober abfolgt keinen Grund zu dem Einsehen einer erneuten Hausse in letzter Woche boten, da wegen der Verschiebenheit des Produktionsbeginnes die diesjährigen September- und Oktoberziffern sich mit denen des Vorjahres nicht vergleichen lassen.

gesehen, ein Beweis dafür, mit welcher Blindheit manche Kreise bereits geschlagen sind und in welcher hochgradigen Verkümmert der Markt sich augenblicklich befindet. Am 15. d. M. sind die amtlichen Zahlen über Erzeugung, Ausfuhr und Verbrauch erschienen. Die Ausbeute stellte sich danach im Oktober auf 12,19 gegen 12,01 und 12,59, und in den Monaten September—Oktober auf 12,12 gegen 12,82 und 12,51 Proz. zu gleicher Zeit in den beiden Vorjahren.

Die Ausführungen treffen den Nagel auf den Kopf. Nur glauben wir nicht, daß die großen Spekulanten diese Sachlage nicht kannten. Ihre „irrtümliche Auffassung“ entspringt nicht der Unkenntnis, sondern biente lediglich zur Stütze ihrer Spekulationsmänner.

Soziales.

Der Neinstundentag.

Das „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlicht eine Darstellung der durch Tarifverträge in der Industrie festgesetzten Arbeitszeiten. Die Untersuchung erstreckte sich nur auf solche Berufe, in denen eine größere Zahl von Tarifverträgen vorhanden sind.

Das „Reichs-Arbeitsblatt“ macht zwar darauf aufmerksam, daß die eigentlichen Großindustrien noch wenig von den Tarifvereinbarungen berührt sind, daß es vielmehr in der Hauptsache mehr handwerkliche Betriebe sind, in denen die Arbeitszeit tariflich geregelt ist; aber abgesehen davon, daß tatsächlich auch in vielen Betrieben der Großindustrie schon eine zehnstündige Arbeitszeit besteht, beweist das erst recht die Möglichkeit, sofort einen gesetzlichen Normalarbeitstag von zehn Stunden einzuführen.

Wir sind allerdings der Ueberzeugung, daß auch der gesetzliche Achtstundentag der Industrie nicht nur keinen Schaden, sondern im Gegenteil Vorteil bringen würde; auch dafür liegen Beweise genug vor.

Gegen die Ansauberkeit in Bäckereien geht der Magistrat in Rieburg (Wefer) in nachahmender Weise vor. Er macht im Amtsblatte bekannt: Hierdurch machen wir bekannt, daß bei den Revisionen der Bäckereien die Bäckerei von Walle und die Bäckerei von Fleischhauer trotz entsprechender Warnung in recht ansauberem Zustande gefunden worden sind.

Der Konsumverein Leipzig-Gomewitz, nicht zu verwechseln mit dem großen Verein Leipzig-Plagwitz, hat seine Liquidation beschlossen. Auf Grund einer von der Geschäftsleitung vorgelegten Bilanz, die einen Gewinn von etwa 115000 M. auswies, hatte eine Generalversammlung am 1. Oktober beschlossen, 9 Proz. Einlaufdividende zu zahlen. Zur Ausführung dieses Beschlusses kam es aber nicht, denn der Gewinn war gar nicht vorhanden.

In der neuen Generalversammlung, der unter anderem auch ein Vertreter der Großeinkaufs-Gesellschaft, ein Vertreter des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz und ein Bäckereirevisor beizuhöhen, wurde sehr eingehend über die Lage des Vereins verhandelt. Es wurde gewünscht, daß der Plagwitzer Verein den Connewitzer mit Aktien und Passiven übernehmen sollte.

Gefekentwurf zu einer Arbeiter-Krankenversicherung in Holland. Der niederländische Minister des Innern hat einen Gefekentwurf, enthaltend gesetzliche Verpflichtung

fechter Arbeiter, sich und zu ihrer Familie gehörende Personen gegen die pekuniären Folgen von Krankheit, Wochenbett und Tod zu versichern, eingebracht. Wie der hier wiedergegebene lange Titel des Entwurfs bezeugt, sind es nur die bei einem Arbeitgeber „fest“ angestellten Arbeiter, für die die Versicherungspflicht eingeführt werden soll, den anderen Arbeitern ist es freigestellt, sich zu versichern oder nicht.

Dies sind im allgemeinen die Grundzüge des sehr komplizierten und umfangreichen Entwurfs.

Gewerkchaftliches.

Erste Zeiten im Ruhrrevier!

Die „Vergarbeiter-Zeitung“ schreibt: Aus den verschiedensten Bezirken des Ruhrgebiets gehen uns Mitteilungen über Arbeiterentlassungen zu. So wurden auf „Helene Amalie“ am 15. d. M. 20 Vergleute o h n e A n g a b e des Grundes gekündigt. Am selben Tage erhielten zirka 60 Vergleute auf „Konstantia“ (Gutehoffnungshütte) ihre Kündigung. Gleichfalls sind am 15. zirka 200 Vergleute auf „Konfordia“ gekündigt worden.

Zu betrachten zu ziehen ist auch, daß noch immer über ein Viertel der Syndikatsbeteiligungsziffer nicht gefördert wird, dadurch erleiden auch die weiterarbeitenden Kameraden erhebliche Lohnminderungen. Es herrscht also großer Ueberfluß an Vergleuten im Ruhrgebiet, diese Tatsache ist unbestreitbar.

Dazu herrscht auf manchen Zechen eine so miserabile Behandlung der Arbeiter, das „Nullen“ und Strafen, die Gedinge-Abreißerei, sind so ins Kraut geschossen, daß eine erbitterte Stimmung der Vergleute nur zu begreiflich ist.

Wir bitten die Arbeiter und Kameraden im Inlande und Auslande, den Zuzug zum Ruhrgebiet fernzuhalten! Vergleute sind hier im Ueberfluß vorhanden, die noch zuziehen, werden zum Lohnrücken mißbraucht.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Tischler.

Die gestern von uns veröffentlichte Verächtigung des Herrn Riehn, Hafenscheide 49, veranlaßt die Vertrauensmänner der Riehn'schen Werkstatt folgendes zu erklären: Die Behauptungen, welche Herr Riehn in seiner Verächtigung aufstellt, stehen mit der objektiven Wahrheit in ebenso starkem Widerspruch, wie die Angaben, welche Herr R. hinsichtlich der von ihm angeblich ausgesperrten der „Fachzeitung“ gemacht hat. Die letzte Nummer der „Fachzeitung“ führt nämlich die Namen von drei Arbeitern an, die von Herrn Riehn ausgesperrt sein sollen.

wurde, weil er erklärt habe, keine Streikarbeit zu liefern, ist nichtig. Sämtliche Arbeiter der Kleinfischen Werkstatt befinden sich noch im Streik. Nur ein einziger fremder Streikbrecher betätigt sich als nützliches Element in der Werkstatt des Herrn Klehn.

Wenn also Herr Klehn den Tischler G. wirklich ausgesperrt hat, dann hat er der Kommission die Unwahrheit gesagt. Hat er aber der Kommission die Wahrheit gesagt, dann ist seine Verächtlichkeit unwahr.

Wir sagten schon gestern, daß fast die Hälfte der Bau- und Tischlereien, von denen die „Fachszeitung“ behauptet, daß sie ausgesperrt haben, bis jetzt noch nicht einen einzigen Arbeiter ausgesperrt. Heute können wir unsere Angaben mit einigen drastischen Beispielen belegen.

Herr Georg Kuhnert, verlängerte Huttenstraße, soll nach der „Fachszeitung“ ausgesperrt haben. Die Arbeiter des Herrn Kuhnert wissen nicht, daß einer von ihnen ausgesperrt worden ist. Sie hielten Herrn Kuhnert die „Fachszeitung“ vor, und der biedere Meister erklärte, er wisse nicht, wie sein Name in die „Fachszeitung“ gekommen sei, er habe das nicht veranlaßt, denn er habe ja noch niemanden ausgesperrt. Der Werkstattanschluß forderte eine schriftliche Erklärung von Kuhnert, daß die Angabe der „Fachszeitung“ unwahr sei. Eine solche Erklärung will Herr Kuhnert aber nicht geben. Es geht ihm jedenfalls so wie vielen seiner Kollegen, sie mögen es weder mit den Arbeitern noch mit den Arbeitgebern verberben und sind in jeder Situation zur Abgabe von Erklärungen bereit, wie sie ihrem jeweiligen Geschäftsinteresse entsprechen. Sonst kämpften sie um eine solche Handlung nicht.

Herr Emmeluth gibt in der „Fachszeitung“ sieben Arbeiter als ausgesperrt an. Nur drei von diesen sind wirklich ausgesperrt. Drei andere haben wegen persönlicher Meiderien aufgehört und einer hat sich andere Arbeit gesucht, die ihm besser gefiel, und deshalb freiwillig aufgehört. — Da gerade von Herrn Emmeluth die Rede ist, so sei noch ergänzend mitgeteilt, daß nicht nur die Tischler, sondern auch die Einseher dieses Betriebes die Arbeit niedergelegt haben.

Herr Lassen führt unter den Ausgesperrten zwei Arbeiter an, von denen der eine schon vor sechs Wochen wegen Krankheit ausgehört hat, während ein anderer schon eine Woche vor der Bekanntmachung wegen „Wanamachens“ entlassen wurde.

So täuschen die in den Kampf gehenden Tischlermeister ihre Führer, um die Prozentzahl der Aussperrungen voll zu machen.

Im übrigen ist hinsichtlich der Aussperrung noch folgendes mitzuteilen: In der Werkstatt von Petas, wo die Ausständigen vorgestern wieder eingestellt wurden, haben dieselben die Arbeit gestern wiederum niedergelegt, weil, entgegen der Vereinbarung, Wäsetis für Schula, also Streikarbeit, fertiggestellt werden sollten.

In der Möbelfabrik von Scheffler, Petersburgerstraße, sind sämtliche Ausgesperrte und Streikende — 20 an der Zahl — gestern wieder eingestellt worden. Herr Scheffler hat also Frieden mit den Arbeitern gemacht. Jedenfalls hat er eingesehen, daß der Kampf ihn lähmt, und daß es keinen Zweck hat, sich für die Interessen der Führer schwere geschäftliche Schädigungen aufzuerlegen.

Als neue Ausgesperrte sind dem Holzarbeiter-Verband gestern neun Mitglieder gemeldet worden. Auf der anderen Seite haben 20 Arbeiter der Bau- und Tischlerei von Weg in der Urbanstraße die Arbeit niedergelegt.

Ausgesperrte und Streikende finden täglich in erheblicher Zahl anderweitig Arbeit. Die ledigen Arbeiter reifen in großer Zahl von Berlin ab, und zwar nicht nur Streikende und Ausgesperrte, sondern auch solche, die in Arbeit stehen, beweisen ihre Solidarität dadurch, daß sie ihre Stellung aufgeben und Berlin verlassen, um ihre Plätze ausgesperrten Familienmitgliedern zu überlassen. Die Arbeiter suchen ihren Kollegen den Kampf auf jede Art zu erleichtern, die Unternehmer aber täuschen sich gegenseitig über ihre Beteiligung am Kampfe. Unter solchen Umständen kann es nicht zweifelhaft sein, wer es am längsten aushält.

An die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn hat der Verband der Straßenbahner, wie wir der „Fachszeitung“ entnehmen, die neuen Wünsche der Angestellten gelangen lassen. Es wird insbesondere die Verringerung der Dienststunden, Erhöhung der Löhne und Regelung der Anstellung des Ersatz- und Reservepersonals verlangt. Die Wünsche lauten im einzelnen: Der tägliche Dienst für Schaffner soll 10 Stunden betragen; auch wird die Aufstellung von Weichenstellern und Signalwärtern an verkehrsreichen Punkten gewünscht, ebenso die beschleunigte Einführung der Luftdruckbremse und der verbesserten Sandstreuer. Für das Ersatz- und Reservepersonal sowie die Streckenwärter sollte ein Anfangsgehalt von mindestens 8 M. pro Tag gewährt werden. Das Kilometergeld für Fahrer soll 75 Pf. pro Tag betragen. Für Ersatz- und Reservepersonal verlangt man zwei freie Tage im Monat mit Gehalt; für jeden Angestellten 10 Tage Urlaub innerhalb jedes Jahres; jedes Jahres mit Gehalt. Der Sonntag im Urlaub darf nicht als freier Tag gerechnet werden. Schließlich wird die Wahl einer Kommission aus den Reihen der Vertrauensmänner gewünscht, der die Gründe der eventuell notwendigen Entlassungen zur Beratung unterbreitet werden sollen. Ueber die Wünsche wird in einer Konferenz der Vertrauensmänner mit der Direktion am Freitag verhandelt werden.

Vom Zentralverband der Töpfer erhalten wir folgende Zuschrift: Zu der u. der vergangenen Woche belangenden Arbeitsniederlegung in dem Dienstgeschäft von Grapp in der Lützowstraße haben wir folgenden mitzuteilen: Am Freitag, den 18. d. M., fand eine Sitzung unseres Vorstandes mit dem Vorstand der hiesigen Töpferinnung statt. (Herr Grapp selbst ist Mitglied des Innungsvorstandes.) In dieser Sitzung wurde derselbe beurteilt, nicht nur in Zukunft den von uns verlangten Preis zu zahlen, sondern auch zur Nachzahlung auf den noch in Arbeit befindlichen Bauten. Hierbei kam noch zur Sprache, daß Herr Grapp bereits versagt hatte, von dem lokalen Verein Arbeitswillige zu erhalten, was von jener Seite aber abgelehnt wurde. Der Herr versprach nun, sich in Zukunft bei Bedarf an Arbeitskräften nur an unseren Arbeitsnachweis, Engel-Allee 15, zu wenden, was aber ebenfalls in jener Sitzung anwesenden Vertreter, doch jedenfalls im Einverständnis mit Herrn Grapp, nicht abhielt, schon am Tage darauf bei den Lokalisten wieder vorzusprechen, worauf unsere arbeitslosen Kollegen vorläufig noch dieser Firma gegenüber eine abwartende Stellung einnahmen. Am Dienstag schon hielten mehrere Herren vom lokalen Verein auf einem Bau ihren Einzug. Daß dies nicht gleich auf allen Bauten geschah, liegt wohl daran, daß augenblicklich wenig Arbeitslose vorhanden sind. Unser Verband verliert an dieser Firma nicht das geringste, im Gegenteil, und bleibt in Zukunft viel zuzugewinnen, denn in einem Jahre sich mehrmals mit einer Firma herumzuschlagen, macht wohl keinen Spaß. Die paar unserer Kollegen, die nach dem Freitag die Arbeit wieder aufgenommen haben, werden die angefangenen Arbeiten fertigstellen, und alsdann andere Arbeit nehmen. Die Kollegen, welche noch Anforderungen bei der Firma haben, können diese, soweit dieselben bei uns eingegangen, im Bureau, Engel-Allee 21, in Empfang nehmen.

Die Ortsverwaltung.
Herr Karl Scheller teilt uns in Beziehung auf eine Notiz über die Aussperrung der Müllerischer in unserer Dienststammnummer mit, daß er keineswegs gewonnen sei, sein Geschäft mit dem 1. Januar anzugehen. Die Vorbereitungen, welche notwendig seien, den neuen behördlichen Bestimmungen zu entsprechen, würden von ihm mit einer Anzahl anderer Firmen gemeinsam getroffen, so daß er nach wie vor genügend leistungsfähig sei, die Ansprüche seiner Kundschaft zu befriedigen.

Deutsches Reich.

Was eine gute Gewerkschaft vermag.

Der Zeitung des Zimmererverbandes waren in diesem Jahre zahlreiche Lohnbewegungen gemeldet und es ist in 81 Zahlstellen zu teilweise recht hartnäckigen Kämpfen gekommen. Wie wir der Gewerkschaftspresse entnehmen, sind von Lohnkämpfen bereits 72 entzündet und zwar 54 mit vollem und 5 mit teilweisem Erfolg; 11 Ausstände waren erfolglos geführt worden und bei 4 ist der Verlauf unbekannt. 9 Zahlstellen stehen noch im Kampfe.

Die Erfolge des Verbandes sind:

a) Lohnhöhung in 148 Zahlstellen und zwar wurde der Lohn erhöht	
in 6 Zahlstellen um 1 Pfennig pro Stunde	1
41	2
7	2 1/2
32	3
15	4
80	5
5	6
8	7
1	7 1/2
2	8
1	10

b) Die Arbeitszeit wurde verkürzt in 27 Zahlstellen um 1/2 Stunde

In 107 Zahlstellen wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Verträge festgelegt. Einschließlich der aus früheren Jahren noch geltenden bestehen zurzeit 162 Lohnverträge im Zimmerergewerbe. Der Zimmererverband zählt in 666 Zahlstellen 41 318 Mitglieder; er erfreut sich einer stetigen Weiterentwicklung und kann auf seine Erfolge stolz sein.

Aus dem Ruhrrevier. Unter den Ziegeleiarbeitern scheint mit der Zeit auch eine bessere Erkenntnis aufzudämmern. Jüngst fand in Essen eine Versammlung statt, in der sich 70 Ziegeleiarbeiter ehrenwörtlich verpflichteten, im nächsten Jahre bei keinem Ziegeleiarbeiter Arbeit anzunehmen, der länger als 12 Stunden — ausschließlich der Pausen — arbeiten lasse. Die Notwendigkeit eines solchen Beschlusses illustriert recht deutlich die schauerhaften Zustände, die noch in der Ziegeleiindustrie bestehen. — Die Bauperiode, die im Industriegebiet im laufenden Jahre als fast gut bezeichnet werden kann, hielt bis in die letzten Wochen, wenn auch ziemlich eingeschränkt, an. Für das nächste Frühjahr ist wieder mit dem Einsetzen einer flotten Periode zu rechnen, eine große Zahl Bauten sind geplant. Die Unternehmer planen ansehnend, die Arbeiter von einer Anteilnahme an der guten Konjunktur auszuschließen; zu diesem Zweck haben sich die Unternehmer eine besondere Organisation zugelegt — allerdings von christlicher Organisation hört man da nichts, die gibt es nur für die Arbeiter. — Klempner und Koermer bereiten für nächstes Jahr eine Lohnbewegung vor, um eine Besserung der stellenweise miserablen Lohnverhältnisse herbeizuführen, der Erfolg hängt sehr von den Organisationsverhältnissen ab, die in einzelnen Orten noch durchaus unzureichend sind und noch energischer Arbeit bedürfen. Im allgemeinen haben die Organisationen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht und darf man für das nächste Jahr eine rege Betätigung derselben erwarten.

Ausland.

1800 Kohlenarbeiter Wiens haben einen Ausstand beschlossen. Der Allgemeine Niederländische Diamantarbeiter-Verband wurde am 18. November 1894 gegründet, ist also am Freitag voriger Woche in sein erstes Lebensjahr eingetreten. Er ist bekanntlich die stärkste und am besten organisierte Gewerkschaft Hollands. Als er gegründet wurde, glaubte man nicht, daß die Arbeiter der verschiedenen Branchen der Diamantindustrie, die nur zu oft mit einander in Streit lagen, sich jemals friedlich in einer Organisation zusammenschließen würden, wie es jetzt der Fall ist. Wie immerhin es vor zehn Jahren mit der Organisation der Diamantarbeiter bestellt war, zeigt die Tatsache, daß damals bei dem großen Streik der „Diamantarbeiter-Verein“ seinen ganzen Kassenbestand in der Höhe von 16 Gulden zur Unterstützung der ungefähre zehntausend Streikenden opferte. Die Arbeitgeber waren damals noch schlechter organisiert als die Arbeiter, sie waren zum Teil genötigt, sofort zu bewilligen, und die Streikleitung brachte es sogar fertig, diejenigen Arbeitgeber, die bewilligt hatten, zur Unterstüßung der Streikenden zu veranlassen. Seitdem haben die Arbeitgeber auch den Wert der Organisation begriffen, und bei dem letzten großen Kampfe standen sie gemeinsam mit den Fabrikbesitzern fester organisiert als je zuvor den Arbeitern gegenüber. Aber auch die Arbeiter kämpften mit viel größeren Machtmitteln als dazumal, und es gelang ihnen schließlich, den Willen der Unternehmer zu brechen. — Die allzeit aktuelle illustrierte Sonntagsbeilage von „Het Volk“ widmet dem zehnjährigen Bestehen des Diamantarbeiter-Verbandes einen mit mehreren Bildern geschmückten Leitartikel von Henri Polak und ein großes symbolisches Bild von Gahn. „Der gefundene Schatz“ benannt. Es stellt einen Arbeiter dar, der einen Diamanten — das Sinnbild der Organisation — gefunden hat und entzückt betrachtet.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sechster Kreis. Roabit! Sonntag abend 6 Uhr findet im Roabitler Gesellschaftshaus, Wilschstr. 24 und Endenierstr. 34/35, eine Volksversammlung statt. Genosse Ströbel spricht über „Weltpolitik“. Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein. Die Versammlung recht zahlreich zu besuchen wird gebeten. Der Vertrauensmann.

Wählende. Wahlverein Bezirk Pantow. Die Mitgliedereversammlung findet wegen der Kalenderverbreitung erst am 4. Dezember er. statt. Genosse Aubig-Pantow wird über „Gemeindepolitik“ und die Gemeindevorteiler in Wählende werden über ihre Tätigkeit referieren.

Wilmerdorf. Sonntag nachmittags 3 Uhr findet in Salomons Volksgarten, Berlinerstr. 40, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Rücke über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Arbeiterklasse sprechen wird. Eventuell soll die Gründung eines Konsumvereins für Wilmerdorf in die Wege geleitet werden. Zur Flugblattverbreitung werden die Genossen gebeten, sich Freitag abend vollzählig in den belannten Lokalen einzufinden. Die Vertrauensperson.

Spandan. Im Wege einer Uebereinkunft zwischen Vertretern der politischen Partei und der Gewerkschaften ist — in Abänderung eines früheren Beschlusses — der Dienstag jeder Woche für die politische Agitationsfähigkeit, und der Mittwoch für den Arbeiter-Befangverein reserviert worden. Die beteiligten Gewerkschaften und Vereine wollen nunmehr unerbüßlich ihre Monats-Versammlungen entsprechend verlegen. Der Arbeiter-Zentralverein hat den Wunsch ausgesprochen, daß ihm der Montag jeder Woche reserviert bleiben möchte! Die Zahlstunde unserer politischen Organisation werden demnach festgelegt und hier bekannt gegeben werden.

Lokales.

Der Obedschwingh geht um! In der letzten Sitzung des Obedschuratoriums wurde über Reform der Aufnahme in nützlichen Obedsch verhandelt. Stadtrat Fischbeck zeigte, wie sehr in neuerer Zeit die Zahl der nächtlich Obedschlosen gestiegen ist, gab aber zu, daß im Obedsch auch viele alte, frane, arbeitsfähige Leute Zuflucht finden, für die in Hospitälern kein Platz ist. Die Absicht, in den Provinzen Arbeitsstätten für wandernde Obedschlose zu schaffen, läßt Herrn Fischbeck fürchten, daß noch mehr die Arbeitslosen aus dem ganzen Lande nach Berlin strömen werden, wenn man nicht auch hier Arbeitspflicht einführt. Jrgendwie müsse dem vorgebeugt werden. Fischbeck will schärfere Verwahrung, Wiedereinführung der Verwahrung am Sonntag, Aufhebung der Anonymität der Asylanten. Stadtrat Münsterberg ist theoretisch gegen Anonymität, meint aber, ihre Aufhebung werde die Verbrecher aus dem Asyl in allerlei Schlußwinkel treiben. Er empfiehlt Trennung

der jungen Asylanten von den alten, Aussonderung der franten Asylanten, für die die Hospitäler zu vermehren seien, Wiedereinführung der Sonntagsverwahrung. Stadtverordneter Genosse Hoffmann forderte völligen Verzicht auf Verwahrung. Besser sei die Fürsorge durch Pflege, z. B. die Vermittelung von Arbeit, für Jugendliche die Zurückführung ins Elternhaus. Verzicht auf die Anonymität sei bedenklich aus den von Münsterberg angeführten Gründen. Ähnliches sei zu erwarten von der Sonntagsverwahrung und von der Arbeitspflicht. Die Asylantenarbeit werde überdies, da sie billiger sei und lohnbringender wirke, noch mehr Arbeits- und Obedschlose schaffen. Hoffmann empfahl, die Vororte zur Regelung der Obedschfrage heranzuziehen. Für gesunde Obedschlose solle die Stadt eine anständige, billige Herberge bauen. Die Kranken seien in Hospitäler zu bringen, deren Zahl schleunigst zu vermehren sei; einzuweisen solle man sie in das Familienobdach nehmen. Entlastung des Obedsch durch Hospitäler sei seit Jahren von sozialdemokratischer Seite verlangt worden, ebenso wie die Absonderung der Jugendlichen. — Das Kuratorium beschloß einstimmig die Absonderung der Jugendlichen, ferner die Vorarbeiten zur Aussonderung der franten Asylanten, außerdem gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder die Sonntagsverwahrung. Eine Subkommission aus den Stadträten Fischbeck und Münsterberg und den Stadtverordneten Hoffmann, Reife und Daber soll die Vororte zur Mitarbeit auffordern und dann weiter beraten.

Vor Schwindelkrankenkassen, Serienlos-Gesellschaften und gewissen Lotterievereinigungen ist wiederholt in der Presse gewarnt worden. Trotzdem finden sich, wie aus zahlreichen Anfragen und Zuschriften hervorgeht, immer noch Opfer, die namentlich den verlockenden Anpreisungen ausländischer Serienlos-Gesellschaften auf den Leim gehen. Besonders sind es Amsterdamer Gesellschaften, die Deutschland mit Schwindelprospekten überschwemmen und den Spielern goldene Berge versprechen. Diese ausländischen Serienlos-Gesellschaften sind aber durchweg auf Schwindel aufgebaut. Wenn schon für die Polizei es schwierig ist, bei inländischen Lotteriegesellschaften feststellen zu können, ob die ausgeschriebenen Lose auch wirklich in ihrem Besitz sind, so ist in dieser Hinsicht eine Kontrolle über auswärtige Lotteriegesellschaften vollständig ausgeschlossen. In den meisten Fällen sind die ausgeschriebenen Losnummern nur fingiert und wenn diese wirklich gezogen werden, befinden sie sich in den Händen anderer Leute. Reizens werden aber in den Prospekten bezw. Gewinnlisten solche Nummern aufgeführt, die überhaupt nicht mehr gezogen werden können. Auf diese Weise sichern sich die Schwindelgesellschaften vor Ueberraschungen, und die Einzahler sind um ihre Beiträge geprellt. Ein polizeilicher oder gerichtlicher Schutz kann ihnen nicht geboten werden, da ja das Spielen in auswärtigen Lotterien verboten ist. — Was die Beteiligung an sogenannten Lotterievereinigungen anlangt, so ist nicht zu verkennen, daß man im allgemeinen als Mitglied solcher Vereine größere Gewinnchancen hat, doch werden bei einer größeren Mitgliederzahl die Chancen für große Gewinne stark herabgedrückt, weil ein solcher Gewinn dann in zu viel kleine Teile zerfällt. Die Lotterievereine sind durchweg Privatunternehmen, die einer polizeilichen Kontrolle nicht unterliegen. Erst dann, wenn die Veranstaltungen gewerbsmäßig ausgeübt werden, kann gegen ihre Leiter gesetzlich eingeschritten werden und zwar auf Grund des § 288 des Strafgesetzbuchs und mit Hilfe der Bestimmungen über den preussischen Lotterehandel. Im allgemeinen muß also auch vor der Beteiligung an solchen Lotterievereinen gewarnt werden. Manche Vereinigungen geben in ihren Prospekten bekannt, daß sie zur Sicherung ihrer Mitspieler große Depots bei der Reichsbank oder bei anderen Bankinstituten hinterlegt hätten. Diese Versicherung ist jedoch vollständig wertlos, denn wenn solche Hinterlegungen wirklich erfolgten, so geschähe es immer auf den Namen eines Vorstandemitgliedes. Dieses könnte dann auch selbstständig die hinterlegte Summe wieder abheben und für sich verwenden. Erst kürzlich war ja dieser Trick von den beiden Vorstandemitgliedern des Lotterievereins „Germania“ angewandt und zu ihrer Flucht nach dem Auslande benutzt worden. Glücklicherweise wurden, wie wir berichtet haben, die beiden Schwindler noch rechtzeitig in Paris verhaftet.

Für die Berliner Blinden ist dem Berliner Magistrat eine Erbschaft in Höhe von rund 70 000 M. zugefallen.

Die Ratswage am Alexanderplatz wird in der Zeit vom Dienstag, den 29. November, bis einschließlich Sonnabend, den 10. Dezember dieses Jahres, wegen Umpflasterungsarbeiten außer Betrieb gesetzt. Die Dezimal- und Schenkewagen können daselbst weiter benutzt werden!

Die Höherlegung des Görtiger Bahnhofes. In der gestrigen Sitzung der Tiefbau-Deputation kam unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reike die Petition des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine, der 16 Verbände mit 14 000 Mitgliedern umfaßt, wegen der Höherlegung des Görtiger Bahnhofes zur Abgabe. Der Eisenbahnminister hat die Höherlegung schon mehrere Male abgelehnt, obgleich diese wegen der Trennung des Görtiger Stadtviertels und aus Verkehrsrücksichten dringend notwendig erscheint, und auch einmal beim Kaiserliche Reichsrat zur Höherlegung begutachtet worden haben soll. Die Deputation ist bereit, dem Plane der Unterführung der verschiedenen Straßen eventuell der Höherlegung näher zu treten, wenn der Bund sich bereit erklärt, einen Teil der Kosten für seine interessierten Mitglieder zu übernehmen.

Eine Stadtverordneten-Enthaltung hat infolge des Ausschleuderns des Stadtverordneten Raab gestern auch in der ersten Abteilung des 7. Bezirks (Tiergartenviertel) stattgefunden. Es standen sich Justizrat Dr. Reichelsohn und Baurat Herzberg gegenüber. Gewählt wurde Baurat Herzberg mit 39 Stimmen, während Dr. Reichelsohn 27 Stimmen erhielt.

Wie Herr Professor Behrend „berichtigt“.

Unter dieser Epigramme geht uns vom Genossen Ad. Hoffmann folgende Zuschrift mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu:

Wie schon in der gestrigen Notiz des „Vorwärts“ festgestellt, behauptet der Herr Professor Dinge, die gar nicht gesagt sind, um dann diese falschen Behauptungen zu „berichtigen“. Genosse Hoffmann hatte, wir zitieren wörtlich laut stenographischem Bericht, gesagt:

„Und wenn von dem Beamten so, wie es die Frauen hier darstellen, gehandelt worden, hat die Stadt alle Veranlassung, alles zu tun, den geringsten Schaden zu vermeiden, daß nichts getan wird, um in Zukunft derartigen Fällen vorzubeugen. (Zuruf: Wird auch!) — Ja, davon sind wir überzeugt. (Zuruf: Na also!) — Ja, immer dann, wenn es hier angeht, ist; nachher geschieht es immer. (Widerpruch.) An dieser Stelle war es, wo Sie in der gleichen Weise abstritten und protestierten, als ich die Dinge, die in der Geschlechtskrankenkassen des Obedsch vorgingen, zur Sprache brachte. Alles wurde abgestritten, und wer hat denn recht behalten? (Zuruf: Wer denn?) Soll ich Ihnen denn hier Mitteilung machen, warum der Professor Behrend heute nicht mehr Anstaltsarzt ist? (Zuruf: Warum denn nicht?) Sie wissen es am besten, Herr Eckard: es ist auf einstimmigen Beschluß des Kuratoriums dahin gekommen wegen Dinge, die dort passiert sind. Sie streiten es immer ab, und nachher geschieht doch Abhilfe. Ihnen ist nur um eins zu tun: nichts in der Öffentlichkeit bekannt werden zu lassen, was für standalöse Dinge vorgehen. Und eher wird keine Abhilfe geschaffen, ehe wir nicht öffentlich gegen diese Dinge protestieren. (Zuruf: Gut!)“

Soweit der stenographische Bericht, als er den Fall Behrend betrifft. Wir zitieren wörtlich, um jeder Legendenbildung vorzubeugen und Herrn Prof. Behrends „Berichtigung“ in das richtige

Nicht zu rüden. War es schon ein starkes Stück, daß Herr Stadt. Oskar, der die Vorgänge im Kuratorium nicht nur genau kannte, sondern die einstimmigen Beschlüsse derselben mitgefaßt hatte, die Ausführung Hoffmanns durch seine Zwischenrufe begünstigte, ja ihn zu einer Aeußerung über Prof. Behrend provozierte — und bei ihm mag sich der Herr Professor bedanken — so spottet Herr Behrend's „Verächtigung“ jeder parlamentarischen Bezeichnung. Diese „Verächtigung“ ist nur zu begreifen, wenn man sie vom pathologischen Standpunkt betrachtet. Herr Professor Behrend zwingt uns nun selbst, etwas mehr Licht in das Dunkel seines Abschieds zu bringen, denn man kann es doch wahrlich nicht dulden, daß er von „Beleidigungen“ und „Vöswilligkeit“ spricht, wo er alle Ursache hätte zu schweigen. — Also für heute nur so viel, als dringend notwendig ist, um der Wahrheit zum Rechte zu verhelfen.

Aus Anlaß von Beschwerden Hoffmanns über die Geschlechts-Kranken-Station übertrug Herr Stadtrat Fischel Hoffmann die amtliche Untersuchung der Beschwerden in der Anstalt selbst. Bei dieser Untersuchung kam es mit dem Herrn Professor Behrend zu Szenen und wurden von diesem Aeußerungen so bedenklicher Art getan, daß, als Hoffmann diese im Bericht (Protokoll) der Untersuchung (die abgedruckt werden mußte, weil es einfach unmöglich war, mit dem Herrn Professor zu verhandeln) wiedergab, jene entscheidende Kuratoriumssitzung stattfand. Zu dieser war Herr Behrend geladen, und derselbe hatte die Ehre, die Dinge teilweise überhaupt zu bestreiten, andererseits denselben ein recht unschuldiges Gewand zu geben. In welcher Form er aber selbst dieses tat, geht am besten daraus hervor, daß, als Herr Professor Behrend vom Vorsitzenden Fischel bedeuert war, daß nun das Kuratorium über die Angelegenheit allein weiter verhandeln würde und der Herr Professor die Sitzung verlassen hätte, Herr Fischel sofort erklärte: „Ich denke, darüber ist im Kuratorium nicht der geringste Zweifel, daß Herrn Kollegen Hoffmann unbedingt Glauben zu schenken ist, und seine und nicht des Professors Darstellung der Wahrheit entspricht, das beweisen auch die vielen Akten, die über Professor Behrend sich seit Jahren angesammelt haben.“

Hiergegen erhob sich nicht der geringste Widerspruch. Alseitig wurde betont, daß Hoffmann recht habe, und man die Verantwortung, Professor Behrend länger in der Anstalt zu lassen, nicht übernehmen könne. Hierauf wurde einstimmig die Kündigung des Professors zum 1. Oktober 1904 beschlossen, und nur mit Rücksicht auf seine lange Tätigkeit für die Stadt ein Antrag angenommen, ihm freizustellen, ob er selber seinen Abschied nehmen will. Nach dieser Eröffnung stellte Herr Professor Behrend die Bedingung des erhöhten Ruhegehalts, und wenn unsere Genossen im Kuratorium auch der Meinung sich nicht verschloßen, daß wir Herrn Behrend um jeden Preis los werden müßten, so hatten sie aber wahrlich keine Veranlassung, dem Herrn noch eine Belohnung zu geben. Es wurde ihm bedeuert, daß er zeitig genug kündigt, um am 1. Oktober auszutreten, sonst würde ihm gekündigt. Nachdem dann Herr Behrend das erstere vorgezogen hatte, wurde im Kuratorium und später in der Stadtverordneten-Versammlung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten das erhöhte Gehalt mit Rücksicht auf Alter, Gesundheit und finanzielle Lage bewilligt. So viel gezwungen in der Notwehr gegen Entstellungen und „Vöswilligkeit“. Wünscht es der Herr Professor, so können wir noch deutlicher werden über die Dinge, die im Kuratorium bei dieser Angelegenheit zur Sprache kamen. Wir werden es rücksichtslos tun, wenn es die Abwehr erfordert.

Zur Errichtung eines Schifferheims will der Verein für kirchliche Fürsorge von der städtischen Stadtdeputation unentgeltlich einen kleinen Streifen am Humboldthafen zugewiesen haben. Das Heim soll enthalten einen Raum zu kirchlichen und anderen Vorträgen, einen Raum für einen Kinderhort, ein Les- und Schreibzimmer, einen Wirtschaftskraum mit Speiseaal für die Schiffer usw. Begründet wurde die Forderung u. a. mit dem Hinweis darauf, daß im vorigen Jahre allein 14 Schifferkinder in Berlin ertrunken sind und von 294 Kindern 24 ohne Schulunterricht blieben. Die Angelegenheit wurde in der letzten Sitzung der Deputation verlagert, da nähere Erkundigungen eingezogen werden sollen.

Die Stottererkurse, die an den Gemeindeschulen abgehalten werden, wurden im Schuljahre 1903/04 von 208 stotternden Kindern besucht. 215 von ihnen nahmen mit vollem Erfolge an den Kursen teil, und bei den übrigen Kindern wurde eine wesentliche Besserung erzielt. Das Durchschnittsalter der Kinder war fast 12 Jahre, aber der Durchschnit ihrer Schulbildung entsprach nur derjenigen der Klasse IV, blieb also um zwei Klassen hinter der Erwartung zurück. Ermittlungen über die Intelligenz der Kinder ergaben, daß fast die Hälfte normal begabt, die andere Hälfte zwischen normal und schwach begabt war. Die Schuldeputation bezieht in ihrem Bericht über die Stottererkurse diesen Anteil der schwachbegabten Kinder als ziemlich hoch, aber nicht so hoch, daß hieraus allein die auffallenden Mängel der Schulbildung dieser Kinder zu erklären wären. Sie sieht in den Mängeln einen traurigen Beweis der Bedeutung des Stotterns für den Mißerfolg des Schulunterrichts.

Die Patener. Eine Kundgebung für das humanistische Gymnasium soll, wie schon kurz erwähnt, am Dienstag, 29. November, in Berlin stattfinden. Etwa 90 hervorragende Männer, unter ihnen bekannte Universitätslehrer wie Dieck, Harnack, Meißner, Edward Meyer, Pfeifferer, Dietrich Schäfer und Waldeyer, haben einen Aufruf zu einem Zusammenschluß der Freunde des humanistischen Bildungsideals erlassen, in dem es heißt: „Je lauter und unwiderprochener seine Gegner in der Presse und in Versammlungen das Wort führen, je mehr sie fürchten ist, daß sie die öffentliche Meinung irreleiten und schließlich auch auf maßgebende Kreise Einfluß gewinnen, desto mehr erhebt sich die Notwendigkeit, daß auch die sich zusammen tun und rühren, deren Fortbestand und Weiterentwicklung des Gymnasiums gerade in seiner charaktervollen, durch das Griechische bestimmten Eigenart ein allgemeines vaterländisches Interesse bedeutet.“ Prof. Dr. Harnack wird in der Versammlung, welche in der Aula des Wilhelms-Gymnasiums stattfinden soll, über die Notwendigkeit der Erhaltung des alten Gymnasiums in der modernen Zeit sprechen.

Für die Berliner Wildhändler haben die Besprechungen im Landwirtschaftsministerium über die Regelung des Wildverkaufs aus Kühhändlern einen bemerkenswerten Erfolg gehabt. Wie dem Wildhändlerverein jetzt vom Landwirtschaftsministerium mitgeteilt wird, soll den Wünschen der Wildhändler entsprochen und in Zukunft auch der Verkauf von getötenem Wild aus Kühhändlern gestattet werden. Die so geänderten Ausführungsbestimmungen zum Wildschonengesetz sollen in Kürze veröffentlicht werden.

Der Regierungspräsident zu Potsdam hat eine neue Polizei-Verordnung zur Verhütung von Unglücksfällen auf den Eisflächen der Havel, Spree und Dahme in der Umgebung von Berlin, Potsdam und Spandau erlassen, welche gestern den Gemeindeführern zugeht. Das bisherige Verbot des Betretens von Eisflächen, außerhalb der für den Schlittschuhsport abgegrenzten Grenzen, vor der polizeilichen Freigebung bleibt bestehen. Dagegen sind für die Pächter von Eisbahnen neue, strenge Bestimmungen getroffen. So z. B. sind beim Eintritt von Taximeter, auf polizeiliche Anordnung, die Eisbahnen nicht nur zu schließen, sondern ihre Zugänge durch feste Barrieren zu sperren. In jedem Zugang zur Eisbahn ist deren polizeiliche Freigabe durch Tafeln mit großer Schrift anzukündigen. Auch bei Abgrenzung der Eisbahnen wird den Pächtern größte Vorsicht zur Pflicht gemacht. Die sich auf der Bahn bildenden Risse sind sofort einzufriedigen. Zur Verminderung der Zahl von Unfällen dürfte auch wesentlich die Bestimmung beitragen, daß Schiffer, Fischer usw. bevor sie außerhalb der Eisbahn Löcher schlagen, gehalten sind, diese mindestens einen Meter vom Rande der aufgetauten Flächen einzuzäunen. Außerdem ermächtigt die neue Verordnung, die Ortsbehörden, je nach den lokalen Ver-

hältnissen, noch weitergehende Vorsichtsmaßregeln für die Ausübung des Eisportes anzuordnen.

Zuweitfahrende Eisenbahnreisende. Der vielumstrittene § 21 der Eisenbahn-Verkehrs-Ordnung, nach welcher der ohne gültige Fahrkarte im Zuge Betroffene den doppelten Fahrpreis, mindestens aber sechs Mark zu entrichten hat, soll in absehbarer Zeit eine wesentliche Milderung erfahren. In den meisten Fällen ist es ja nicht böser Wille des Reisenden, namentlich dann nicht, wenn er gegen seinen Willen über das Ziel hinausgefahren ist oder eine nicht gültige Karte (Personenzug statt Schnellzugkarte etc.) benutzt hat. In diesen Fällen wird die Nachzahlung bezw. Strafe durchweg verweigert und dann die Verkehrsinspektion mit dem „Falle“ befaßt. Diese muß dann die Sache genau untersuchen und das Ende der vielen Schreiberereien ist dann gewöhnlich, daß von hundert Fällen kaum fünf übrig bleiben, in denen ein Vertragsverstoß vorliegen könnte. In der letzten Sitzung der Tariffkommission ist nun beschlossen worden, zu dem § 21 Zusatzbestimmungen zu empfehlen, nach welchem der Reisende zur einseitigen Nachzahlung angehalten werden soll, sofern er gegen seinen Willen eine Strecke mit einer für diese nicht gültigen Fahrkarte befahren oder aus Unkenntnis einen Schnellzug mit einer Personenzugkarte benutzt hat etc.

Diese Meldung, die wir von einem Berichterstatter erhalten haben, muß einen Irrtum enthalten, soweit Reisende in Betracht kommen, die gegen ihren Willen zu weit gefahren. Diese Reisenden könnten unter Umständen von der Eisenbahnverwaltung eine Entschädigung beanspruchen, aber doch nimmermehr zu einer Nachzahlung gezwungen werden.

Die Gemeinde Rummelsburg hat bei der Stadtgemeinde Berlin den Antrag eingebracht, da die Eingemeindung von Rummelsburg nach Berlin beim Oberpräsidenten auf Widerstand gestoßen ist Teile von Berlin, nämlich das zwischen der Kopenikus-, Simon-Dachstraße und der Eisenbahn belegene Gelände aus Berlin und nach Rummelsburg einzugemeinden. Die Gemeinde begründet den Antrag damit, daß Berlin an diesem Gelände, kein Interesse habe, da Steuererträge aus der Bebauung nicht zu erwarten seien. Die städtische Baudeputation, die sich gestern mit diesem Antrage beschäftigte, lehnte den Antrag einstimmig ab.

Zwei Einbrecher, namens Koch und Jöllner, wurden in der vorübergehenden Nacht in der Schützenstraße auf frischer Tat ertappt und von der Polizei des 39. Reviers gestern der Kriminalpolizei zugeführt. Vorher hatten sie bereits einen Freizeiterladen in der Gegend des Spittelmarktes ausgeplündert. Den Verhafteten werden auch Einbrüche in Schankwirtschaften und in einem Grammophonladen zur Last gelegt.

Die alte Wunde. Wegen einer in der Schlacht bei Gravelotte erhaltenen schweren Verwundung mußte der frühere Kaufmann, jetzige Pensionär Karl Besvire in das Garnisonlazarett zu Tempelhof gebracht werden und sich dort einer Operation unterziehen. Er hatte in der Schlacht einen Schuß durch beide Waden erhalten, der den Gauen zerschmetterte. Die Wunde heilte damals überraschend schnell. Unlängst aber, nach 34 Jahren, bildete sich im Wunde eine Entzündung, die dem L. große Schmerzen bereitete. Er bat um Aufnahme in das Garnisonlazarett. Der Arzt entfernte ihm dann aus dem Gauen mehrere Knochen splitter und einen Geschossteil. Jetzt befindet sich L. auf dem Wege der Besserung.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich gestern Abend in der Potsdamerstraße, an der Ecke der Linienstraße, ereignet. Eine Frau, deren Name noch nicht ermittelt werden konnte, ward von einem Omnibus überfahren und so schwer verletzt, daß sie bald darauf im Elisabeth-Krankenhaus starb. Die Tote ist etwa 50 Jahre alt, hat graugemischtes Haar, graue Augen und eine große Nase. Sie trug eine blaue Sammetbluse, einen blauen Rock, ein graues Tuchjackett, eine weiße Boa, einen kleinen grauschwarzen Hut mit schwarzen Federn, Knöpfschuhe und graue Handschuhe.

Die gepöbelte „Verolina“. Infolge der vielen Klagen, die die wegen rüchsländiger Beiträge noch immer anstrengt, laufen täglich Gesammeln ein. Gestern riefen die Vorstandsmitglieder dieser Klasse aber der Gerichtsvollzieher auf den Leib. Als der Kassierer gerade mit einer Summe von etwa 800 M., die er eben von der Post geholt hatte, im „Bureau“ der Klasse, das sich in einem leeren Pferdestall befindet, anlangte, empfing ihn dort der Mann des Gesetzes, um ihm den Schatz abzunehmen. Der Angabe, daß die Klasse nicht einen Pfennig mehr besitze, schenkte der Gerichtsvollzieher keinen Glauben, und so mußte man ihm das Geld überlassen.

Bei der Arbeit tödlich verunglückt ist der 33 Jahre alte Fischer Adolf Frey aus der Gabelsbergerstraße 14, der in der Möbelfabrikerei von Lorenz in der Weberstraße 13 beschäftigt war. Dort befindet sich auf dem Hofe auch ein Haus im Aufzuge, auf dem die fertigen Möbel aus der Fabrik weggeschafft werden. Als Frey mit einem Ladentisch, den er aus dem dritten Stock heruntertrug, fast unten angekommen war, glitt er von dem durch den Regen schlüpfrig gewordenen Fahrstuhl ab und stürzte rücklings in den zwei Meter tiefen Schacht hinab. Hierbei zog er sich einen Schädelbruch zu, der im Krankenhaus am Friedrichshagen zum Tode führte. Die beschlagene gewesene Leiche wurde jetzt zur Beerdigung freigegeben. Der Verunglückte hinterläßt seine Frau mit zwei Kindern von 8 und 10 Jahren.

Auf dem Bau schwer verunglückt ist gestern der Steinträger Karl Rammingeier aus der Gormannstr. 22, ein Mann von 36 Jahren. Nachdem er eine Last hinaufgetragen hatte, stürzte er beim Abstieg einen Stock hoch von der Leiter auf das Pflaster, brach sich beide Unterarme und zog sich außerdem schwere innere Verletzungen zu. Der Verunglückte wurde mit einer Droschke nach der Rettungswache in der Kastanien-Allee und von dort nach der königlichen Klinik gebracht.

Feuerbericht. Mittwoch vormittag kurz nach 10 Uhr wurde die Wehr nach der Wassertrichter 22 gerufen, weil dort auf dem zweiten Hofe in einem isoliert stehenden Speicher der Produkthandlung ein großes E. Dieje durch die Explosion einer Petroleumlampe Feuer ausgebrochen war. Der 17. Löschzug war schnell zur Stelle und konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Lange Zeit gab es aber vorher in der Luisenstr. 39 zu tun. Dort war in einem Keller Bohnermasse übergelaugt und hatte die nächste Umgebung in Brand gesetzt. Bei Anlauf des 13. Löschzuges hatten die Flammen schon sehr an Ausdehnung gewonnen, weshalb unzulänglich eine Schlauchleitung in Tätigkeit gesetzt wurde. Trotzdem nun energisch Wasser gegeben wurde, dauerte es doch fast eine Stunde, bevor jede Gefahr beseitigt war. — In der Wickestr. 59 hatten Möbel, Decken und Kleidungsstücke in einer Wohnung Feuer gefangen. — Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden eingingen, waren durchweg auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Im Deutsch-Amerikanischen Theater.

Berlin hat wohl kaum ein zweites Theater von so vornehmer Schönheit, wie das von Wolzogen vor wenigen Jahren als „Viertes Brett“ errichtete Haus in der Köpenickerstraße. Kein großer Programmpunkt lenkt das Auge von der Bühne ab, sondern langsam regt das satte Graugrün von Beträutern an und verbreitet Wohlgehen in der zum intimen Gemischen versammelten Gemeinde. So war es ebendies und so ist es heute noch bevor der Vorhang aufgeht, mag das Auge hier und da auch Zeichen des Verfalls darin entdecken, daß der Stuhl sich von den Wänden löst, daß alle höflichen Geister sich losgelassen, sobald der Vorhang aufgegangen ist. Grausam hat das Schicksal dem „Vierten Brett“ mißgespielt, seitdem Wolzogen davongegangen ist und Adolf Philipp das Haus zur Pflanzstätte der Unkultur gemacht hat. Ein Deutsch-Amerikanisches Theater ist daraus geworden, in welchem ein platter Schmaaren vierhundertmal hintereinander abgeleiert werden konnte. Und die Fortsetzung dieses Tuns erleben wir gestern, als Nr. 2 an die Reihe kam. „New-York“, fünf Akte mit Gesang aus dem Nachleben

einer Weltstadt, wurde gegeben. Herr Adolf Philipp hat den Text verfaßt, auch die Musik ist von ihm, außerdem führt er die Regie und spielt die Hauptrolle in dem Stück. Dies Jongleurkunststück mit gleicher Präzision nachzumachen bringt so leicht kein zweiter Aktist der Welt fertig. Allein die Regie ist eine Leistung. Im ersten Akt führt die elektrische Hochbahn an der Bower, dem Schuppenviertel New-Yorks, vorbei, im zweiten Akt führt eine Treppe von noch nie dagewesener Höhe zu einer Opiumhöhle herab. Dann werden Meisterstücke der Massenregie in der Darstellung einer New-Yorker Aldermanwahl geleistet. Wunderbare Lichtwirkungen bieten ferner eine Kirche und die Darstellung des Broadway, der Prunkstraße New-Yorks, in Abendbeleuchtung. Das sind zwar Sachen für ein Panorama, aber sie ergötzen harmlos, ohne die Sinne zu beleidigen. Jedoch gesprochen und gesungen wird leider auch in dem Stück. Das Rezept, Ploheit und falsche Sentimentalität im Wettstreit mit einander wirken zu lassen, ist ja vielfach an anderen Berliner Bühnen erprobt worden und darf Herrn Philipp nicht zur Last gelegt werden. Seine Eigenart besteht aber darin, daß er mit Skorpionen züchtigt, wo seine Vorgänger mit Nuten gezüchtigt haben. Orell und die Farben aufgetragen wie auf einen New-Yorker Widerbogen. Bräutal kommt alles heraus als ob die Darsteller mit der Hundepetische in die Bühne getrieben worden wären; jeder schreit wie ein Auktionator ins Publikum hinein, und der bunte Wirbel der Massenanzüge, der Lichteffekte und der auf Peterlasterung hin zusammengestellten Musik erweckt ein Gefühl als ob ein Zahnmachlarisell sich ständig vor den Augen herumdrehete. Wenn derartige Bühneninszenen wirklich dem amerikanischen Geschmack entsprechen, dann graut uns vor der neuen Welt. Ein Jammer, wie gesagt, daß das schöne Bunte Theater in jungen Jahren schon solche Entartung erleben muß.

Der Berliner Volkstheater wurde im Februar d. J. gegründet, mit der ausgesprochenen Absicht, der Arbeiterklasse große künstlerische Konzerte zu verhältnismäßig billigen Eintrittspreisen darzubieten. Sein erstes großes Chorlorenz veranstaltete der Chor am 28. d. M. und in Wiederholung am 5. Dezember d. J. in der „Neuen Welt“, Hasenheide. Zur Aufführung gelangt „Das Paradies und die Peri“, komponiert von Rob. Schumann. Zur Mitwirkung sind gewonnen: Das Tonkünstler-Orchester (55 Künstler) und als Solisten Frau Grumbacher-de Jong, Frä. Erier, Frau Weinbaum, Herr Jungblut, Herr Widen. Die aufgeborenen Kräfte lassen einen guten künstlerischen Genuß erwarten und liegt es an der Arbeiterklasse, den Verein in seinem anerkanntswerten Streben durch zahlreichen Besuch zu unterstützen.

Auf Veranlassung des Deutschen Vereins für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin (E. V.) und des Zweigvereins Berlin des Vaterländischen Frauenvereins“ spricht Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses zu Berlin Herr Professor Dr. Grawitz über „Einfluß der Jahreszeiten auf die Entstehung von Krankheiten und Vorbeugungsmaßregeln gegen die letzteren.“ Der Zutritt steht jedermann unentgeltlich frei.

Die Freireligiöse Gemeinde veranstaltet am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Cirkeller, Chausseestr. 88, eine Volksversammlung zugunsten der Gemeinde. Frä. Ida Altman spricht über die Frage: „Widersprechen die Bestrebungen der Freireligiösen Gemeinde den Zielen der Volksschule und dem allgemeinen Staatsinteresse?“ Ferner folgt der Bericht über den internationalen Freidenkerkongress in Rom. Nach dem Vortrage findet Diskussion statt. Zahlreicher Besuch von Damen und Herren ist dringend erwünscht.

Aus den Nachbarorten.

Der Bau der Untergrundbahn in Charlottenburg vom Anle bis zum Wilhelmplatz hat in der Bismarckstraße schon große Fortschritte gemacht. Der Baugrund ist zum größten Teil ausgehoben und mit der Fundamentierung und dem Bau der Futtermauern begonnen worden. Die Fertigstellung des Tunnels dürfte schon innerhalb Jahresfrist erfolgen, so daß die Vollendung der Bahn zum Beginn des Jahres 1906 zu erwarten ist. Der Magistrat beabsichtigt, die für die Verbreiterung der Bismarckstraße angekauften Grundstücke, soweit sie nicht zur Verbreiterung der Straße gebraucht worden sind, wieder zu veräußern, und hat zu diesem Zwecke schon Verhandlungen angeknüpft.

Berunglückte Mittelhändlererei. Aus Spandau schreibt man uns: Die hiesige Schlächterinnung hatte bei einer Konventionallstrahe von 500 M. ihre Mitglieder verpflichtet, unter keinen Umständen mit dem hiesigen Konsumverein „Mercur“ einen Lieferantenvertrag abzuschließen.

In der Tat kündigte denn auch der einzige Schlächter (Lieferant) dem Verein seinen Vertrag, und ein zweiter Schlächter, der bereits einen Liefervertrag unterzeichnet hatte, weigerte sich später, den Vertrag zu erfüllen, weil er sich inzwischen von den Innungsschlächtern hatte breitschlagen lassen. Plötzlich schlug — ein hiesiges Warenhaus eine gehörige Breche in die Schlächterinnungsbesetze, indem es auch den Fleischhandel aufnahm und, da die gebotene Ware besser und wohlfeiler, einen derartigen Zulauf an Publikum fand, daß die Schlächter nun ziemlich allgemein ihre Felle davon schwimmen sahen. Seitdem hat auch der Konsumverein wieder einen Schlächter als Lieferanten und mit anderen sind bereits Unterhandlungen angeknüpft. Sicherlich finden diese nun plötzlich doch einen Vorteil in einer Verbindung mit dem verpönten Konsumverein. —

Pankow. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung stand eine Verfügung der Regierung, betreffend die Anstellung eines höheren Bauamten und die Errichtung eines Bauamtes zur Debatte. Von Mitgliedern der Baukommission, welche die Frage in mehreren Sitzungen durchberaten hatte, wurde hervorgehoben, daß nach den Auskünften, welche die Kommission aus acht Vororten von Berlin eingegeben hat, es nicht rasam erscheine, eine derartige Einrichtung, welche die Gemeinde sekundär schwer belaste, zu schaffen. Die Bauämter sind wahre Schmerzenskinder der kleineren Gemeinden. Dagegen empfiehlt die Kommission die Anstellung eines technischen Beamten für Tiefbau. Sollte Pankow sich mit den Jahren so vergrößern, daß es notwendig ist, noch mehrere geschulte Kräfte einzustellen, so wäre es immer noch Zeit dazu. Die Vertretung erklärte sich mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden und bewilligte das Gehalt für einen Techniker, der in die Gehaltsklasse der Sekretäre gestellt werden soll.

Die Lehrer der hiesigen Gemeinde richteten ein Gesuch an die Gemeindevertretung um Erhöhung der Alterszulagen, welche 200 M. betragen und, mit dem siebenten Dienstjahre beginnend, von drei zu drei Jahren steigen. Das Grundgehalt beträgt 1400 M. und der Wohnungsgeldzuschuß 550 M., so daß die Lehrer in den ersten sieben Jahren ein Einkommen von 1950 M. haben. Es soll nimmere die Alterszulage von 200 auf 250 M. erhöht werden. Die Rechnungs- und die Schulkommission beantragen, aber den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Genosse Freiwaldt beantragte, über die Sache in die Debatte einzutreten; der Uebergang zur Tagesordnung wäre eine Beleidigung der gesamten Lehrerschaft Pankows. Es wird in die Debatte eingetreten. Die bürgerlichen Redner stellten sich durchweg auf einen ablehnenden Standpunkt. Gemeindevertreter Goldwitzer führte als Hauswirt aus, daß er billigere Wohnungen hätte, es bräuchten keine 500 M. für drei Zimmer ausgegeben zu werden. Genosse Kubig erklärte namens seiner Freunde, für die Erhöhung zu stimmen; die Lehrer sollen so gestellt werden, daß sie ihre Kraft nur in den Dienst der Schule zu stellen haben und nicht noch Nebenarbeiten annehmen müßten, wie es heute geschieht. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer fünf Genossen und eines bürgerlichen Vertreters abgelehnt.

Charlottenburg. Eine schwere Gasexplosion, bei der ein Arbeiter gefährliche Verletzungen an Gesicht und am Hals davontrug, erfolgte Dienstag Abend in der Bismarckdorferstraße 50 und tief in der ganzen Umgebung große Aufregung hervor. Im Keller dieses Hauses sind seit einigen Tagen Arbeiter damit be-

schäftigt, eine neue Gasleitung zu legen. Während nun der 40-jährige Schlosser Otto Parfuß an dem Leitungrohr hantierte und dabei eine Lampe beunruhigte, brach diese ausströmendes Gas zur Explosion. Es wurde durch den gewaltigen Druck zur Seite geschleudert und später beunruhigt mit schweren Verletzungen aufgefunden. Er wurde zunächst nach seiner Wohnung am Stützgarten Platz 16 geschafft, mußte aber dann auf Anordnung eines herbeigerufenen Arztes nach dem Westender Krankenhaus gebracht werden, da die erlittenen Verletzungen äußerst gefährliche waren. Der entstandene Kellerbrand konnte leicht unterdrückt werden.

Die Charlottenburger Stadtvorordneten-Versammlung beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit einer Reihe von Initiativanträgen. Ein Antrag Marcus (lib.), der den Magistrat ersucht, mit geeigneten Unternehmern in Verbindung zu treten, um die Errichtung von Omnibuslinien auf Charlottenburger Gebiet herbeizuführen, gab den Rednern aller Fraktionen Veranlassung zu lebhaften Klagen über die Erhöhung des Abonnementpreises der Straßenbahn und über die mangelhafte Art, wie diese Bahn ihre Aufgaben erfüllt. Stadtv. Dörre (Soz.) wies im Namen unserer Fraktion auf die Notwendigkeit der Uebernahme der Verkehrsmittel in eigene Regie hin. Die fast einstimmig erfolgte Annahme des Antrages ist ein Beweis dafür, daß die Versammlung endlich zu der Einsicht gekommen ist, einen wie schweren Fehler sie in früheren Jahren durch die Auslieferung ihrer Straßen an Privatgesellschaften gemacht hat. Zu einer lebhaften Auseinandersetzung gab der Antrag Stein (unpolitisch) Anlaß, der den Magistrat ersucht, in den nächsten Etat eine Summe von 500 Mark einzuflechten für die probeweise Einrichtung einer Rechtsberatungsstelle für die Bürger von Charlottenburg. Seitens unserer Fraktion war der Gegenantrag eingebracht, unter Ablehnung des Antrages Stein 3000 Mark zur Unterstützung der Anwaltsstelle der Charlottenburger Gewerkschaftskommission zu betheiligen. Genosse Hirsch, der unseren Antrag begründete, wies an der Hand der Tätigkeit der Arbeitersekretariate auf die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues dieser Institute im Interesse aller dieser hin, die der sozialen Gesetzgebung unterstellt sind. Trotz des ablehnenden Standpunktes des Magistrats wurden beide Anträge einem Ausschuss überwiesen.

Ein weiterer Antrag Holz (lib.) und Genossen ersucht den Magistrat um Einsetzung eines Betrages von 20 000 M. für Kunstzwecke in den Etat und um Errichtung einer städtischen Deputation für Kunstzwecke. Genosse Baake erklärte, daß seine Freunde dem Antrage zustimmen würden, obwohl die Stadt wichtigere Aufgaben auf sozialem Gebiete zu erledigen habe. Er hoffe aber, daß die Stadt dann auch die Verpflichtung auf sich nehme, das Tempo in sozialen Dingen zu beschleunigen. Charlottenburg habe allerdings der „Kunstkunst“, der Session ein Wohl gewährt (Weiterleit), aber an Kunstzwecken fehle es in der Stadt. Vielleicht könne man die 20 000 M. in den ersten Jahren auf sammeln, um den neuen Rathausurm wieder abzutragen. (Große Heiterkeit.) Der Künstler müsse befreit werden von der Abhängigkeit vom Geschmack des Hofes und der Millionäre. Der Strich der „Kunst-Begabten“ berühre jetzt schon beinahe Charlottenburg; nach der Marmorreliefion der Siegesallee haben wie die Gelbblutensbaderen am Großen Stern, der bald in „Selbstern“ umgetauft werden könnte. (Große Heiterkeit.) Nach weiteren Bemerkungen des Stadtv. Gleim und des Oberbürgermeisters Schustehrus wurde der Antrag angenommen.

Im übrigen erledigte die Versammlung neben einer Reihe kleinerer Vorlagen u. a. die Vorlage betreffend Aenderung der Bestimmungen für die Anstellung städtischer Schweltern. In die gemischte Deputation zur Beratung über Maßregeln zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit wurden von unserer Seite Vogel und Dr. Zeppler gewählt, mit der Vertretung der Versammlung auf dem preussischen Städtetage wurden die beiden Vorseher betraut.

Die Charlottenburger Armenverwaltung veröffentlicht soeben den Bericht für das Jahr 1903, der auch über die Grenzen Charlottenburgs hinaus von hohem sozialpolitischen Interesse ist. Obwohl die Einwohnerzahl um etwa 10 000 zugenommen hat, schließt die Ausgabe für das Berichtsjahr nicht nur mit einer Ersparnis gegen den Voranschlag, sondern sogar mit einer Minderausgabe von etwa 22 000 M. gegen das vorige Jahr ab. Diese Minderausgabe ist nicht auf eine Kürzung der Einzelleistungen, sondern in erster Reihe, wie auch die Verminderung der Zahl der eingegangenen Gebühre um mehr als 1800 zeigt, auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen. Die auf den Kopf der Einwohnerzahl entfallende Ausgabe ist von 4,78 M. wieder auf die Zahl des Jahres 1901, auf 4,40 M. zurückgegangen. Die Zahl der Unterstützten ist zwar etwas gewachsen im Verhältnis zur Einwohnerzahl aber gleichfalls von 3,14 auf 3,04 Proz. zurückgegangen; die Zahl der laufenden Unterstützten weist sogar einen absoluten Rückgang von 2534 auf 2500 auf. Unter den Ursachen, die zum Eingreifen der Armenpflege Anlaß gegeben haben, stehen auch in diesem Jahre in erster Reihe Krankheiten, Gebrechen und Verletzungen aller Art, allein und in Verbindung mit anderen Ursachen. Außerordentlich niedrig stellen sich die Unterstützungen, bei denen die statistischen Jahrkarten Arbeitslosigkeit als Grund der Unterstützung verzeichnen; nur 62 solcher Fälle gegen 161 im Jahre 1902 sind gezählt worden. Allerdings ist eine Feststellung der wirklichen Ursachen der Hilfsbedürftigkeit außerordentlich schwierig, so daß die Zahlen auf völlige Zuverlässigkeit keinen Anspruch machen können. Eine Verminderung ist u. a. in der Zahl der als obdachlos untergebrachten Familien und ihrer Angehörigen eingetreten. Während die Kopfzahl im Jahre 1901 noch 1106 und im Jahre 1902 noch 878 betrug, ist sie 1903 auf 552 herabgegangen. Trotzdem darf nach Ansicht der Armenverwaltung die Wohnungsnot in Charlottenburg noch keineswegs als völlig überwunden erachtet werden. Hat doch die Zahl der als leerstehend ermittelten Wohnungen von Stube und Küche noch im Januar 1904 nur 31 betragen, während 1903 221 solcher Wohnungen leer standen. Bei einer Zahl von insgesamt nahezu 13 000 Wohnungen von Stube und Küche bei der Volkszählung 1900 entspricht die Zahl der im Januar 1904 leerstehenden, auch wenn man die inzwischen neu hinzugezogenen Wohnungen unberücksichtigt läßt, einem Prozentsatze von etwa 0,25, während der normale Prozentsatz leer stehender Wohnungen, wenn keine Wohnungsnot bestehen soll, allgemein auf 3 Proz. angenommen wird. Die Zahl der Wohnungen mit zwei Stuben und Küche ist allerdings etwas gewachsen. Im Januar 1904 hat sie etwa 2 Proz. aller 1900 vorhanden gewesener derartiger Wohnungen betragen. Für die untersten Schichten der Bevölkerung, die lediglich auf ihrer Hände Arbeit oder auf Unterstützungen angewiesen sind, kommen aber diese Wohnungen, die an sich für eine Familie mit größeren Kindern eigentlich das Mindestmaß für eine geordnete Hauslichkeit darstellen, bei der Höhe der Mietpreise nur ausnahmsweise in Betracht. Die geringe Zahl der leerstehenden Wohnungen hat noch immer, wie wiederholte Erfahrung gezeigt hat, zur Folge, daß kinderreiche Familien nur sehr schwer Aufnahme finden. Dazu tritt die außerordentliche Höhe der Miete gerade für Wohnungen von Stube und Küche; ja, bei den in der Geschäftsstelle gezählten Wohnungen der unterstützten Personen sind die Mieten gegen das Vorjahr sogar noch weiter gestiegen. Die Folge davon ist, daß die Armenverwaltung unverändert gezwungen wird, höhere Unterstützungen zu gewähren, ohne daß die Armen selbst dadurch irgend etwas mehr erhalten. Im Jahre 1903 betrug der Durchschnittspreis von 176 Armenwohnungen von Stube und Küche 20,92 M. monatlich, im ersten halben Jahre 1904 der von 65 Armenwohnungen sogar 21,85 M. monatlich. Unter den 176 Wohnungen befanden sich nur 66, die weniger als 20 M. monatlich kosteten, dagegen 24 im Preise von über 25 M., eine sogar im Preise von über 30 M. monatlich; unter den 65 im ersten halben Jahre 1904 gezählten Wohnungen nur 20 unter 20 M. monatlich, dagegen sechs im Preise von über 25 M. und zwei im Preise von über 30 M. Dabei handelt es sich keineswegs etwa immer um Wohnungen in bevorzugter Lage; es befinden sich darunter Wohnungen im vierten Stock eines Quergebäudes in der Rosinenstraße für 28 M., im Hinterhaus parterre in der Wallstraße für 32 M. (mit Kammer),

im Quergebäude dritten Stock ebena für 27 M., im Quergebäude parterre in der Wilmersdorferstraße für 27 M., im Quergebäude vierten Stock in der Kantstraße sogar (mit Kammer) für 31,00 M.). Gegenüber der durch die Höhe dieser Aufwendungen bedingten Mehrausgabe muß die auf den Kopf der Einwohnerzahl entfallende Summe von 4,40 M. als außerordentlich niedrig erachtet werden.

Reinickendorf. Einen von der alten Garde haben wir gestern in der Person unseres Genossen Gustav Basse zu Grabe getragen. Schon in den siebziger Jahren kam er zu uns und seitdem wirkte er unermüdet für die Partei. Sowohl das Sozialistengesetz als den Unternehmerrud hat Basse zu fühlen bekommen; bei der Waisier vor 13 Jahren wurde er auf 9 Monate ausgesperrt. Nun ist er im Alter von 63 Jahren zur Ruhe gegangen. Hunderte Parteigenossen wohnten seinem Begräbnis bei.

Weißensee. Wegen den Gemeindevorsteher Klingenberg, der seine amtliche Stellung in der Weise zu seinem Vortheile ausgenutzt hatte, daß er Provisionsgeschäfte auf Grund seiner amtlichen Kenntnisse und seines amtlichen Einflusses betrieb, war von Gemeindegliedern beim Landrat Strafantrag gestellt worden. Obwohl die angeführten Beschuldigungen sich als wahr herausstellten und der Vertreter der Staatsanwaltschaft eine hohe Strafe beantragte, verurteilte der Kreisaußschuß den Gemeindevorsteher nur zu 200 M. Geldstrafe. — Die Eingemeindung von Weißensee in Reinickensee harrt immer noch seiner Erledigung und man erwartet täglich das Erscheinen der Stadtmittelsorder; es wird bestimmt damit gerechnet, daß am 1. April 1905 im Zusammenhang mit der 25-Jahresfeier auch die Uebernahme des alten Dorfes sich vollzieht.

Das plötzliche Erscheinen eines Ziegenbockes beim Aufstagesgottesdienst rief in der Doerflstraße zu Trebth (Kreis Zauderitz) eine gewaltige Störung hervor. Der Ziegenbock gehörte einem Vorbewohner, welcher sich in der Kirche befand und auf dem er laut meckend zulief, als er ihn erblühte. Der Küster beeilte sich sofort, das Tier aus der Kirche zu entfernen, was aber mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft war, da es posteriore Sprünge über die Bänke machte. Bei der Unabgängigkeit der Kirchenbesucher war es natürlich vorbei, da fast alle damit zu kämpfen hatten, das Lachen zu unterdrücken. Der Bock hatte durch die zufällig offen stehende Tür Eingang in die Kirche gefunden.

Eine Aenderung ist in der Stellung der Regierung zur Umsatzsteuer eingetreten. Während sie noch vor Jahresfrist die Erhöhung der Umsatzsteuer für unbedeute Grundstücke über 1 1/2 Proz. hinaus prinzipiell ablehnte und selbst die Einführung der Grundsteuer keineswegs in allen Fällen gutheißt, vertritt sie jetzt einen entgegengelegten Standpunkt. Den Berliner Vororten wird die Einführung der Grundsteuer ausdrücklich empfohlen und die Erhöhung der Umsatzsteuer bis zu 2 Proz. genehmigt. Der Vorort Reinickendorf hat als erste Gemeinde die Erhöhung der Umsatzsteuer für unbedeute Grundstücke auf 2 Proz. beschlossen.

Verwendung von Frauen beim Straßenbau. Wie uns aus Schöneberg mitgeteilt wird, hatten in der letzten Stadtvorordneten-Sitzung bei einer Vorlage über den Bau der Schöneberg-Tempelhofer Verbindungsstraße die Sozialdemokraten das berechtigte Verlangen gestellt, dem Unternehmer aufzugeben, die Beschäftigung von Frauen und Mädchen bei den schweren Ausschachtungsarbeiten zu unterlassen. Daß für dieses nicht genug zu verurteilende System leider der Staat als Arbeitgeber vorbildlich ist, scheint aus unsern Stadtvätern vorgezeichnet zu haben. Mit den schwächlichen Gründen sprach der Stadtvorordnete v. Frankenberg hier von einem Unternehmerrusse, das die Kommune nicht antasten dürfe, und das auch ihr zugute komme, weil — die weiblichen Arbeitskräfte eben billiger sind! Und daß dieser Herr den übrigen aus der Seele gesprochen, zeigte sich darin, daß von den bürgerlichen Stadtvorordneten keiner das Wort weiter begehrte — der sozialdemokratische Antrag wurde glatt gegen unsere Stimmen abgelehnt. Wie nicht anders zu erwarten war, da der Zufall für die Ausführung der betreffenden Arbeiten in der Regel dem Mindestfordernden erteilt wird, ohne Rücksicht darauf, wie es um die moralische Beschaffenheit des Unternehmers bestellt ist.

Spandau. Die städtische „Polizeikommission“, welche sich am Montag mit der Vernehmung der Nachtwächterstellen und der Anstellung eines neuen Polizeikommissars zu beschäftigen hatte, lehnte nach einer längeren Aussprache, welcher auf Einladung des Oberbürgermeisters auch der Polizei-Inspektor beizuhörte, sowohl die Vernehmung der Nachtwächterbezirke als die Reuanstellung eines Kommissars ab. Der Polizei-Inspektor führte den Kommissionsmitgliedern ausführlich und an der Hand von Material die große Ueberbürdung der jetzigen fünf Kommissare, vornehmlich mit den Aufgaben der Sozialgesetzgebung und der — Versammlungsüberwachung, Recherchen für die Direktionen der Staatsbetriebe bei Untersuchungsgehehen (!) staatlicher Arbeiter usw. vor Augen, ohne jedoch damit einen Eindruck bei der Majorität zu erzielen. Sowohl die sozialdemokratischen als die liberalen Kommissionsmitglieder ersuchten den Oberbürgermeister, solche Arbeiten für die Direktionen, die doch nicht etwa als öffentlich-rechtliche Behörden sondern, als Gewerbetreibende anzusehen seien, in Zukunft rundweg abzulehnen. Unsere Genossen wiesen noch zu wiederholten Malen auf das Ueberflüssige, Sinn- und Zwecklose der Versammlungsüberwachung hin: „Was wir unternehmen wollen, ohne daß die Polizei etwas erfährt, das tun wir doch, und da haben wir auch natürlich stets andere Mittel und Wege als durch Versammlungen“, führten unsere Genossen aus. Der Polizei-Inspektor stimmte dem zwar bei, schätzte aber im übrigen die Pflicht der Polizei vor, alle Versammlungen zu überwachen.

Gerichts-Zeitung.

Die gute Tante.

Recht krumme Schicksalwege sind dem Theateragenten Engelbert Springer einem geborenen Böhmen, beschieden, der gestern der siedenden Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, um sich wegen Unterschlagung einer Summe von 10 000 Kronen in österreichischen Staatspapieren zu verantworten. Der schon vorbestrafte Angeklagte betrieb im Jahre 1901 hier in Berlin eine Theateragentur, zu deren Betrieb ihm seine Tante, die Schwägerin seiner Mutter, die Mittel vorgestreckt hatte. Im April 1901 trat er mit dem Vertreter der Daase-Bräuererei wegen Pachtung des „Türkischen Bells“ in Charlottenburg in Verbindung. Er beabsichtigte, darin ein Varietheater zu eröffnen, die Vorbedingung für den Abschluß eines Vertrages war aber die Stellung einer Kaution von 20 000 Mark. Er wandte sich wieder an die Tante, schilderte ihr das Unternehmen in den glänzendsten Farben und suchte von ihr die zur Kaution nötige Summe zu erhalten. Da die Tante selbst keine Gelder mehr zur Verfügung hatte, so schrieb die 68jährige Dame an ihren Schwager, den Oberpostmeister Pochmann zu Reichstadt in Wöhrten: er möge sofort nach Berlin kommen, da sich ihm Gelegenheit biete, einem glänzenden Unternehmen beizutreten. Der Oberpostmeister kam auch wirklich hierher, reiste aber bald wieder nach Reichstadt zurück, da er mit einem Unternehmen des Angeklagten nichts zu tun haben wollte. Die Tante ließ aber nicht locker, sie interessierte ihren Schwager fortgesetzt für das Geschäft und fuhr eines Tages kurz entschlossen in Begleitung des Angeklagten zum Oberpostmeister nach Reichstadt. Dieser gab schließlich 10 000 Kronen in österreichischen Staatspapieren an die Tante, will sich aber in Gegenwart des Angeklagten ausbedungen haben, daß die Papiere sein Eigentum verbleiben, nur zur Kautionstellung benutzt und nach 14 Tagen, nach Auffindung eines anderen Geldmannes, ihm zurückgegeben werden sollten. Die Tante soll sich verpflichtet haben, die Papiere auf keinen Fall an den Angeklagten auszubändigen. Die gute Frau ließ sich aber schon auf der Heimreise mit geringer Mühe durch den Angeklagten überreden, ihm die 10 000 Kronen zu überantworten. Er machte der alten Frau klar, daß aus dem Geschäft betr. das „Türkische Bell“ doch nichts werden könne, da die 10 000 Kronen zu

der verlangten Kaution doch nicht ausreichten und machte ihr Aussicht auf die Uebernahme des Geschäfts von Stein u. Co. in Charlottenburg, an dem sie dann beteiligt werden könnte. Die Tante gab ihm darauf die Wertpapiere, wieder sie, nach der Anteil Oberpostmeister haben sie wiedergegeben. Der Angeklagte, der in seiner Theateragentur 6 Personen beschäftigte, brauchte Geld zur Bezahlung seiner Angestellten und verkaufte zu diesem Zweck die Papiere. Einen Teil des Erlöses benutzte er ferner zur Bezahlung von Möbeln und 3—4000 M. verpielte er auf hiesigen und Wiener Rennbahnen. Seine Theateragentur mußte er bald wegen schlechten Geschäftsganges schließen. Er lehrte Berlin den Rücken und begab sich nach Zentralamerika und von dort nach Afrika und Transvaal. Er trat in englische Dienste und hat den Feldzug gegen die Boeren mitgemacht. Nach Beendigung des Krieges ging er nach England, wo er in verschiedenen Städten ohne Beschäftigung lebte; er hatte sich im Feldzug über 1000 M. gespart. Von England ging er nach Valimore. Hier erfuhr er im Sommer 1902 durch einen Brief seines Bruders, daß die Tante schon 1901 eine Strafanzahlung gegen ihn erlitten habe. Er fuhr sofort über Liverpool nach Hull, setzte sich mit seiner Tante in Verbindung und bewog sie zur Zurücknahme des Strafantrages. Im Dezember 1902 kam er dann wieder nach Berlin, eröffnete mit neuem Gelde der Tante abermals eine Theateragentur und diese wurde hille Teilhaberin. Da machte ein neues Ereignis dem neuen Geschäft wieder vorzeitig ein Ende. Im Februar 1904 erkrankte die Tante, daß sie fliehen müsse, da sie ein Verbrechen gegen einendes Leben begangen habe und verfolgt werde. Darauf schloß der Angeklagte sein Geschäft und fuhr mit der Tante nach Amsterdam, wo er bei ihr auch wohnte. Er knüpfte aber mit deren Wirtin ein Liebesverhältnis an und um sich dafür zu rächen, zeigte die Tante den Reffen bei der Polizei an und behauptete, er habe ihr in der Nacht das Stümchen von 25 000 M. gestohlen. Dies ergab sich zwar sofort als Erfindung, die Polizei brachte aber beide als lästige Ausländer über die Grenze nach der deutschen Stadt Elten. In Elten wurden beide ins Gefängnis gesteckt und dort erhängte sich die Tante, die wohl ein recht schlechtes Gewissen haben mochte. Der Angeklagte wurde nach Emmerich transportiert und dort 12 Tage in Haft behalten, da dorthin gemeldet wurde, daß er 150 Kronen unterschlagen habe. Per Schuß ging es dann nach Berlin und das hiesige Schöffengericht beurteilte ihn wegen dieser Unterschlagung zu 14 Tagen Gefängnis. Nach seiner Entlassung fuhr er nach Rotterdam und als er dort mehrere Tage vergeblich auf Geld von seinem Bruder gewartet hatte, ging er zur Polizei und ließ sich wieder nach Elten über die Grenze schaffen. Von dort richtete die Polizei eine telegraphische Anfrage nach Berlin und erhielt Haftbefehl. Der Onkel Oberpostmeister hatte nämlich inzwischen den Tod der Tante erfahren und Strafantrag wegen der Unterschlagung der 10 000 Kronen gestellt. So ist denn Herr Springer über Emmerich, wo er 10 Tage in Haft zubrachte, nach Reichstadt geschafft worden. — Im geistigen Termin bestritt der Angeklagte seine Schuld und behauptete, daß ihm die Abmachungen, die der Onkel Oberpostmeister mit der Tante getroffen, völlig unbekannt gewesen seien und die letztere ihm die 10 000 Kronen zur völlig freien Verfügung überlassen habe. Dies war der Kernpunkt der geistigen Verweigerung. Der Staatsanwalt entnahm aus der kommissarischen Vernehmung des Oberpostmeisters und der Strafanzahlung der verstorbenen Tante den Beweis für die Schuld des Angeklagten und beantragte 9 Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt machte auf verschiedene Widersprüche in der Aussage des Onkels aufmerksam, hielt die etwas sonderbare Tante nicht für glaubwürdig und beantragte Freisprechung des Angeklagten, da ja lediglich zwischen dem Oberpostmeister und der Tante ein Rechtsverhältnis obgewaltet habe, mit dem der Angeklagte absolut nichts zu tun hatte. Die 10 000 Kronen waren nicht ihm, sondern der Tante übergeben und diese hatte sich zur pünktlichen Zurückgabe persönlich verpflichtet. — Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. Der Vorstehende ersuchte aber den Angeklagten, nun nicht etwa zu denken, daß der Gerichtshof ihn für völlig unschuldig gehalten; seine Schuld sei nur nicht genügend erwiesen und seine Untersuchungshaft habe er durchaus verdient gehabt.

Wann wird der Skandal endlich aufhören? Wieder mußten in voriger Woche eine Anzahl Streikposten freigesprochen werden, die nach üblicher Manier von den Schaulenten angefahren und fixiert worden waren und hernach das obligate Strafmandat in der Höhe von 30 M. erhalten hatten. Es waren dies der Schlosser F. die Dreher D., B. und L. und die Glaschleifer J. und E. In allen Fällen mußten die als Zeugen geladenen Schaulente bekunden, daß die Streikposten sich keinerlei Ordnungswidrigkeiten hätten zu schulden kommen lassen, auch kein ordnungspolizeiliches Interesse ihrer Fortweisung und Sicherung notwendig machte. Das Gericht nahm daher an, daß die Angeklagten lediglich wegen ihrer Tätigkeit als Streikposten und nicht wegen irgendwelcher geschwinder Handlungen fixiert und mit Strafmandaten bedacht worden waren und kam daher zur Freisprechung.

Ebenso entschied das Charlottenburger Gericht gegen die Arbeiterin B. B., die beschuldigt war, anlässlich des Streiks bei Siemens u. Halske eine Arbeitswille durch Anwendung körperlichen Zwanges zur Teilnahme am Streik bewegen zu haben. Die Beweisaufnahme ergab die völlige Haltlosigkeit der Anschuldigung. Nicht nur eine als Zeugin auftretende Buchhalterin der Firma, sondern auch die Arbeitswille selbst sagte aus, daß die Angeklagte sie nur in höflicher Weise auf den Streik aufmerksam gemacht, sie dabei allerdings an den Arm gefaßt hatte. Die Verührung sei aber eine vertrauliche gewesen und habe nur Sekunden gedauert; von Anwendung irgendwelcher Gewalt könne keine Rede sein. Trotzdem war die Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung erhoben worden. Auf Antrag des Verteidigers Dr. Heinemann erfolgte denn auch die Freisprechung.

Vermischtes.

Der Winter. Infolge eines kalten Schneesturmes im Westen sind die telegraphischen Verbindungen zwischen Deutschland und England gestört. Die Telegramme, die unter Umständen zu Schiff befördert werden müssen, erleiden starke Verzögerungen.

Aus London wird weiter gemeldet, daß in ganz England und Schottland seit gestern abend heftige Schneestürme wüten. Der Schnee liegt stellenweise meterhoch, wodurch der Verkehr erheblich gestört wird.

Ueber eine Dampfer-Katastrophe wird aus Norrköping vom Mittwoch gemeldet: Der Dampfer „Bor“, mit Kohlen von Grimsby nach hier bestimmt, ist heute morgen 5 1/2 Uhr bei der Einfahrt von Kroke mit seiner ganzen 17 Personen starken Besatzung, darunter zwei Küchenfrauen, untergegangen. Wahrscheinlich hat bei der Grundberührung eine Kesselexplosion stattgefunden. Fünf Leichen sind im Laufe des Tages geborgen worden. Ferner ist das Dampfschiff „Karl-Johann“ unweit Kalands untergegangen. Die zehn Mann starke Besatzung ist ertrunken.

Marktpreise von Berlin am 22. November. Nach Ermittlungen des tgl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen*, gute Sorte 17,65—17,63 M., mittel 17,61—17,59 M., geringe 17,57—17,55 M. Roggen**, gute Sorte 13,85—13,80 M., mittel 13,75—13,70 M., geringe 13,65—13,60 M. Hafergerste*, gute Sorte 15,70—14,50 M., mittel 14,40 bis 13,30 M., geringe 13,25—12,10 M. Hafer**, gute Sorte 15,40—15,30 M., mittel 15,50—14,80 M., geringe 14,70—14,00 M. Erbsen, gelbe, vom Stöcken 40,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Bohnen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,00 M. Nudeln 5,00—4,16 M. Den 8,80—7,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,60 M. Eier per Schuß 4,50—3,90 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 23. November. Elbe bei Ruffing + 0,08 Meter, bei Dresden — 1,26 Meter, bei Magdeburg + 1,25 Meter. — Uckeritz bei Strausfurt + 1,25 Meter. — Döber bei Rathow + 2,30 Meter, bei Breslau Ober-Bogel + 5,23 Meter, bei Breslau Unter-Bogel + 0,17 Meter, bei Rautzsch + 1,90 Meter. — Weichsel bei Strahmbünde + 3,28 Meter. — Warthe bei Bosen + 0,58 Meter.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und die Schule.

In einer von den sozialdemokratischen Frauen einberufenen Volksversammlung, welche am 22. November im „Eiseller“ in der Chausseestraße tagte, referierte Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt über: „Vollschule und Volksbildung“.

Verfassungen.

Eine gut besuchte Versammlung der organisierten Schlächtergesellen, zu welcher auch die Verläuferinnen zahlreich erschienen waren, tagte am Montag in den Armnhallen, Kommandantenstraße 20: Vortrag des Herrn Dr. Maurenbrecher über das Thema: „Was ist Religion?“ Gäste willkommen.

Verfassungen.

Eine gut besuchte Versammlung der organisierten Schlächtergesellen, zu welcher auch die Verläuferinnen zahlreich erschienen waren, tagte am Montag in den Armnhallen, Kommandantenstraße 20: Vortrag des Herrn Dr. Maurenbrecher über das Thema: „Was ist Religion?“ Gäste willkommen.

einstimmig eine Resolution zur Annahme, die den Hamburger Kollegen die Sympathie der Erschienenen bekundet und sich scharf gegen die Maßnahmen der Innungsmeister ausspricht.

Eine Generalfreidebatte

fand am Dienstag in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins von Schöneberg statt, die sehr zahlreich besucht war.

Der Referent wies darauf hin, wie 1887 auf dem Trafalgar Square in London, 1902 in Belgien eine kleine Anzahl Truppen genötigt wurde, gewalttätige Menschenmengen auseinander zu treiben.

Der Referent wies darauf hin, wie 1887 auf dem Trafalgar Square in London, 1902 in Belgien eine kleine Anzahl Truppen genötigt wurde, gewalttätige Menschenmengen auseinander zu treiben.

ihre Lokalämpfe immer schwerer gemacht würden. Darum sei doppelt Vorsicht notwendig in der Propaganda für eine Sache, von der feststehe, daß sie nur zu oft schon Mißrat gemacht habe.

In der Diskussion sprach zunächst Peterson, der ebenso wie Jubel den Wert der Agitation und Organisation gegenüber der Generalfreideidee hervorhob.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden vertagt.

Abends. Der Wahlverein von Adlershof veranstaltete am Sonntag, den 13. November, in A. Lar's Gesellschaftsraum eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Volksschule als Treibhaus des Aberglaubens“.

Reinholdsdorf. In der am letzten Dienstag abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins referierte der Genosse Schubert über: „Die preussischen Volksschulen“.

Verband der Friseurgeschäften Deutschlands. Zweigverein Rixdorf. Donnerstag, den 24. d. M., abends 10 Uhr, bei Hr. Hoppe, Berlinstr. 14: Versammlung. Tagesordnung: Bericht von der Konferenz.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindeforschung. Herausgeber Dr. Albert Schäfer, Berlin W. 15.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. 20. Wegen Sie das Geld in der Schöneberger Sparkasse an. Was die genannte Bank ist gut. Zinsen 3 Proz. Einzahlungen nehmen alle Depositionen an.

Juristischer Teil. Die juristische Ehrenrunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Hgr.

2. 19. 1. Ja. 2. Lohn, abhängig der Frankengelder, bis zur Entlassung kann mit Aussicht auf Erfolg geltend gemacht werden, wenn Ihre Tochter schon längere Zeit in der Fabrik beschäftigt war.

U. S. 2. Wenn die Ehe nicht getrennt ist, auch ein Gerichtsbeschluss über die Erziehung nicht ergangen ist, würde Ihre Handlung nicht strafbar sein. — **Nixdorf 200.** Die Forderung ist nicht verjährt; der 1500 Mark überschreitende Lohnbetrag ist pfändbar. — **G. S. 22.** 1. u. 2. Rein. — **S. R. 57.** Ob Ihr Mann überhaupt zur Zahlung verpflichtet ist, ist ohne genauere Kenntnis des Sachverhalts nicht zu beantworten. Jedenfalls macht er sich durch Nichtzahlung weder strafbar noch verliert er sein Wahlrecht. — **S. P.** Ein Abkloppungsvertrag wäre erforderlich. — **Neuer.** Das Zusammenwohnen kann in Ihrem Falle gehindert werden. — **Kassa 52.** Hat die Witwe so gelautet, wie Sie angeben, so gebührt Ihnen allein das Geld. — **P. R.** Ihr höchstens zwei Lohnzahlungsperioden wäre nachzuzahlen. — **S. Lichtenberg.** In der Regel nein. — **A. S. 1.** Ohne Kenntnis des Sachverhalts und Einsicht in die Akten sind Ihre allgemeine und dadurch unklar gestellten Fragen nicht zu beantworten. — **M. W. 46.** An den Magistrat, Abteilung für Versicherung, Breitenstr. 24a. — **51.** Die Höhe der Strafe ist nicht voranzuzugängen. — **K. M. D.** Ihre Frage ist ohne Einsicht in die Akten nicht zu beantworten. — **M. W. 40.** Ihnen und Ihren Kindern. — **A. S. 3a:** es bleibt der Inhaberin überlassen, zu intervenieren. — **G. S.** Wenn nicht etwa Ihr Vertrag das Gegenteil besagt, nein. — **110 M. D.** An den Magistrat, Steuerdeputation. — **S. R. 60.** Der Anspruch auf Invalidenrente tritt ein, wenn Invalidität im Sinne des Gesetzes oder mindestens gleichwertige ununterbrochene Erwerbsunfähigkeit vorliegt. Zu wenden hat sich der Betreffende an die Versicherungsanstalt,

für die geklebt ist. — **Kesselsdorf.** Ja, der Betreffende müsste darlegen, daß nach dem 9. September 1903 der Zustand sich verschlimmert hat, die Unfallfolgen eingetreten sind und von neuem Unfallrente bei der Berufsgenossenschaft beantragen. — **Manifestant, M. G. 37, P. M., S. 2.** Ja. — **Thomann.** Sie können betragen, ohne daß eine der von Ihnen befürchteten Folgen eintritt. Nach Ihrer Schilderung sind Sie allerdings Preuze. — **S. 158.** Durch die von Ihnen geschuldeten Manipulationen können Sie die Beschlagnahme nicht hindern; auch ist der Gerichtsvollzieher in der Lage, für den Fall eines Beschlagnahmebefehls Ihnen den Lohn fortzunehmen. Der Lohn ist, falls nichts anderes vereinbart ist, bei dem Fortgang zu zahlen. — **Eberlyer 31.** Sie sind nicht verpflichtet, die Schulden Ihres Sohnes zu zahlen. Der von Ihrem Sohne geschlossene Vertrag ist ungültig. Ob Ihr Sohn strafbar ist, hängt davon ab, ob er in betrügerischer Absicht gehandelt hat. — **M. W. 40.** 1. Bis zum zurückgelegten 16. Lebensjahre. 2. Ja. 3. Die Verpflichtung bleibt bestehen. — **M. W. 46.** — **G. W. S.** Nehmt ein Richter oder Vermittler die Annahme eines Briefes ab, der eine rechtmäßige Kündigung enthält, so gilt die Kündigung dennoch als erfolgt. — **C. S. 100.** — **S. G. 1.** Rein. — **S. R. 30.** Staatlich. — **66 Pantow.** Wenn vor Ablauf des Dienstjahres (vom Eintritt ab gerechnet) getündigt wird. — **G. S. 53.** Geschlossene Privatveranstaltungen gehen das Berufsverbot der Polizei nicht an, es sei denn, daß die Privatveranstaltung nur scheinbar privaten Charakter hat. — **St. 18.** Die Beantwortung Ihrer Fragen hängt davon ab, ob das Gericht über das

Erziehungsbrecht entschieden, eventuell wer rechtmäßig für schuldig erachtet ist. Wiederholen Sie Ihre Anfragen unter Ergänzung nach diesen Richtungen schriftlich oder in der juristischen Sprechstunde.

Witterungsübersicht vom 23. November 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Emmende	748	S	6	bedeckt	3	Daparanda	754	N	2	bedeckt	-10
Damberg	743	SSW	8	bedeckt	2	Petersburg	761	SW	1	bedeckt	-2
Berlin	750	SW	3	wolkig	3	Cort					
Frankfurt	753	S	3	wolkig	1	Übersee	749	SSW	3	bedeckt	2
München	754	D	1	Schnee	-1	Paris	753	SSW	2	wolkig	-3
Wien	745	Still		Nebel	4						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 24. November 1904. Ein wenig kälter, zeitweise auffarend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 24. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus. La Traviata.
Neues königl. Opern-Theater.
König Richard III.
Deutsches. Roserade.
Berliner. Soldaten.
Festung. Die Siebzehnjährigen.
Weiten. Wiener Blut.
Thalia. Der Selbstmörder.
Velle Alliance. Der Millionenbauer.
National. Donna Juanita.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Wallensteins Tod.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-schäffisches Theater). Die Tyrannen der Tränen.
Central. Der Generalkonsul.
Neues. Die Morgenröte.
Kleines. Der grüne Kakadu. — Der tapfere Kassian.
Carl Weisk. Senta Wolfburg.
Reichens. Eine Hochzeitssnacht.
Lustspielhaus. Die Bedienten.
Lilien. Robert und Bertram.
Trianon. Gallens Frauen.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Kassio. Wildes Blut.
Deutsch-Amerikanisches. Rem-Nort.
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.
Hermann-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck.
Passage-Theater. Diba. Spezialitäten. Anf. 5 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Steintiner Sängers.
Palast. Ringkämpfe. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater: Frühlings-tage an der Riviera.
Jubalidenkränze 57/62. Stern-warte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Im Hofsaal: Tierleben in der Wildnis.

Urania, Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Frühlings-tage an der Riviera.
Sternwarte Invaliden-str. 57/62.
Hofsaal:
Tierleben in der Wildnis.
P. GASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 105.
„Es war einmal —!“
Großer orient. Märchenzyklus in lebensgroßen plastischen Figuren mit verbindendem Text und Musikbegleitung.

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid. Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts.
(Ballett.)
Rauschen gestatet. Anf. 8 Uhr.
Deutsch-Amerikanisches THEATER Station Köpenicker-Str. 67-69. Jannowitzbr.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Adolf Philipp.
NEW-YORK
5 Bilder m. Gesang u. d. Nachtleb. einer Weltstadt. Text und Musik von ADOLF PHILIPP.
Sonntag nachmittags 3 Uhr!!
HALBE PREISE
Ueberrn großen **TEICH.**

Kasino-Theater
Lothringers-Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Sonntags 7 1/2-8 Uhr **Konzert.**
Nur noch kurze Zeit!
Wildes Blut.
Gesangspost in 3 Akten v. Mannstädt.
Sorb. d. brüll. November-Spezialitäten.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Eine Hochzeitssnacht.
Schwank in 3 Akten von H. Rorou und H. Barre.
Anatol Durofel: Richard Alexander.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die 300 Tage.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Gastons Frauen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags: Ihr zweiter Mann.
Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Direktion M. Ed. Fischer.
Kette Boche.
Senta Wolfburg.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Senta Wolfburg.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung: Schneewittchen und die sieben Zwerge. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Wallensteins Tod.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-schäffisches Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Tyrannen der Tränen.
Lustspiel in 4 Akten von G. Haddon-Chambers. Deutsch v. Bert. Foglson.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Mutter Erde.

Kleines Theater Neues Theater.
Bertinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Anfang 8 Uhr.
Der grüne Kakadu. Die Morgenröte
Vorher: Der tapfere Kassian.
Freitag: Elektra.
Sonabend: Der grüne Kakadu.
Der tapfere Kassian.
Wurg-Straße 22. Direktion: früher Feen-Palast. Rich. Winkler.
Palast-Theater
Große internationale Ringkampf-Konkurrenz unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas.
Heutige Ringkämpfe:
9 Uhr. präzis 9 Uhr.
1. John Pohl-Abs II, Deutscher, gegen Belmstr. Georg Lurich, Russe.
2. Dickmann, Rheinländer, gegen Romanoff, Russe.
Vorher: Theater u. Konzert. Anf. 7 1/2 Uhr. Vorherf. 10-11 Uhr a. d. Kasse.
Bei der voraussichtlich langen Dauer der Entscheidungskämpfe fangen dieselben von heute ab Punkt 9 Uhr an.

Freie Volksbühne
Dienstag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Rathause:
II. Kunstabend: Goethe-Mozart
Eintrittskarten a 30 Pf. sind in den bekannten acht Zahlstellen zu haben.
Sonntag, 27. November, nachm. 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater. 1. Abteilung: Die Juden.
Berliner Theater. 4. Abteilung: Die Karlsruhler.
230/2 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Zirkus Schumann.
Heute Donnerstag, den 24. d. Mtz., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm. II. a. Neu und sensationell!
Der originelle Feiner Bergbewohner. — Der unübertreffliche Dschigitreiter
Agube Gndfow.
Franco Piper, der phänomenale Amerikaner. — Die beliebte jugendliche Schutzeiterin Fri. Dora Schumann. — Herr Albert Carré. — Mars-Truppe, fliegende Akrobaten.
Die größte Neuheit
Hünstedts
Silipt-Zirkus.
Die reizenden kleinen Siliptaner als Künstler in jedem Genre.
Herrn Künstl. Kunststücke, Damen und Herren, in ihren Glanzleistungen und Dir. Hb. Schumanns neue und moderne Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr: Koloßaler Erfolg!
Der Kurier des Zaren.

Zirkus Busch.
Katharina II.
Herr Dir. Busch, 6 engl. Boßblüter.
Coco, der menschliche Wunderaffe.
Die berühmte franz. Reiterfamilie Lacousson und die vorzüglichsten Programmnummern.
Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr.
Sonntags 3 Uhr.
Kurzes Gastspiel des berühmten **Gedankenlesers**
Bror Sundeen aus Stockholm. Phänomen des sechsten Sinnes.
Lucie König, das erstklassige Mädel.
Der magische Kessel.
Dida, die Erschaffung eines Weibes aus d. Nichts.

Lustspielhaus
Friedrichstraße 236.
Zum 48. Male:
Biederleute.
Freitag 3. erstmalig: Der Familien-tag. Sonabend und Sonntag: Der Familientag. Sonntag nachm. 3 Uhr: Drei und Abschied vom Regiment.
Montag: Biederleute.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Extra-Elite-Vorstellung.
Der Lanztenfel.
Große Gesangs- und Ballett-Abend.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ball.
Freitag: Don Carlos.

Stadt-Theater Moabit.
III-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Graf Essex.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Heinrich Laube.
Anfang 8 Uhr.
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.
Sonntag, 27. November: Unsero Don Juans.
Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 55.
Das großartige Novemberprogramm
Ren: Lilly Durand Neu: mit ihrer Verwandlungsummer
Großstadtleben.
Neu! Ostarra Trio Neu! großartige Kopfbalance auf schwingendem Trabe, sowie die noch übrigen erstklassigen Spezialitäten.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Steffiner Sängers.
Anfang: 8 Uhr.
Morgens 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Donnerstag, den 24. November 1904:
Großes Projektions-Theater.
In neunzig Minuten um die Erde.
— Entree 20 Pf. Anfang 8 Uhr.
WINTERGARTEN

Anne Dancrey
die prächtige Pariser Sängerin und Tänzerin.
Everhart der Reifenhöcker.
Patty-Frank-Truppe Meisterschaftsturner.
Cliffe-Berzac zahlt jedermann 2000 Mark, der auf seinem rotierenden Tisch 45 Sekunden stehen kann.
200 Mark, der auf seinem Esel aufrecht sitzend reiten kann.
Außerdem weitere 10 hervorragende Spezialität.

Sanssouci.
Kottbuser Tor — Etat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag Theater-Abend. und Mittwoch:
Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sängers.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserhof Tanz.

Otto Pritzkows
Alnormitäten - Ausstellung
Münsterstr. 16.
Täglich Vorstellung
lebender Kuriositäten, Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
Ziehung am 28. November und folgende Tage
Düsseldorfer Ausstellungs-
Lotterie
25,000 Gewinne. Wert Mark
170 000
Hauptgewinn baar:
36 000
18 000
9 000
etc. etc.
Lose a M. 1.—, 11 Stok. M. 10.—
Porto-Listen 20 Pf., empfehle
Carl Heintze,
Bankgesellschaft,
Berlin W., Unter den Linden 3.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111-112.
Jed. Montag, Donnerstag u. Freitag:
Horst's Norddeutsche Sängers.
Jeden Donnerstag nach der Solree:
Tanz-Kränzchen.
Täglich: Gr. Bürgerl. Mittagstisch.
Säle zu Vereinsfestlichkeiten, Veranlassungen usw. zu hohem Bedingungen.

Adtung! Genossen!
Wer zu Weihnachten einen schönen Baum schmücken will, kaufe von unseren Genossen aus Lauscha den gold- u. silberglänzenden Glasbaum.
Sortiment I. Ein Kistchen für 5 M. gegen Rücknahme oder vorherige Einzahlung von 5 M. Drei Schiffschiffe, prachtvolle, himmelblaue, mechanisch bewegliche Glasfahnen u. Rastbaum. Geleht, geschäft unter Nr. 74 196. Ferner 9 cm große, dreifarbige bemalte Angel mit der Aufschrift „Fröhliche Weihnachten“. Angel und Eier, bemalt und unbemalt, glatt und überzogen. Heller, Phantastische Artikel, fliegende Gläser, 100 Stück verzierte Stranggläser, Bögel, Eis-tugeln, Schneebälle, verschiedene Sorten Pralinen, Lametta, Glaspapier, Konfektbehälter usw. Hierzu als Gratis-beilage: Eine Stempelung in Tulpenform mit beweglichen Blättern und brennendem Licht, strahlend in Regenbogenfarben.
Sortiment II. Eine Doppelpendelung zu 10 M., der wegen Porto-Ersparnis extra etwas beigelegt werden kann.
Sortiment III. Eine Sendung in zufriedenstellender Weise zu 3,50 M. Bestenfalls auch in allen Quantitäten und sichere Zufriedenheit zu.
Guido Müller, Originalverwandmann Lauscha S. M.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neu! Katalog m. Empf. viel. Kerze u. Prof. grad. u. fr. H. Unger, Gummivarfabrik, Berlin N., Friedrichstr. 131c.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neu! Katalog m. Empf. viel. Kerze u. Prof. grad. u. fr. H. Unger, Gummivarfabrik, Berlin N., Friedrichstr. 131c.

Deutsche Konzert-Hallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. Internat. Künstlerkonzerte. × Theater-Abtteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Beck-Bräuerei.

Unverwundlich, ewig zu gebrauchen!

Das Größartigste für den Christbaum

Christbaum-Geläut

ist das in der ganzen Welt die größte Verwendung hervorrufende

Christbaumgeläut

Neuheit!

Nach Angaben der Weihnachtsferien erlöset das Geläut in drei harmonisch abgestimmten Tonarten, so lange bis die Stimmen ganz aufgebracht sind. Man glaubt unwillkürlich ein in weiter Ferne erdendes Glockengeläut zu hören und gelaftet so die Weihnachtsfreuden

* großartig reizend. *

Prämiert 1903 Ausstell. für Wohl-fahrtsjahr. 1904 Ausstell. für Schule, Haus und Herb. Noch nie hat für den Christbaum eine so wunderbar schöne Musik existiert.

Verkauft frei ins Haus gegen Ein-leistung von 1,50 M., auch Briefmark.

Klänge, Glöcklein, Klinge.

Bei Bestellung von zwei und mehr Christbaumgeläuten geben wir eine wunderschöne Dekoration für den Christbaum gratis bei.

Die schönsten Weihnachtsgeschenke, Gegenstände sowie Christbaumschmuck und wundervolle Spielsachen finden Sie in unserem Katalog. Bestellen Sie schon ganz umsonst.

Kirberg & Comp. in Foché bei Solingen.

Bestes Fabrikationsgeschäft
Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Private!

Cronheim & Levy, Engros-Geschäft

Taubenstrasse 20. I.

Paletots, Abendmäntel, Kostümröcke

werden jetzt auch an Private zu bedeutend herabgesetzten Engros-Preisen verkauft.

13. Ziehung 5. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 23. November 1904, nachmittags.
Aus 10 Gewinnen über 240 Mk. sind die bezeichneten Nummern in Klammern beizutragen.
(Ohne Gewähr.) Nachtrag verboten.

21 254 301 45 687 93 810 [3000] 70 921 43 [500] 51	62 115015 162 61 94 230 370 425 [500] 82 562 635	63 997 11610 [3000] 74 236 472 615 45 709 878 93	117092 509 64 418 74 532 818 118132 433 [500]	90 535 738 98 899 119011 58 218 627 869
120274 562 79 902 92 121181 319 572 53 60	622 782 833 44 906 35 92 122125 130001 272 308 92	488 725 64 77 867 123306 358 508 633 [1000] 50 733	[500] 63 843 91 [3000] 88 918 124154 53 89 11000	594 816 28 61 125085 [1000] 195 375 432 39 88 635
909 126372 73 [1000] 332 67 83 [3000] 93 414 95 563	65 76 664 745 808 965 [3000] 127022 332 59 83 514	754 806 915 90 128299 363 64 74 [5000] 432 44 545	638 86 738 [3000] 87 [1000] 92 857 88 129100 298	644 [500]
130027 25 45 176 367 434 651 841 921 54 131043	226 317 23 648 883 912 132100 40 288 530 618 729	815 [500] 42 133143 82 587 629 41 830 134120	286 490 633 [500] 135070 182 [500] 487 91 575 615	48 765 913 136005 183 385 462 [1000] 589 614 49 75
773 390 137332 425 307 643 [133121] 28 344 477	948 974 93 [500] 139944 61 [7000] 101 34 247 99	883 565	140079 190 238 666 141000 41 261 368 461 529	733 [1000] 83 142004 67 174 426 [500] 76 542 51
605 46 827 [3000] 45 928 143037 238 357 452 91 536	617 703 812 36 [1000] 45 144001 101 97 244 351 451	43 713 829 64 965 [1000] 144550 70 284 130001 492	705 60 82 83 146028 93 [1000] 225 [3000] 780 846 66	147717 25 51 69 971 148138 280 99 [1000] 356 49
500 607 800 [500] 851 90 149012 22 138 390 459 527	78 612 [500] 33 68 82 855 945	150089 130 368 521 46 79 622 151038 [500]	177 83 588 633 768 877 152041 716 832 42 968	153132 53 211 50 335 407 [1000] 54 99 11000] 732 59
829 [3000] 54 932 [3000] 73 80 154134 222 427 637	871 136132 374 465 592 49 827 94 159125 44 259	357 469 [1000] 690 719 34 [500] 978 157013 103 27	838 633 730 909 159128 281 468 526 67 731 67 89	893 907 67 [1000] 159021 219 407 34 [3000] 533
815 848	160033 73 117 33 [500] 64 297 317 430 59 571	769 944 161274 345 418 760 [15000] 849 630	[500] 75 80 86 162109 509 84 62 [5000] 659 62 163174	618 38 773 884 909 164123 53 224 319 433 94 832
942 [1000] 165003 30 [1000] 117 [1000] 236 42 67	54 571 99 167163 205 50 69 76 399 645 [500] 701	168031 49 168 91 344 78 422 63 783 626 [500] 169173	77 222 457 78 571 664 722 898 907 16	170000 33 462 549 813 171225 95 488 522 66
[3000] 67 718 91 172160 78 245 54 61 441 714 19	41 88 [3000] 90 835 953 66 173144 333 55 403 [1000]	82 803 604 54 93 829 49 66 [3000] 174199 225 62	[500] 344 [500] 92 408 737 887 907 175017 136	[3000] 82 246 466 641 [3000] 58 807 36 51 892 [3000] 82
59 176101 295 381 82 474 [3000] 836 74 633 775 818	906 32 177071 78 [3000] 114 [1000] 237 99 [3000] 913	840 49 927 178105 24 412 588 [1000] 724 [1000] 913	179179 81 216 350 454 71 81 91 545 793 896	180006 37 90 391 537 704 85 830 [500] 55 [3000]
181041 197 333 479 745 52 895 370 182059 83 335	[500] 606 10 94 824 935 50 183025 71 126 39 [500]	43 222 [500] 334 511 634 50 916 184006 71 177 324	32 425 84 [1000] 548 606 750 971 185011 233 94	[3000] 299 441 50 501 94 642 68 908 91 186076 286
374 750 66 889 991 187048 144 [500] 287 [3000] 308	439 535 845 46 [500] 75 188034 124 286 [3000] 529	90 641 703 895 989 189286 94 457 754 96 945 47	49 98 [1000]	190135 330 [3000] 633 51 701 948 191272 506
892 192029 233 58 426 65 94 554 733 54 86 815	29 39 96 193109 65 283 95 44 412 720 41 98 889	619 [500] 87 194090 202 30 24 94 195194 215	432 51 508 47 710 71 898 902 41 196028 31 36 46	102 [500] 378 91 410 547 682 [3000] 701 34 95 849 925
197011 [500] 128 [500] 442 53 82 825 50 610 800	[1000] 67 920 [500] 198032 [500] 69 170 329 415	36 519 25 639 65 822 29 [500] 906 27 67 199000	250 64 561 [500] 98 713 42 [1000] 39 810	200031 67 362 80 82 462 [500] 590 71 824 58 712
14 892 927 201192 277 555 849 900 10 202128 78	436 71 647 738 49 854 [500] 912 203047 271 [500]	317 725 34 53 940 42 59 68 204202 335 625 622	205063 229 390 406 500 25 618 [3000] 777 978 94	206246 59 65 484 589 [1000] 651 [3000] 207003 112
214 25 71 374 459 584 [3000] 635 [500] 54 97 724 892	[500] 82 208165 49 159 92 250 65 72 348 50 97 628	39 767 89 828 209082 250 432 621 30 855 88	210259 72 [1000] 320 [1000] 37 [3000] 93 429 30	[500] 42 519 34 56 75 746 61 211021 97 187 78 85
[500] 220 516 81 692 73 761 846 212019 155 106 94	245 317 32 41 [1000] 68 94 505 45 678 703 838 934	[500] 64 [1000] 80 213031 69 141 65 [500] 299 535	973 [500] 214083 [500] 151 [1000] 261 484 547	610 77 215046 127 255 72 578 734 216066 220 320
469 545 608 741 824 933 217087 169 77 230 422 883	84 218066 721 29 864 219103 233 639	220016 166 69 265 96 367 519 948 53 221082	143 308 83 406 56 501 [500] 72 81 708 948 222105	73 308 25 826 814 41 929 223076 170 221 [500] 72
380 631 67 787 848	Im Gewinnsatz verbleiben: 1 Prämie zu 300.000 M., 1	Gewinn zu 200.000 M., 1 zu 200.000 M., 1 zu 100.000 M.,	1 zu 75.000 M., 1 zu 50.000 M., 1 zu 40.000 M., 3 zu 30.000	M., 1 zu 15.000 M., 1 zu 10.000 M., 35 zu 5000 M., 528
zu 3000 M., 782 zu 1000 M., 1287 zu 500 M.,				

Werte Hausfrau

haben Sie schon den Versuch gemacht, bei Tisch und in Ihrer Küche Mohra-Margarine anstatt Butter zu verwenden? Ganz abgesehen von der grossen Ersparnis, die Sie machen (ca. 40 %), ist MOHRA der besten Naturbutter gleichwertig und für Koch- und Backzwecke nahezu unentbehrlich. MOHRA ist in allen einschlägigen Geschäften käuflich. Sie können MOHRA jederzeit wie Butter gebrauchen, glauben Sie uns

Niemand merkt es!

Rheumatismus

Gicht, Glieder- u. Nervenschmerzen, Hüftweh etc. bewindnen durch äußerlichen Gebrauch von „Electricum“ (echtes nadel-Waldwollöl). Einfaches unschädlich. Naturprodukt von starker, durchgreifender Wirkung, fröhlig wunderbar Glieder und Nerven. Tausende verdanken „Electricum“ ihre Gesundheit.

Flasche Mk. 1.— u. 2.—
BERLIN 43,
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

Bayrisch Malzextraktbier.

Beleitet und blühendes gl. bläuliches Malz-Extraktbier. Reinheits-Prüfung für Blute-erkrankte, Schwächliche und Ungeliebende.

Dieses höchst empfohlen. Mehrfach prämiert. 20 Fl. 3 M. fr. Haus od. fr. Bahn-Berlin. Brauerei-Bavaria Berlin N.O., Wassmannstr. 28a.

Versand nach allen Bahnhöfen. Kein Flaschenpfand.

Steppdecken

Similiseide, alle Farben 6⁰⁰

Normal-Schlafdecken 2⁰⁰, 3⁰⁰

Spezial-Haus

Emil Leïevre,

Berlin S. Oranienstrasse 158.

Dr. Simmel, Prinsenz.

Spezialarzt für Haut- und Haarleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.

Todes-Anzeige.
Am 21. November verstarb unser Mitglied
Julius Nothrott
an Herzschwäche.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 2 Uhr, vom Trauer-haus Lanthier Platz 4 aus nach dem Emmaus-Sirchhof, Rixdorf, Derrnannstrasse, statt.
Nege Beteiligung erwartet
171/1 Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tapezierer

E. S. R. 36.
Filiale Berlin III.
Am 21. November verstarb das Mitglied
Otto Thieme
im 32. Lebensjahre nach langer, schwerer Krankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr auf dem Emmaus-Sirchhof in Rixdorf, Derrnannstrasse, statt.
Die Ortsverwaltung.

Herren-Moden Wilhelm Seide,

20. Dresdenerstr. 20, am Oranienplatz.

Empfehle mein großes Lager
Paletots u. Jackett-Anzüge M. 9.—, 12.—, 15.—, 20.—, 25.—, 30.—
Rock- u. Gehrock-Anzüge von 18 M. an, in Tuch u. Sammgarn von 30 M. an. — Maßanfertigung zu soliden Preisen. Großes Stofflager.
Frack- u. Gesellschafts-Anzüge werden verliehen. 11241/1

13. Ziehung 5. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 23. November 1904, nachmittags.
Aus 10 Gewinnen über 240 Mk. sind die bezeichneten Nummern in Klammern beizutragen.
(Ohne Gewähr.) Nachtrag verboten.

112264 445 821 [3000] 788 113073 [3000] 213 47	77 [500] 386 465 79 518 25 69 821 [500] 37 46 946	114040 86 87 100 39 770 72 835 939 85 115110 223	61 308 61 463 626 937 52 116185 92 209 [1000] 24	34 85 342 [1000] 520 [1000] 83 632 773 884 947 117050
57 285 67 80 337 408 50 722 57 826 964 [1000] 118443	570 638 [500] 707 578 934 69 119262 975 335 500 43	876 79	120215 17 60 339 511 882 121080 202 309 513	887 970 122094 112 39 99 211 376 595 739 65 [500]
827 928 46 123300 306 59 510 613 40 124107 [1000]	77 93 228 305 8 400 [1000] 731 68 925 125171 74	260 95 [3000] 402 600 727 126187 206 29 52 740	[1000] 856 905 28 127316 46 [1000] 352 872 935	128023 37 [500] 370 [500] 302 733 973 [1000] 129048
151 345 474 614 833 58 978	130040 181 395 490 94 [1000] 542 83 615 [3000]	89 994 56 69 [1000] 131115 87 214 37 59 331 70 75	94 474 [500] 746 87 815 64 947 132099 146 88 290	300 78 568 720 [500] 980 133906 235 342 98 490 880
645 978 134015 43 63 382 677 825 67 135111 206	407 640 901 136155 302 13 86 402 10 555 667 818	983 85 [3000] 137390 513 [500] 84 656 701 895	138126 222 42 315 84 402 84 552 56 783 61 [1000]	823 900 22 139022 335 79 778 959 [500]
140115 [3000] 46 219 574 683 141173 329 69	[1000] 889 782 814 88 967 142037 339 75 742 845	973 87 143058 153 434 [3000] 570 835 144008 139	214 32 49 380 513 [500] 682 [500] 730 55 897 [1000]	71 928 [500] 145026 123 87 321 97 437 66 91 543
636 745 864 942 146079 [3000] 124 231 321 438 98	617 23 [1000] 756 [500] 66 875 805 147069 171 321	529 22 [500] 708 88 85 963 78 148005 81 672 613	40 766 562 [1000] 980 149084 98 109 201 338 737 79	150156 338 419 603 40 933 90 151095 257 79 315
93 519 686 733 804 944 152012 155 261 50 394 42 81	424 907 740 834 153061 [3000] 87 [3000] 102 [500]	247 354 447 67 817 154114 266 385 506 44 606 798 92	800 997 155022 66 429 705 156017 509 739 852	994 33 68 70 157006 172 300 421 532 56 62 679 921 29
158101 305 740 903 [3000] 159038 162 [3000] 91	301 22 38 402 16 [3000] 29 510 14 70 601 17 732 43 83	160126 226 79 492 661 [1000] 81 777 78 819	[5000] 88 161017 115 201 19 22 447 529 859 162128	344 670 822 [10000] 163071 151 58 224 94 340 61
64 401 76 584 624 715 885 939 82 1640412 88 171 293	376 96 476 619 700 [1000] 29 917 165049 100 368 505	[500] 6 35 54 688 839 69 979 166029 100 368 505	14 84 463 [1000] 38 89 782 167021 383 401 671 99	98 225 168227 365 [3000] 461 67 625 85 81 73 84 961
169963 77 157 476 681 [3000] 721 32 81 802 60 79 945	170052 150 302 440 500 61 544 790 171033	41 91 173 202 42 [10000] 336 690 911 172117 33 84	232 88 367 428 69 418 770 814 67 173081 96 [500]	102 17 68 325 31 88 646 74 88 722 174023 61 125 92 389
404 621 62 712 [3000] 63 [500] 934 175215 16 433 731	65 78 88 98 877 96 902 176084 126 306 569 80 883	789 559 89 920 80 177208 38 512 92 631 706 32 36 855	[1000] 946 [3000] 65 [500] 178128 62 207 11 305 411	17 57 565 710 88 818 56 64 79 929 35 179190 83 98
[3000] 334 681 [1000] 300 [500] 39 948	180000 72 285 539 937 181121 [3000] 251 333	430 618 724 182027 [500] 398 14 308 61 62 [3000] 434	517 90 908 32 183173 85 439 534 715 811 960 184101	67 582 667 980 185008 143 57 [1000] 263 520 52 54
[1000] 773 801 25 37 61 186117 393 462 744 187044	49 338 327 33 443 70 692 723 859 911 [1000] 77 188080	122 331 374 441 687 757 854 919 [500] 189051 [3000]	181 [1000] 463 792 987	190067 [500] 112 16 267 204 513 69 694 191202
42 [500] 136 240 70 443 [500] 548 783 515 971 [500]	192081 276 350 56 414 571 628 830 70 901 82 193067	108 512 45 70 [500] 766 862 942 194062 [500] 92	134 303 [1000] 57 [500] 498 544 94 927 69 195192	323 81 400 600 32 730 80 92 196212 82 [500] 304 55
[1000] 852 930 197043 67 199 484 [1000] 535 71	652 509 44 198043 83 210 91 601 751 898 906 199132	78 84 240 330 55 648 898 950	200184 260 70 470 72 698 733 840 [3000] 201001	[500] 18 154 219 458 87 521 41 69 83 87 91 83 665
745 53 [3000] 62 835 202102 22 226 491 564 84	[1000] 750 91 882 203042 111 49 96 675 [1000] 737	99 838 84 987 204368 [3000] 600 732 63 888 955	64 [3000] 86 205185 303 462 595 688 763 890 906 10	

Moabit! 6. Wahlkreis. Moabit!

Sonntag, den 27. November, abends 6 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus,
Wiesenstr. 24 - Emdenerstr. 34/35:

Volks-Versammlung.

Vortrag des Genossen **Ströbel** über: „Weltpolitik“.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vertrauensmann.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlin und Umgegend.

Bureau: Birtenstraße 20. - Telefon Amt VII, Nr. 4900.

Donnerstag, den 24. November 1904, abends 8 Uhr, in Dräsel's Festsälen,
Neue Friedrichstraße 35:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu der am 28. und 29. Dezember 1904 stattfindenden Konferenz.
 2. Wahl der Delegierten. 3. Die letzten Vorkommnisse auf Bauten. 4. Vereins-Angelegenheiten.
- Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. - Die Versammlung wird Punkt 8 Uhr eröffnet.
Der Vorstand.

Eine Mark
wöchentlich liefert selbstspielende
**Musikwerke,
Sprechmaschinen
u. Zithern.**
Schönste Familienunterhaltung.
Beste Harmoniums auf Lager.
An der Jannowitzbrücke 1,
Bahnhof Jannowitzbrücke.
E. Möbis, Uhren, Kopponstr. 82.*

RESTE.
Zur Damenmäntel-Konfektion,
Mädchen- und Knabengarderobe,
Damenuische in schwarz und
farbig, Kostümstoffe, Kammgarn,
Cheviot, Corakrew, Plüsch,
Sammete, Besatzartikel etc.
KONFEKTION
Partige Jacketts, Palotots,
Capes, Kostüm-Röcke etc.
Größte Auswahl. Billige Preise.
C. Pelz, Kottbuser-Strasse 4.

**Invaliden-Unterstützungs-
kasse der Gürtler.**
Sonntag, den 27. November,
mittags 12 Uhr,
i. Lokal v. Graumann, Raumstr. 27:
**Ordentliche
General-Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Reflexion der Höhe der Invaliden-
Unterstützung für das Jahr 1905,
§ 7 Abs. 1 des Statuts.
2. Wahl der Rechnungs-Prüfungs-
Kommission. 1656
Berlin, den 24. November 1904.
Der Vorstand,
Edoll Heller, Vorsitzender,
Brenzlauer Allee 11.

Orts-Krankenkasse der Gürtler.

Zu der am Sonntag, 27. d. M.,
vormittags 9 1/2 Uhr, Raumstr. 27
bei Graumann stattfindenden
Ordentl. General-Versammlung
werden die Herren Vertreter der
Kassensmitglieder und der Arbeitgeber
hiermit eingeladen.
Tages-Ordnung:
1. In getrennter Versammlung:
Wahl des Vorstandes (vier Arbeit-
geber, acht Arbeitnehmer). 2. In ge-
meinsamer Versammlung: Wahl
einer Kommission zur Prüfung der
Rechnungen des laufenden Jahres.
3. Verschiedenes. 1666
Sollten einige der Herren Vertreter
keine Einladungskarte erhalten haben,
so bitten wir, dieselbe am Eingang
des Saals in Empfang zu nehmen.
Berlin, den 23. November 1904.
Der Vorstand,
G. Knell, Vorsitzender.

!Wurst!

- Land-Zwiebelerwurst a Pfd. 60 Pf.
 - Braunschweig-Kalbsehwurst „ 95
 - Thüringer Rotwurst „ 50
 - Westfälische Mettwurst „ 65
 - Pommersche Schlawkwurst - } 95
 - Salami
 - Westfälische Schinkenwurst „ 1,20
 - Holsteiner Zervelatwurst „ 1,25
 - Landspeck (deutsche Schlacht) a } 70
 - Landschinken (seit und mager) 1/2 Pfd. „
 - Delikatesse (im ganzen) „ 95
 - Delikatesse (Schinken, ohne Knochen, 2-3 Pfd. Schw. a Pfd.) 1,05
 - Pomm. Gänsehülste a Pfd. 1,45
 - J. Striaping Hauptgeschäft
 - II. Geschäft Köpenickerstr. 150/151
 - III. Geschäft Invalidenstr. 147.
 - IV. Geschäft Brunnenstr. 196 (am Rosenfelder Str.)
 - Friedrichstr. 21 n. d. Halle
- Grammophone
verleiht v. Daage,
Charlottenburg, Postfach 319, 95.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis Rosenfelderstr. 57
(auch Hermannstr. 25)
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon III 1296.
Sonntag, den 27. November, nachmittags pünktlich 5 Uhr,
findet im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c (oberer Saal) eine
Monats-Versammlung
mit Frauen statt.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Frau Dr. Berwig über „Kindererziehung“.
2. Diskussion. Gewerkschaftliches. 280/19
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein
und Tanz. - Gäste willkommen.
Zu dieser Versammlung erwartet pünktlichen und vollständigen Besuch,
besonders auch der Frauen.
Die Ortsverwaltung.

Modelleure.

Heute, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Allee 15, Saal I:
Branchen-Abend.
Tages-Ordnung:
1. Gefälliges. 2. Stellenermittlung und: Wie stellen wir uns
zu dem Auftragsverbot. 3. Verschiedenes. 30/13
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Männer-Gesang-Verein „Senefelder“

M. d. A.-S.-B. Chorleiter Alex Kießlich. 1675
Sonntag, den 27. Nov., in L. Kellers Postkellern, Kopponstr. 29:
KONZERT.
Mitwirkende: Konzert- und Oratorien-Sängerin Fräulein Dora
Kabitx und Violoncello-Virtuose Herr Otto Hutschenreuther.
Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang präz. 6 Uhr. Billet incl. Text 30 Pf.

Berliner Ressource

Kommandanten-Strasse 57.
Empfehle meine hochgelegenen, renovierten, großen u. kleinen Festäle
zu Festlichkeiten und Versammlungen.
Fernsprecher Amt IV, 9675. [10812*] Adolf Stein.
Silvester und ein Sonntag im Februar frei.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig.
Das erste Wort gedruckt
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 1/2 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
strasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Bräutleuten wird günstigste Ge-
legenheit geboten, ihren Bedarf aller-
billigst herzustellen. Gleichzeitig wird
empfohlen, wegen des großen Ein-
dranges zum Weihnachtsfest die Ein-
käufe möglichst umgehend zu besorgen,
da sonst nicht jeder noch Wunsch be-
dient werden kann. Verkaufsbüro ge-
nehmigter Ladenschluss. Handeltischhaus
Weidenweg 19. 132*

Winterpaletots, Jackett-Anzüge,
Gehrock-Anzüge, verfallene, Handeltisch-
preise, Handeltischhaus Weidenweg 19.

Winterpaletots, Damengarderobe,
Regulatoren, Festschmücker,
verfallene, Handeltischpreise, Handeltisch-
haus Weidenweg 19. 132*

**Trauringe, Lohenschmuck, Damen-
uhren, Ketten, Schmuckstücke, ver-
fallene, Spottpreise, Handeltischhaus
Weidenweg 19. 132***

**Bettenverkauf, Steppdecken, hoch-
elegante Teppiche, Bettvorleger, Gar-
dinen, Stores, Tischdecken, Bettwäsche,
Kissen, Vorhänge, Aussteuerwaren, ge-
brauchte, umgebrauchte, Kleider-
auswahl Spottpreise, Handeltischhaus
Weidenweg 19. 132***

**Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
züge, Hosen, Kessel, Schirme, Betten,
Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Spotp-
preise, Lude, Oranienstraße 131.**

**Cybergläser, Koffer, Regale,
Teichgläser, Hühner, Harmonikas,
Seigen Spottpreise Lude, Oranien-
straße 131. 1255***

**Reihenge, Uhren, Ketten, Ringe,
Brillanten, Goldschmuck, Regulatoren,
Spottpreise, Lude, Oranienstraße 131.**

**Handeltische Kleidererzeugnisse 7,
verkauf Spottpreise, Betten, Bett-
wäsche, Teppiche, Tischdecken.**

**Winterpaletots, Koppen Spotp-
preise, Handeltische Kleidererzeugnisse 7.**

**Zentralheizhaus für Damen-
Belichtung, Jägerstraße 70, Damen-
Mäntel, Jacketts, Capes, Kostüme,
Röcke, Hülsen, neu und getragen,
außerst preiswert. 556***

**Herrenanzüge, Lieberjäger, wenig
getragen Monatsgarderobe von 6 Mark
an, große Auswahl, für jede Figur,
auch neue zurückgekauft, kauft man am
billigsten direkt nur beim Schneider-
meister Hüttenzoll, Rosenfelder-
straße 15, III. 1499***

**Hochelegante Herrenanzüge und
Paletots aus feinsten Stoffen 25-40
Mark, Verkauf Sonnabend und Son-
ntag, Verandahaus Germania, Unter
den Linden 21. Keine Mäntel.**

**Große Sofa-Teppiche, 2 Meter
lang, imittet Brüstel 3,75, imittiert
Berler 5,50, Topfstrickbrüstel 6,50,
Gartenpreise Teppichhaus Emil Leddore,
Oranienstraße 158. 1012***

**Steppdecken billig Bedr. Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 137***

**Mengenbauer Gitarrezither,
Notenblätter, 8,00, neu, Drummer-
straße 100, Strabel. 1101***

**Ringschiffchen, Bobbin, Schneel-
mäher, ohne Anzählung, Boche 1,00,
gebrauchte 12,00, Polstarke genügt,
Königsplatzstraße 60/61, Große Fran-
furterstraße 43, Brenzlauerstraße 89/90.**

**Möbelschreiner liefert geschmack-
volle Wohnungseinrichtungen sowie
einzelne Möbel, Moderne Küchen,
Große Auswahl, kein Laden, nur
Keller und Hinterzimmer, Teilzahlung,
Harnack, Tischlermeister, Dresdener-
straße 124. 918***

**Möbel, Teppiche, Durch Zufall
habe ich große Partien Waren wieder
gekauft. Offerte deshalb, soweit der
Vorrat reicht, Spottpreise: hochlegante,
neue Kucheneinrichtungen sowie
einzelne Möbelstücke, Duffette, Schreib-
tische 25,00, Bücherregale, Tisch-
soffetten, Ankleidebüchsen, Säulen-
trumeaus 30,00, Salongarnituren,
Bancosofas, Lüge, Bettstellen, Ruhe-
betten mit hochleganten Divan-
enden 22,50, prachvolle, ertragreiche
Salontischplatte 18,00 und 25,00, wunder-
schöne Zimmertischplatte 8,00, Spachtel-
tische, reichgeheftete Tischspottieren,
Steppdecken, Tischgarnituren, Tisch-
schichten 5,00, Küchenmöbel, Pla-
nino, Bilder, Kronen, Uhren Spotp-
preise nur im großen Möbel-Verkaufs-
speicher (Hauptstr. Bahnhofsgraben)
Hödenstraße 25, direkt Hochbahnhal-
testelle. Ganze Warenlager, Kontur-
massen, Wirtschaften laufe jederzeit
und lasse dieselben zu coulantem
Bedingungen veräußern. Gefaltete
Möbel lagern kostenlos. 2468***

**Kinderswagen, Kinderbettstellen,
gebrauchte, zurückgekauft, Puppen-
wagen, Kinderstühle Spottpreise,
Schneider, Kurfürstenstraße 172.**

**Teppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brinn, Jägerstraße
Markt 4, Bahnhof Börs. 142/12***

**Möbelwerke, selbstspielende Teil-
zahlungen, Inoalldenstraße 148 (Ein-
gang Bergstraße), Frankfurterstraße 58,
Eckherstraße 40. 769***

**Teppiche mit Farbenlehren Fabrik-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 137***

**Photographie, Studio und
Klappkamera, Reifemäntel, Spottpreise,
Kurfürstenstraße 19. 972***

**Fahrräder, Teilzahlungen, Berg-
straße 28, Eckherstraße 40. 48***

**Nähmaschinen, Zahl bis 10,00,
neu Teilzahlung Nähmaschinen kauft
oder nachweh. Alle Systeme Boche
1,00, Volkarte, Borchert, Borchert-
straße 50. 131***

**1000 neue Nähmaschinen gebe auf
Kauf, ohne Anzählung, Rang-
schiff, hochartig, komplett, mit
allen Apparaten. Elegante Aus-
stattung, drei Jahre volle Garantie,
Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe
der Landsbergerstraße. Alle Maschinen
nehme in Zahlung. 138***

**Bronzegastone! dreifachlamig 1,
5,00, dreifachlamig 6,00, Salon-Gas-
töne 11,00, Gasgitter 11,00, Schan-
scherschliff Spottpreise, Wollschleier-
straße 32 (Hochherhaus) 1408***

**Eisenöfen, gebrauchte, neue 2,00
an, Dauerbrandöfen 11,00, Gads-
den, Germanenöfen, Gasöfen 6,00,
Kochmaschinen 14,00, Schredder, Hoch-
straße 43. 29745***

**Malztraktier, blutbildend, für
Blutarme, Brustkrante, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Schlaf-
ruhe, überauschend, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2, Lonne 3,50, erkläre,
Nicht blasen, Qualität
entscheidet. Vortr. - Kellerei Ringler,
Brenzlauerstraße 119. 148/15***

**Trauringe, Herrenuhren, Damen-
uhren, Ketten Spottpreise, Handeltische
Kurfürstenplatz 7.**

**Reparatur (sofort verlässlich)
Schulstraße 55. 138***

**Kohlengeschäft frankforterhalb
verlässlich König - Chaussee 70,
Weihen. 1485***

**Wagelien aller Arten, jung,
sprechend, fingerhart, auch Tausch,
Darger Kanarienvögel, Grumbmann,
Vasowirt, Kommandantenstraße 52.***

**Bett, prachvolles, 17,00, Mädel,
Dresdenerstraße 33. 1716**

**Salaflofa 20,00, Bettstelle, Matratze
15,00, Ballkissenstraße 23, Tapetiererei.**

**Gänge! Gänge! Bettfedern-Ver-
kauf, Paul Hoff, Eldenerstraße, Ecke
Samariterstraße 21. 50/13***

**Kanarienvögel 4,00, hochselne
Berichtiger (Selbststamm), 7-15,00,
Mingstraße 16, Duergebäude. 127/3***

**Parasolgaritur, Tisch, Teppich,
Uebergardinen, Sofa, wie neu, billig,
halbhaber verlässlich, Frau Jochim,
Eckherstraße 58 a, III. 1690**

**Juridische Bekannte, Kuchpaletots
und Herren-Anzüge aus feinsten
Stoffen von 15,00 Mark an verkauft
Verlosung, Schneidermeister, Alexander-
straße 14 a, I. 1448***

**Garderobenwand, großes, 28,00,
verkauft Alud, Alderstraße 35. 1700**

**Reparatur verkauft billig
Jägerstraße 7. 1101***

**Schankgeschäft, Partisalat, viele
Gerichte, umständelnder billig ver-
kauf, Restaurant Berliner Stadt-
brauerei, Kurfürstenstraße 4, 8-9.**

**Nahbaumöbel, drei Zimmer,
gebogene, neu, auch einzeln, Lach-
sola 45,00 und Küchenmöbel kaum
billig, Beschäftigung empfohlen, auch
Sonntags, Verlegerstraße 14, Ball-
kissen. 1726**

**Nahbaumöbel, acht Zimmer,
auch einzeln, Spottpreise, Lach-
sola 45,00, Brautleuten Gelegenheits-
Küchengeräte 129 a, I. 1735**

**Dringend sollen sämtliche Möbel
einer großen Wohnung billig verkauft
werden. auch Gardinen, Silber,
Teppiche, Steppdecken, gute Feder-
betten (Stand 25 Mark), Dresdener-
straße 38, vorn II links. 50/15***

**Möbelverkauf in meiner Möbel-
fabrik Ballstraße 80-81, nahe Spittel-
markt, Anfolge des großen Umzugs
befanden sich am Lager viele zurück-
gekauft und verließen gemelene Möbel,
die wie neu sind, Kleiderständer,
Bettsofa 27,00, Ausziehstuhl 16, Tisch-
schichten 35, Lachensola 50, Bancos-
sola 70, Wollschleier 20, Ruhe-
bett 25, ganze Einrichtungen billig.
Transport frei. 50/14***

**Nähmaschinen sämtlicher Systeme
ohne Anzählung, Boche eine Mark,
gebrauchte Spottpreise, Volkarte genügt,
Hödenstraße 6, Alderstraße 113 11750**

Verschiedenes.

**Sofas, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Hauptstraße 35 b. 28***

**Selbstgeschäfft, Kasse, Topfgeschäfft
verlässlich, 550,00, Ware extra,
Röhres Expedition Kögnerstraße 94.**

**Sprachen, Deutsch, Französisch,
Englisch, Lehrinstitut Karlsruherstraße 26.***

**Unfallkassen, Straßkassen, Ein-
gabengeldsche, Kartentilgungen, Peltz,
Brunnenstraße 97. 1101***

**Patentanwalt Dammann, Oran-
ienstraße 57, Kurfürstenplatz. Rat in
Patentkassen. 1245***

**Rechtsbureau (Alexander-Platz),
Kurfürstenplatz achtzehn, Uchschener
Projektionsland! Uchschener, Inter-
ventionen, Straßkassen! Eingaben-
geldsche! Kartentilgung. 126/16***

**Rechtsbureau (Andreas-Platz)
Gartenweg vierundneunzig, Lang-
jähriger! Erfolgreichste! 126/13***

**Rechtsbureau, Vorkasse, Kellerei,
Kurfürstenstraße 15. 78***

**Aufpolierung! Sofas, 60,00, Matratze
4,00, auch außer Hause, Bachmann,
Hauptstraße 35 b. 18***

**Handeltische, Bringenstraße 63,
Eckherstraße, täglich 8-8, Sonn-
tag bis 2 Uhr geöffnet. 1278***

Handeltische, Kurfürstenstraße 27, 816*

**Vegeta und alle andren Hühner
kaut, beliebt, Antiquariat, Koch-
straße 56 I. Amt I 8831.**

**Hühner, Hühner, Schützen, Hühner
kaut Kellerei, Kurfürstenstraße 5.**

**Platin, alte Goldschmuck, Besch-
gold, Silber, Beschgold, alte Treifen,
Kupferabfälle, Beschgold, Zinn, Zink,
Blei, Stantol, sämtliche Metalle kauft
Koch, Brangelstraße 4, Fernsprecher
Amt 4, 6938. 50/11***

**Hühner wird lauber gemolchen, im
Freien getrocknet, Latex, Leibwäsche
0,10, Abholung Sonnabend, Emil
Kantatz, Köpenick, Müggelseimer-
straße 40. 1636**

**Waschanstalt wäscht schnellst Wei-
sche, Leibwäsche 0,10, 4 Lach-
sola 0,10, Cito Wasche, Köpenick,
Müggelseimerstraße 22, Abholung
Sonnabend.**

**Reife mit Büchse Sonnabend
frei, größtes Ungelegenommen, Ver-
legerstraße 14. 1745**

**Angenieur unterrichtet Mathematik,
Rechnung, Maßstabzeichnen, Offerten
Z. 4 Expedition dieses Blattes. 165/9**

**Water als Kompagnon mit 3 bis
4000 Mark in ein dreizehn Jahre
bestehendes Geschäft gesucht. Spezia-
lisiert bezeugt, sichere Bauten, gute
Verhältnisse, Offerten unter k 3
Expedition des Blattes. 176***

Mietsgesuche.

**Handwerker sucht einfach möbliertes
Zimmer, 1. Dezember, Süden oder
Südwesten. Offerten K. 48 Post-
amt 29. 138***

**Einfach möbliertes Zimmer 50
15 Mark, Nähe Kottbuserstr., sucht
Zimbors, Oranienstraße 29 IV. 171**

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Humorist Gedrich Fennstraße 1a.

Stellenangebote.

**Klavierspieler für Sonntags und
Sonnabends verlangt Restaurant
Roedlstraße 7. 1119***

**Tüchtigen Dreher für Hinterdreh-
bank bei hohem Lohn sucht Friedrich
Steinrad, Urbanstraße 116. 1119***

**Handwerker verlangt Weihen-
see, König-Chaussee 47b. 1148***

**Sechs Buder zur Herstellung von
nonferrobletem Zementputz werden so-
fort eingestellt. Zu melden bei Keller
Kangog, Kadelwert Westend, Nonnen-
damm. 1645**

**Zigaretten, Arbeiterin verlangt
Bringenstraße 77. 50/46**

**Lebensversicherung, Damen gründen
sich dauernden, regelmäßigen Erwerb,
Beschäftigung auch außerm Hause,
Bodenverdienst bis 25 Mark nach
Leistungsfähigkeit, langer, ungenierter
Lehre, Handwerkslehre, Altersrenten,
Dauerschuld, Auscheiden, Lehrpreis
mäßig, Erster mit Ehren Diplom und
Medaille preisgekrönter Frauen-
erwerb. Trotz ähnlicher Annoncen
leitet die Vorsteherin des Zentral-
Frauenvereins persönlich den Unter-
richt nur Berufslehrestraße 62, Ecke
Kochstraße, Anmeldung 9-1. 1215***

Steinseher-Gesellen
und Hammer verlangt sofort
**H. Winkler, Steinseher, Meister,
Rehdorf, Mittelstr. 7. 11365***

**Arbeits-Nachweis
der Vergolder.**
Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15,
Zimmer 18.
Für Berlin: 4 tüchtige Verfolger
verlangt. 297/17

**Dalossie-
Anschlagger**
für Berlin der sofort bei guter Ver-
zahlung von jährlicher Rente gesucht.
Offerten und A. 5 an die Expedition
dieses Blattes. 11332*

Achtung! Holzbearbeitungs- maschinen-Arbeiter!

Wegen Differenzen sind die Firmen
**M. & F. Berndt, Warschauer-
straße 78,**
und
Lühr & Wiese Nachfolger
Niederborscherstraße 26,
früher Richterscher Betrieb,
geperrt. 75/20* Der Vorstand.

Achtung! Kistenmacher!
Maschinen- u. Holz-Arbeiter.
In der Berliner Alten-Fabrik
Reichenbergerstr. 47 sind sämtliche
Arbeiter wegen Differenzen in Aus-
stand getreten.
Zugung ist fernzuhalten. 104/7
Die Lokalkommission.

Achtung! Bauarbeiter!
Die Firma Bonnet & Co. (Bau-
Hilfsbetrieb), Kottbuser-Allee 84, ist
bis auf weiteres für Jalousie-Arbeiter,
Küchler, Maschinen- und Hilfsarbeiter
wegen Differenzen gesperrt.
Es sind grüne, gekoppelte Kon-
troll-Karten ausgegeben, bitte sich
dieselben zeigen zu lassen.
Auf die Bauten ist bestes zu
achten: Gasseinerstraße 6, Belgier-
straße (Bau Kurt Berndt), Suarez-
straße (Neubau), Sedanstraße 62.
Die Kommission
der Jalousie-Arbeiter.

Achtung, Holzarbeiter!
Der Pruz, nach der Firma
J. C. Pruz, Neuhofstr. 3 sowie
zur Montage-Arbeit für J. C. Pruz
im Bau Wertheim, Leipzigerstraße
(Erdlen aufstellen), ist streng fer-
zuhalten; desgleichen nach der Bau-
schleier Herrmann, Chaussee 52,
Bauhilfserei Kade, Gütlicherstraße
Nr. 100 a, und Bauhilfserei Rassen,
Kottbuser-Allee 21.
Für Einsetzer gesperrt sind
folgende Bauten:
Bau Schöffel, Charlottenburg,
Straße 1 b, Vorzelle 10.
Bau Schauer, Zimmerstr., Haupt-
und Oberborscher-Str., Schöneberg.
Bau Perold, Friedemann, Jäger-
straße 9.
Bau Zucht, Wilmersdorf, Koch-
straße 38, Schöneberg, Feuerstr. 63,
Kurfürstendamm 68, Rudowstraße 63
(Aufschleier), Berlinerstr. 19, Char-
lottenburg.
Bau Wand, Uhlauerstraße.
Bau Greling u. Teume, Frei-
liggstr. 12.
Bau Müller, Borsenerstraße, Ecke
Gröben-Allee.
Die Bauten der Bauhilfserei
Kochfall: 1. Bölowstraße 10-11;
2. die Kirche, Schönerstraße; 3. Ra-
manstr. 18; 4. Süd-Allee, Ecke Lor-
kstraße.
91/13 Die Ortsverwaltung.